



AKTUELLES
AUB erneut als „Verlässlicher
Arbeitgeber 2023–24“
ausgezeichnet

VERANSTALTUNGEN
Gespräch mit Prof. Paul
Lendvai: Ungarn im Blick
aus Österreich

Klientelismus in Ost-
und Westeuropa: AUB Workshop
in Kooperation mit der CEU
und Unhack Democracy

IM FOKUS
Unerfüllte Versprechen
der Demokratie?
Versuch einer Bilanz
nach drei Jahrzehnten

andrássy

NACHRICHTEN

2023
Wintersemester

NACHRICHTEN
DER
ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

ISSN 3003-9452

IMPRESSUM

25. Ausgabe der Andrassy Nachrichten
(14. Jahrgang, 2. Ausgabe), Auflage: 350 Stück,
Erscheinungsdatum: 04.09.2023

Herausgeber:
Andrassy Gyula Deutschsprachige
Universität Budapest
Pollack Mihály tér 3. H-1088 Budapest

Redaktion: Prof. Dr. Ellen Bos, Prof. Dr. Zoltán
Tibor Pállinger und das Referat für Marketing
und Kommunikation

Design: Bencium Grafikbüro

Layout und Satz: Zsuzsa Urbán

Druck: H-ART Kft.

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Texte sinngerecht
zu kürzen und zu bearbeiten. Die Verantwortung für den Inhalt
liegt bei den jeweiligen AutorInnen.

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Urheberrechte
der weiteren Abbildungen bei der Andrassy Universität
Budapest (im Speziellen bei Képszerteszűsűg:
Tuba Zoltán, Gábor Ancsin; den jeweiligen AutorInnen),
oder diese sind gemeinfrei.

ISSN 3003-941X (Print)

ISSN 3003-9452 (Online)

VORWORT DES REKTORS	2	IM FOKUS	31
<hr/>		<hr/>	
AKTUELLES	3	Unerfüllte Versprechen der Demokratie?	31
Partnerschaften	3	Versuch einer Bilanz nach drei Jahrzehnten	
Publikationen	3	Inflation? Inflation!	33
Neues aus der Forschung	4	Mit dem digitalen Euro in den geo-politischen und geo-ökonomischen Wettbewerb	37
Personalia	4	Enttäuschte Erwartungen –	39
Sonstige Neuigkeiten	5	Die Beziehungen zwischen China und den Staaten Mitteleuropas im Wandel	
<hr/>		<hr/>	
VERANSTALTUNGEN IM SOMMERSEMESTER 2023	13	PORTRAIT	42
Stillstand der internationalen Klimaverhandlungen?	13	Interview mit Christian Autengruber, Direktor des Österreichischen Kulturforums in Budapest	42
Klima, Sicherheit, Energie – die multiplen Krisen in Europa	14	<hr/>	
Die Vereinten Nationen – eine institutionalisierte Aufforderung zur Friedfertigkeit	15	SEMESTERÜBERBLICK	43
Der Westbalkan und die EU – Zwischen Frust und Optimismus	16	Wort, Klang und Gaumen – Eine kulinarisch-kulturelle Reise durch Mitteleuropa	43
Der digitale Euro – eine kleine Revolution der Zentralbankwährung?	17	Karriere-Tag an der AUB	45
Buchpräsentation: 70 Years of EU Law – A Union for its Citizens	18	Minister Csák und AUB Alumni zu Besuch in der Residenz des Belgischen Botschafters	46
Die Bundesländer als Mitspieler auf europäischer Bühne – Fallbeispiel Nordrhein-Westfalen	19	Besuch bei Staatspräsidentin Katalin Novák	46
Spionage, Einflussnahme, Monopole – Bedrohung der Freiheit in der EU?	21	Frühlingsball der AUB 2023 am 28. April 2023	47
Informality, electoral and organizational clientelism in the East and the West of Europe	22	Begegnung mit Bediensteten der Europäischen Union	48
Luxemburg und die Schoah – Aufarbeitung mit Verspätung	23	Förderung der AUB durch die Autonome Region Trentino-Südtirol wird verlängert	49
Ein Journalist berichtet: Medienfreiheit in einem illiberalen Land	25	Besuch der Hamburg School of Business and Administration an der AUB	50
Weniger Idealismus und mehr Realismus – Deutschland im Zeitenwenden – Dilemma	26	Besuch des Promotionskollegs der Konrad-Adenauer-Stiftung an der AUB	51
Die Serbisch-Orthodoxe Kirche als Teil der nationalen Identität	27	Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik zu Besuch an der AUB	52
Gespräch mit Paul Lendvai: Ungarn im Blick aus Österreich	28	Hofgrillen 2023 – Raus mit der Kohle! Heizt die Schalen an! Es wird wieder gegrillt!	53
Russia and its (future) relations with Europe	30	Erasmus-Interview: Luc Zetzl	53
		30. Tagung der jungen Osteuropa-Expertinnen und Experten	55

Vorwort des Rektors

Be careful what you wish for

Eine chinesische Weisheit soll besagen, dass man Menschen, denen man etwas Gutes wünschen will, ein langweiliges Leben wünschen sollte. Hintergrund dieses Gedankens ist, dass für die meisten Menschen ein einigermaßen berechenbarer Alltag, der in den gewohnten Bahnen verläuft, mit einem angenehmen Leben gleichzusetzen ist. Das scheint uns im Moment nicht vergönnt zu sein; wir erleben gerade «interessante» Zeiten. Nach der Pandemie sind sofort wieder andere Herausforderungen in den Vordergrund gerückt: Die sich verschärfende machtpolitische Konfrontation zwischen den USA und China stellt die alt hergebrachten Strukturen der Weltpolitik zunehmend in Frage, die Schwerpunkte der Globalisierung verschieben sich vom globalen Norden zusehends in den asiatischen Raum, der wirtschaftliche Wandel beschleunigt sich aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung und des vermehrten Einsatzes Künstlicher Intelligenz, mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt und selbst in der USA und in Europa erscheint die Demokratie nicht mehr so stabil wie noch vor wenigen Jahren. Diese Entwicklungen entfalten sich vor dem Hintergrund der immer akuter werdenden Klimakrise. Während die Probleme zunehmen, scheint die Lösungskapazität westlicher Demokratien nicht Schritt halten zu können.

In einem solchen Umfeld stellt sich verschärft die Frage, was können Universitäten oder konkreter: was kann die AUB zur Lösung der Probleme beitragen? Universitäten sind Orte, wo neues Wissen produziert (Forschung) und dieses in strukturierter Form an die nächste Generation von AkademikerInnen weitergegeben wird (Lehre). Die Ergebnisse der Forschung finden idealerweise auch Anwendung in der Praxis. Darüber hinaus ist es eine wichtige Aufgabe der Universität, die aktuellen Diskurse und Forschungsergebnisse in die breitere Öffentlichkeit zu tragen (dritte Mission).

Den letzten Gedanken aufgreifend stehen im Fokus des vorliegenden Heftes vier Beiträge, die sich mit aktuellen Herausforderungen auseinandersetzen. Im ersten Aufsatz wird den Gründen für die gegenwärtig zu beobachtende demokratische Malaise insbesondere in den mittel- und osteuropäischen Staaten nachgegangen und die Frage aufgeworfen, ob die mit der Demokratisierung verbundenen Erwartungen überzogen waren und zu einer Überforderung der politischen Systeme führen *mussten*. Die AutorInnen kommen trotz aller Probleme zu einer optimistischen Bewertung der Zukunftsaussichten der Demokratie. Im zweiten Beitrag werden die Gründe der gegenwärtigen Inflation, von der Ungarn in besonderem Masse betroffen ist, erörtert. Dabei wird die Komplexität des Phänomens herausgearbeitet und vor unzulässigen Vereinfachungen in der Diskussion gewarnt. Der dritte Aufsatz erklärt das Konzept des digitalen Notenbankgelds und liefert eine Einschätzung der Vor- und Nachteile der Einführung eines digitalen Euros im geopolitischen und geökonomischen Wettbewerb. Der vierte Beitrag setzt sich kritisch mit den chinesisch-mitteuropäischen Beziehungen auseinander und zeigt die Gründe dafür auf, weshalb die euphorischen Erwartungen einer zunehmenden Ernüchterung gewichen sind. Dies stellt zwar eine Chance für die EU dar, ihre Stellung in der Region wieder zu stärken, allerdings ist es dafür notwendig, die betroffenen Länder partnerschaftlich in die Ausgestaltung des gegenseitigen Verhältnisses miteinzubeziehen.

Werfen wir außerdem noch einen Blick auf die Veranstaltungen, die im letzten Sommersemester an der AUB organisiert wurden, sehen wir, dass insgesamt eine breite Palette der angesprochenen Herausforderungen abgedeckt wurde: Von den internationalen Bemühungen zur Lösung der Klimafrage, über die Bewältigung der Digitalisierung, die (macht-)politischen Herausforderungen für Europa und die EU, die Frage, wie Politik



inhaltlich, prozedural und organisatorisch an die neuen Erfordernisse angepasst werden kann, bis hin zu gesellschaftlichen Fragen, insbesondere wie die freiheitliche Demokratie in Europa bewahrt werden kann, wurden diese in verschiedenen Formaten aufgegriffen. Dabei stand neben der wissenschaftlichen Analyse auch immer die Einbettung der Resultate in einen breiteren gesellschaftlichen Diskurs zur Entwicklung von Lösungsvorschlägen im Vordergrund. Die starke Stellung der AUB als Kompetenzzentrum für Ungarn, die Region und Europa zeigt sich nicht zuletzt in den einschlägigen Publikationen, die in den vergangenen Monaten erschienen sind, und wird auch durch den Abschluss neuer Partnerschaften sowie die Verlängerung der Förderung durch die Region Trentino-Südtirol anerkannt.

Weiters wurde das universitäre Leben durch viele weitere Anlässe bereichert. Beim Karrieretag konnten sich zahlreiche Unternehmen und Partnerorganisation der AUB als zukünftige Arbeitgeber für die angehenden AbsolventInnen präsentieren. Dieser Anlass war auch dazu angetan, die Stellung der AUB als deutschsprachige Ausbildungsstätte zu stärken. Der Alumni Klub hat Besuche bei der ungarischen Staatspräsidentin Katalin Novák und beim belgischen Botschafter abgestattet. Umgekehrt war auch die AUB Gastgeberin für zahlreiche Besuchergruppen. Selbstverständlich dürfen auch die traditionellen festlichen und gesellschaftlichen Anlässe wie der Frühlingsball und die Grillparty nicht fehlen. Abgerundet wurde dieses bunte Programm durch eine kulinarisch-kulturelle Reise durch Mitteleuropa im Zeichen von «Wort, Klang und Gaumen», welche vom Abschlussjahrgang des Studiengangs Kulturdiplomatie veranstaltet wurde.

Auch in diesem Jahr gab es für die AUB etwas zu feiern, so durften wir den 200. Geburtstag unseres Namensgebers Graf Gyula Andrássy am 8. März mit einer feierlichen Kranzniederlegung vor der Reiterstatue Andrássys auf dem Kossuth tér begehen. Im Anschluss an dieses Ereignis hat die AUB auf Anregung des Präsidenten des ungarischen Parlaments, László Kövér, das Patronat für die Andrássy Statue übernehmen können. Angesichts der in diesem Heft diskutierten Herausforderungen erweist sich die Entscheidung für die Person Andrássys als Namensgeber der AUB als exzellente Wahl für eine ungarische und europäische Universität, die vom gemeinsamen Willen ihrer Partner getragen wird. Als europäisch orientierter Politiker war er bestrebt, politische Probleme auf der richtigen Ebene zu lösen. Wo nötig, wurden internationale/europäische Lösungen gesucht, ohne die notwendigen Reformen auf nationaler Ebene aus den Augen zu verlieren.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, trotz der im Incipit angesprochenen Kautelen eine interessante Lektüre. Ich hoffe, dass die Beiträge im vorliegenden Heft zum Nachdenken, zum Mitdiskutieren und vielleicht ja auch zum Widerspruch anregen, damit wir gemeinsam Orientierung in dieser komplexen Welt gewinnen und zur Findung von guten Lösungen beitragen können.

Zoltán Tibor Pállinger

Aktuelles

PARTNERSCHAFTEN

European University for Academic Continued Education (EU.ACE)

Fünf europäische Universitäten, darunter die AUB, vereinbarten am 20. Dezember 2022 die Gründung der European University for Academic Continued Education (EU.ACE). Das Projekt soll im Rahmen der EU-Initiative „Europäische Hochschulen“ durchgeführt werden.

Die Universität für Weiterbildung Krems (UWK; Krems, Österreich), das Conservatoire national des arts et métiers (Cnam; Paris, Frankreich) und die AUB kamen bereits im Oktober 2022 in Paris überein, eine

Europäische Universität mit dem Schwerpunkt Lifelong Learning / akademische Fort- und Weiterbildung zu gründen. Dieser Initiative schlossen sich die Universität Ulm (Deutschland) sowie die Manisa Celal Bayar University (MCBU; Türkei) an, um ebenfalls als Partner an dem Projekt mitzuwirken.

Am 20. und 21. Dezember wurde das gemeinsame Vorhaben im Rahmen eines zweitägigen Workshops in Budapest konkretisiert. Zudem wurde im Spiegelsaal der AUB das Memo-

randum of Understanding zur Gründung des Konsortiums, das EU.ACE verwirklichen soll, durch hochrangige VertreterInnen aller fünf Partnerinstitutionen unterzeichnet.

Júlia NÉMETH, Stefan OKRUCH

le cnam



CELAL BAYAR
UNIVERSITESI



Donau-Universität Krems
Universität für Weiterbildung



Unterzeichnung des Memorandum of Understanding zur Verwirklichung der European University for Academic Continued Education (EU.ACE) an der AUB

Foto: Júlia Németh

Neue Erasmus-Kooperation: Erste Partnerhochschule in Island

Ab sofort besteht zwischen der AUB und der Bifröst Universität auf Island ein Erasmus-Kooperationsabkommen, was für Studierende und Dozierende auf beiden Seiten viele Möglichkeiten bietet.

Schon seit Jahren arbeiten Professor Stefan Wendt von der Bifröst Universität in Bifröst auf Island und Univ.-Doz. Dr. Tim Alexander Herberger in der Forschung zu Risikomanagement und Kapitalmärkten eng zusammen.

Während ihrer zahlreichen Gespräche sind Wendt, der zudem Dekan des Department of Business an der Bifröst Universität ist, und unser Leiter des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre, insb. Entrepreneurship, Finanz-

wirtschaft und Digitalisierung, auf die Idee gekommen, auch Studierende an dieser Zusammenarbeit teilhaben lassen zu wollen. So wurde ein Erasmus-Partnerschaftsabkommen zwischen beiden Institutionen geschlossen. Dieses Abkommen ermöglicht es Studierenden und Lehrenden beider Hochschulen ab sofort, für Gastsemester die jeweils andere Hochschule zu besuchen.

Die Bifröst Universität bietet neben Lehrveranstaltungen auf Isländisch selbstverständlich auch Kurse in englischer Sprache an. Auf AUB-Seite ist die geschlossene Vereinbarung für Studierende und Lehrende der Studiengänge IEB und MML sowie der assoziierten Doppelmasterprogramme offen und bietet neben inhaltlich exzellenten Studienbedingungen vor Ort auch die Möglichkeit, ein Eintauchen in die is-

ländische Kultur zu erfahren und die beeindruckende Natur Islands kennenzulernen. Die Bifröst Universität ist für die AUB die erste Partnerhochschule auf Island und wartet darauf, von unseren Studierenden entdeckt zu werden.

Tim Alexander HERBERGER



PUBLIKATIONEN

Buchpräsentation des Werkes „Von der Volksrepublik zum Volksaufstand in Ungarn 1949–1957“

Prof. Dr. Gehler und Dr. habil. Murber stellten vor einem Publikum aus ExpertInnen, Interessierten und Studierenden ihr Buch zum ungarischen Volksaufstand vor. Dabei wurde auch erläutert, wie die wissenschaftlichen Grundlagen zusammengetragen wurden.

Zur Präsentation des erst kürzlich veröffentlichten Buches „Von der Volksrepublik zum Volksaufstand 1949–1957 – Quellenedition zur Krisengeschichte einer kommunistischen Diktatur aus Sicht der Ballhausplatz-Diplomatie“ wurden die beiden AutorInnen des Buches – Prof. Dr. Michael Gehler und Dr. habil. Ibolya Murber – am 30. März in den Andrássy-Saal der AUB eingeladen. Die Veranstaltung wurde durch den Rektor der AUB Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger eröffnet. In seiner Rede begrüßte er die Anwesenden und gratulierte den AutorInnen zu ihrem Werk.

Im Anschluss richtete sich Dr. habil. Csaba Szabó, Generaldirektor des

Ungarischen Staatsarchivs, mit einem Grußwort an das Publikum. Er lobte die AUB in diesem Kontext als wichtige Funktionsträgerin im Austausch mit vielen Institutionen und WissenschaftlerInnen des mitteleuropäischen Raums. Priv.-Doz. Dr. habil. Helmut Wohnout, Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs betonte im Anschluss, dass das vorgestellte Buch der Ausdruck einer einzigartigen Form wissenschaftlichen Zusammenarbeitens in Mitteleuropa sei.

Nach dieser Einführung kamen die AutorInnen zu Wort. Gehler, Leiter des Institutes für Geschichte an der Universität Hildesheim und Stammmitglied der Doktorschule an der Andrássy Universität Budapest, betonte die einzigarti-

ge Auswahl von Quellen des Buches im Vergleich zu vielen Vorgängerwerken. Insgesamt 340 Dokumente und weitere Archivalien seien genutzt worden, wobei die Vorauswahl aus deutlich mehr Dokumenten bestanden habe. Murber, Dozentin des ELTE Savaria Universitätszentrums, ging auf die Herausforderungen der Demokratisierung Ungarns nach 1945 durch die Sowjetunion und die kommunistische Partei Ungarns und die Entwicklung hin zum großen Volksaufstand Ungarns ein. Geschlossen wurde die Veranstaltung mit einem Weinempfang des Österreichischen Kulturforums, zu Ehren der beiden AutorInnen Gehler und Murber.

Virginia PILLMANN



Von der Volksrepublik zum Volksaufstand in Ungarn 1949–1957.

Quellenedition zur Krisengeschichte einer kommunistischen Diktatur aus Sicht der Ballhausplatz-Diplomatie

Michael Gehler, Ibolya Murber,
Generaldirektion des ÖStA

Reihe: Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs

Band: 62

ISBN: 978-3-7065-6273-7

www.studienverlag.at/produkt/6273/von-der-volksrepublik-zum-volksaufstand-in-ungarn-1949-1957

MITTEILUNGEN DES
ÖSTERREICHISCHEN
STAATSARCHIVS

HERAUSGEGEBEN VON DER GENERALDIREKTION

MICHAEL GEHLER/IBOLYA MURBER

VON DER VOLKSREPUBLIK ZUM
VOLKSAUFSTAND IN UNGARN 1949-1957

Quellenedition zur Krisengeschichte einer kommunistischen
Diktatur aus Sicht der Ballhausplatz-Diplomatie



Das Lehrbuch: „Das politische System Ungarns“ ist erschienen

Die AUB-Mitarbeiterin Melani Barlai hat am 5. Mai 2023 zusammen mit anderen Ungarn-ExpertInnen das Lehrbuch „Das politische System Ungarns“ veröffentlicht.

Ist Ungarn eine Autokratie? Das ist die Leitfrage des Lehrbuchs, welches aus einer Innensicht die Bausteine des Systems aufzeigt und nüchtern analysiert. Das historische Erbe, etwa die Habsburgermonarchie, der sog. Gulaschkommunismus, der Systemwechsel und die Demokratisierung sind bedeutsam für die aktuellen Entwicklungen, die in der deutschsprachigen Öffentlichkeit sehr kontrovers beurteilt, mehr noch kritisiert werden. Fest steht: Das Staatskonzept von Viktor Orbán hat seit 2010 für einen mehr oder minder fun-

damentalen Systemumbau gesorgt. Das Buch behandelt in zehn Kapiteln, wie das Konzept der Nationalen Zusammenarbeit (NER) die politischen Institutionen, die Gesetzgebung sowie die Außenpolitik beeinflusst und wie es sich auf die Interessenartikulation der Minderheiten und der ungarischen Zivilgesellschaft auswirkt. Am Ende stehen Szenarien für die weitere Entwicklung des Landes.

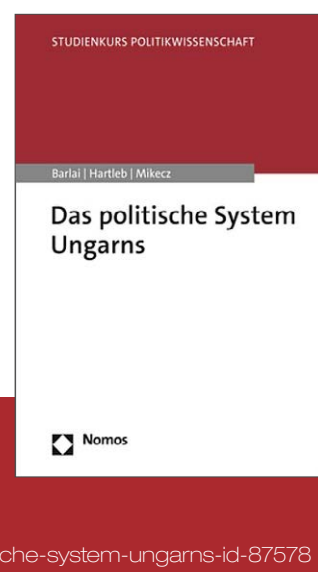
Melani BARLAI

Das politische System Ungarns

Melani Barlai, Florian Hartleb,
Dániel Mikecz (Hrsg.)

ISBN 978-3-8487-6747-2

www.nomos-shop.de/nomos/titel/das-politische-system-ungarns-id-87578



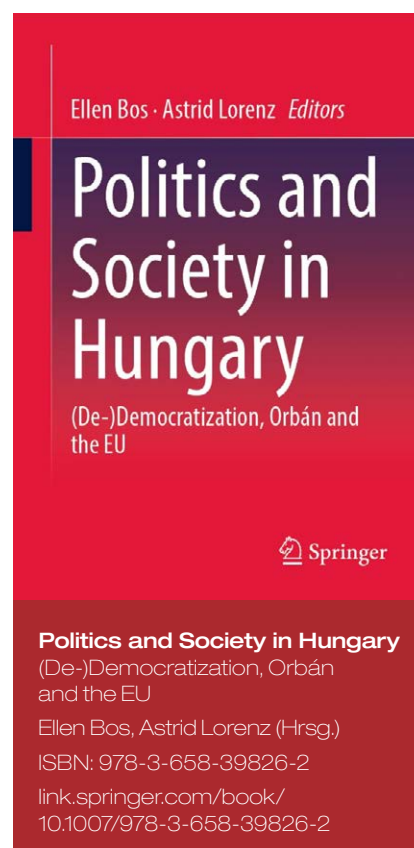
Politics and Society in Hungary (De-)Democratization, Orbán and the EU

Dies ist der Titel des von Ellen Bos (AUB) und Astrid Lorenz (Universität Leipzig) herausgegebenen Sammelbandes zum politischen System Ungarns und den aktuellen Entwicklungen in der ungarischen Innen- und Außenpolitik, der 2023 im Springer Verlag erschienen ist. Es handelt sich um die aktualisierte englischsprachige Version des 2021 im Springer VS Verlag veröffentlichten Bandes „Das politische System Ungarns. Nationale Demokratieentwicklung, Orbán und die EU“.

Ungarn galt als liberale Ausnahme im sozialistischen Osteuropa und wurde nach dem Systemwechsel 1989/90 von Wissenschaft und Medien fast zwei Jahrzehnte als Musterbeispiel für eine erfolgreiche Demokratisierung und gelungene Integration in das westliche Bündnisystem betrachtet. Seit der Übernahme des Amtes des Ministerpräsidenten durch Viktor Orbán im Mai 2010 hat sich diese Einschätzung

fundamental gewandelt. Ungarn steht seitdem aufgrund der von den verschiedenen Regierungen Orbáns durchgesetzten Umgestaltung des politischen Systems und zahlreicher Konflikte mit den EU-Institutionen im Zentrum kritischer Beobachtung und medialer Berichterstattung. Ungarn wird deshalb inzwischen als Vorreiter für illiberale Politik und als Beispiel für die schnelle Dekonsolidierung eines demokratischen Institutionensystems betrachtet.

Die Beiträge des Bandes tragen zum vertieften Verständnis dieser widersprüchlichen Entwicklung bei. Sie vermitteln Grundlagenwissen zu Politik und Regieren in Ungarn und helfen bei der Analyse und Bewertung der Entwicklungen im Land selbst und von Ungarns Position in der EU. Der Band gibt einen fundierten Einblick in das politische System und die Demokratieentwicklung Ungarns seit 1989. Im Einzelnen behandeln die Beiträge Regierungssystem und Verfas-



sungspolitik, Parteiensystem und Zivilgesellschaft, direkte Demokratie, Außen- und Europapolitik, Wirtschaftspolitik, Regionalpolitik, Asyl- und Flüchtlingspolitik sowie Wissenschaftspolitik. Sie konzentrieren sich dabei auf zentrale Merkmale und ihren Bezug zur EU, beleuchten wichtige Entwicklungslinien der vergangenen Jahrzehnte und ordnen die Befunde im Vergleich mit anderen Staaten ein.

Insgesamt zeichnen die Beiträge das Bild eines innenpolitisch polarisierten und seit 2010 durch den Systemumbau der Regierung Orbán geprägten Landes. Dabei wird deutlich, dass im Bereich der

Außen- und Wirtschaftspolitik die Gegensätze zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien aufgrund struktureller Zwänge weniger ausgeprägt sind als in der Innen- und Gesellschaftspolitik, in welcher der Parteienwettbewerb und die Konflikte äußerst intensiv sind. Außerdem wird ersichtlich, dass das Jahr 2010 keinen vollständigen Bruch mit der vorherigen Entwicklung darstellt, sondern vielmehr bereits vorher vorhandene Funktionsprobleme verstärkt wurden.

Die AutorInnen dieses Buches verfügen über ein hohes Maß an fachlicher und regionaler Expertise. Die Beiträge richten sich nicht nur an

das Fachpublikum, sondern auch an JournalistInnen und PraktikerInnen in Politik und Verwaltung.

Aufgrund des Erfolgs der deutschen Ausgabe hat der Verlag die Herausgabe einer überarbeiteten und aktualisierten englischen Version vorgeschlagen. Eine besondere Innovation stellte die Tatsache dar, dass die erste Übersetzung des Bandes maschinell erfolgte. Es zeugt vom mittlerweile sehr hohen Standard der maschinellen Übersetzungen, dass die Überarbeitung durch die AutorInnen nur noch einen vergleichsweise begrenzten Aufwand erforderlich machte.

Ellen BOS

Zwei neue Konferenzbände des Lehrstuhls für Diplomatie II

Die Beiträge zweier vom Lehrstuhl für Diplomatie II an der AUB in Kooperation mit dem Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten internationale Konferenzen sind im Februar 2023 sowohl in einer gedruckten als auch in einer Online-Fassung erschienen.

Zum Konferenzband „Europe and the Future of the Liberal World Order“ über die gleichnamige Konferenz haben renommierte WissenschaftlerInnen wie John Ikenberry von der Princeton University sowie PraktikerInnen der internationalen Beziehungen wie Christoph Heusgen, der langjährige außenpolitische Berater von Bundeskanzlerin Merkel, und Bilahari Kausikan, der ehemaliger Vize-Außenminister aus Singapur, sowie WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen aus China, Indien, Russland, Südafrika, Deutschland, Frankreich, Japan, Bulgarien und der arabischen Welt beigetragen. Fazit war, dass die liberale Weltordnung derzeit unter enormem Druck steht und dass Europa große Anstrengungen unternehmen muss, um sich in einer kompetitiveren Weltordnung zu behaupten.

Zum Konferenzband „Geopolitics in Central and Eastern Europe“ über die gleichnamige Konferenz haben WissenschaftlerInnen und außenpolitische PraktikerInnen aus China, Russland, USA, Türkei, Deutschland, Ungarn, Rumänien, Serbien, Österreich und der Slowakei beigetragen. Diese haben aus verschiedenen Perspektiven die Aktivitäten und den Einfluss von Russland, China und der Türkei, aber auch der EU und der USA in den Staaten Mittelosteuropas beleuchtet. Insbesondere der Einfluss Chinas ist in den vergangenen Jahren gewachsen, allerdings von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau. Russland hingegen hat in der ganzen Region aufgrund seines Angriffskrieges gegen die Ukraine an Sympathien und



Europe and the Future of the Liberal World Order

Heinrich Kreft, Hardy Ostry (Hrsg.)

KAS/AUB

ISBN: 978-3-00-074598-0

Geopolitics in Central and Eastern Europe

Heinrich Kreft & Hardy Ostry (Hrsg.)

KAS/AUB

ISBN: 978-3-00-074599-7

Einfluss eingebüßt. Die EU ist der mit Abstand größte wirtschaftliche Partner aller Länder der Region. Ihr Ansehen und ihr Einfluss haben jedoch insbesondere in den Staaten des Westbalkans aufgrund enttäuschter Hoffnungen auf eine absehbare EU-Beitrittsperspektive gelitten.

Heinrich KREFT

NEUES AUS DER FORSCHUNG

WB2EU – Die Suche nach einem europäischen und demokratischen Impuls für den Westbalkan

Die AUB ist Partner in einem europaweiten Netzwerk, das die Probleme der EU-Erweiterung der Westbalkanstaaten analysiert und diskutiert, um einen Beitrag zur Debatte über den EU-Beitrittsprozess zu leisten.

Seit Oktober 2020 ist die AUB Teil des Netzwerks, bestehend aus 17 Universitäten, zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGOs) und Forschungseinrichtungen, das sich mit der Frage der Europäisierung und Demokratisierung der Staaten des sogenannten Westbalkans beschäftigt. Dieser Austausch erfolgt im Rahmen des Erasmus+ Projekts „Europeanisation meets democracy from below: The Western Balkans on the search for new European and Democratic Momentum“ (WB2EU). Zwei Wiener Institute, die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und das Österreichische Institut für Internationale Politik (ÖIIP), sind die Ideengeber und Koordinatoren des von der Europäischen Kommission aus dem Jean-Monnet-Programm finanzierten Projekts.

Was sind die Inhalte und Aktivitäten des Projekts?

Wie der Titel des Projekts, das noch bis Oktober 2023 läuft, bereits verrät, beschäftigt sich das Netzwerk mit vielen Fragen im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung der Westbalkanstaaten, insbesondere der Demokratisierung und der Annäherung der Staaten an die Vorgaben der EU. Der Erweiterungsprozess befindet sich seit Jahren in einer Krise, die zum Verlust der Glaubwürdigkeit der EU sowie zu einer Reformmüdigkeit der Westbalkanstaaten führte. Da die EU als supranationale Organisation aufgrund der Blockadehaltung einiger EU-Mitgliedsstaaten nicht mehr in der Lage ist, Zusagen betreffend Fortschritte im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt abzugeben, gibt es für die Westbalkanstaaten keinen Anreiz, die erwarteten Reformen durchzuführen. Das Projekt versucht durch öffentliche Veranstaltungen in den Westbalkan- und EU-Ländern und durch Dissemination von Informationen diese Problematik aufzugreifen und konstruktiv zu bearbeiten. Einerseits muss Verständnis für



Eindrücke aus Belgrad 2022 –
Anti-NATO und EU Graffiti

die Herausforderungen der Westbalkanstaaten geschaffen werden, die oft schmerzhaft innenpolitische Reformen durchzuführen haben, ohne jedoch sicher sein zu können, das Ziel des EU-Beitritts zu erreichen. Dabei ist klar, dass diese Reformen durchgeführt werden müssen, um die Westbalkanstaaten auf eine EU-Mitgliedschaft vorzubereiten. Andererseits müssen die EU-Staaten auch ihre Verpflichtung gegenüber dem Westbalkan nachkommen, da die EU den Staaten eine EU-Perspektive seit 2003 in Aussicht gestellt hat.

Inhaltlich wurde das Projekt in drei Phasen eingeteilt: Die erste Phase setzte sich mit der Rechtsstaatlichkeit und Justiz auseinander. Themenschwerpunkte waren neben dem Anstieg illiberaler politischer Positionen und einem verstärkten Euroskeptizismus die Rückschritte bei der demokratischen Entwicklung sowie die Schwächen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, die nicht nur den Westbalkan, sondern auch EU-Länder betreffen. In der zweiten Phase wurde die soziale Dimension der Europäisierung betrachtet und somit der Fokus auf die Gesellschaften in der Region gelegt. Es wurden Fragen der steigenden sozialen Ungleichheit in den Gesellschaften, das Problem von *brain drain*, der Abwanderung von gutausgebildeten Jugendlichen und die Diskriminierung von LGBTQ+-Personen diskutiert. In der dritten Phase beschäftigen sich die Projektpartner mit dem Ansatz der Demokratisierung von unten. Dabei wird hinterfragt, wie BürgerInnen, AktivistInnen und die Zivilgesellschaft sich stärker in den politischen Prozess einbringen können, um positive gesellschaftspolitische Entwicklungen zu initiieren, alte korrupte Strukturen zu überwinden und politische Reformen umzusetzen. Zu den jeweiligen Themen wurden öffentliche Workshops (*Ideas go public Labs*) abgehalten und Policy Briefs von den jeweiligen Partnerinstitutionen verfasst.

Und was machte die AUB?

Christina Griessler und Fanni Elek sind an der AUB für die Umsetzung der Aktivitäten des Projekts verantwortlich. Neben der Teilnahme an den regulären Treffen und den Workshops, verfassten beide Mitarbeiterinnen drei Policy Briefs. Ein wesentliches Ziel des Projekts ist es, die Ergebnisse des Projekts einem breiten Publikum zugänglich zu machen, u.a. auch durch die Zurverfügungstellung von Informationen in der jeweiligen Muttersprache.

Der [erste Policy Brief](#) befasst sich mit der außenpolitischen Rolle Ungarns, insbesondere jener des Premierministers Viktor Orbán in Zusammenhang mit der EU-Westbalkanerweiterung. Die Autorinnen stellen die Frage, inwieweit Ungarn ein Vorbild für die Westbalkanstaaten ist bzw. sein sollte. Die [zweite Publikation](#) diskutiert grenzübergreifende Projekte zwischen Ungarn und Serbien mit einem Fokus auf Jugendliche. Letztere waren von den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie besonders betroffen, deshalb erklärte die EU das Jahr 2022 zum Jahr der Europäischen Jugend (*Year of the European Youth*). Der zweite Policy Brief nahm sich dieses Schwerpunktes an und betrachtete ausgewählte regionale sowie grenzübergreifende Projekte mit Beteiligung Ungarns und Serbiens. Der [dritte Policy Brief](#) greift die Thematik der Einschränkung des Tätigkeitsbereichs von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Ungarn und Serbien auf.

Wie geht es weiter?

Das Abschlusstreffen des Netzwerks findet im Oktober 2023 in Wien statt. Als letzte größere Aktivität wird von den ProjektkoordinatorInnen im September 2023 zum zweiten Mal die Sommerschule in Cres abgehalten, an der auch AUB-Studierende teilnehmen werden. Mit dem Projektende wird die Zusammenarbeit mit den Projektpartnern in dieser Form ebenfalls enden, wobei die Hoffnung besteht, dass die etablierten Kontakte Bestand haben werden. Grundsätzlich bestünde seitens der AUB weiterhin das Interesse, sich bei gemeinsamen Aktivitäten mit den KollegInnen des Netzwerks einzubringen. Immerhin stellt die Westbalkanregion eine Schwerpunktregion in der Forschung und Lehre der AUB dar. Die geknüpften Kontakte werden sich hoffentlich nicht auflösen, sondern zu neuen Ideen über und für den Westbalkan führen.

Christina GRIESSLER



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik



Österreichisches Institut
für Internationale Politik
Austrian Institute for
International Affairs



INTERNATIONALES UND INTERUNIVERSITÄRES NETZWERK
POLITISCHE KOMMUNIKATION

WP1 des Erasmus+-Projekts DIGIGEN abgeschlossen

Im September 2022 wurden die ersten Ergebnisse aus der qualitativen und quantitativen Analyse des DIGIGEN-Projekts im Rahmen des Work Package 1 innerhalb des von Dr. Tim Alexander Herberger geleiteten Projektteams an der AUB diskutiert. Nun liegen die umfangreichen Abschlussberichte vor und liefern somit einen Input für das nun

zu entwerfende Upscaling-Programm, um weibliche Führungskräfte in Zukunft noch besser auf die Herausforderungen der Digitalisierung und digitalen Transformation vorzubereiten.

Das Projekt „Challenges and Opportunities of Digitalization for Women in Management

(DIGIGEN)“ entwickelt in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern (u.a. Hochschule der Bundesagentur für Arbeit; Saxion University; Csongrad County Chamber of Commerce and Industry; Superpeople Company) ein Weiterbildungsprogramm, das Fachkräfte bei der Beratung weiblicher Führungskräfte



Treffen der Partner des DIGIGEN-Projekts an der AUB

im digitalen Transformationsprozess unterstützen wird. Hintergrund des DIGIGEN-Projekts ist der Standpunkt des Rates des Europäischen Parlaments (04/2016), der dazu ermutigt, das volle Potenzial der Digitalisierung zu nutzen, um das Empowerment von Frauen zu fördern. Das DIGIGEN-Projekt wird durch das Erasmus+ Programm der Europäischen Union kofinanziert.

Im ersten Quartal 2023 konnte nun die Bedarfsanalyse finalisiert werden, deren Ziel es einerseits war, Informationen über das Umfeld des Projekts zu sammeln (Literaturreview) und andererseits mit Hilfe von Interviews und Fragebögen die Bedürfnisse von HR-PraktikerInnen, KarriereberaterInnen sowie weiblichen Führungskräften in Bezug auf die Digitalisierung zu ermitteln. Sowohl Literaturreview als auch die Bedarfsanalyse fanden in Ungarn, Deutschland und den Niederlanden statt. Im Rahmen der Literaturreview wurden, neben statistischen Daten, einschlägige staatliche und nichtstaatliche Programme sowie wissenschaftliche Veröffentlichungen analysiert, um mehr Informationen über den aktuellen Stand von weiblichen Führungskräften, ihrer beruflichen Entwicklung und der Digitalisierung zu erhalten.

Zentrale Ergebnisse

Die wichtigsten Ergebnisse der Literaturreview sind: Frauen, insbesondere in Führungspositionen, brauchen wei-

terhin Unterstützung auf dem Arbeitsmarkt, um die gleichen Chancen wie Männer zu bekommen. Die EU und die nationalen Regierungen adressieren zwar dieses Defizit in Gesetzen und Verordnungen, aber der Weg bis zur Gleichstellung ist noch weit. In diesem Zusammenhang sind die wichtigsten Erkenntnisse für die Gestaltung des Weiterbildungsprogramms für Beratungsfachkräfte folgende:

- *Die Digitalisierung erfordert neue Kompetenzen, die in einem Weiterbildungsprogramm für Beratungsfachkräfte behandelt werden sollten, um deren Bekanntheit zu erhöhen.*
- *Diese Kompetenzen sind in erster Linie sozialer und emotionaler sowie technischer Natur und dienen vor allem weiblichen Führungskräften, da sie eher weiblich konnotiert sind.*
- *Digitales Arbeiten könnte Frauen helfen, ihr Privat- und Berufsleben besser zu vereinbaren. U.a., weil Männer aufgrund der digitalen Möglichkeiten zunehmend Sorgearbeit leisten. Letzteres erscheint aber entscheidend, so dass zeitliche Vakanzen auch „hinter verschlossenen Wohnungstüren“ wirklich geschaffen werden.*

- *Eine angemessene und spezifische Beratung kann selbststereotype Einstellungen, starre Strukturen und einen Mangel an Wissen über digitale Kompetenzen positiv beeinflussen*

Auf die Literaturreview folgte eine Bedarfsanalyse der Zielgruppen HR-PraktikerInnen, KarriereberaterInnen sowie weibliche Führungskräfte. Die Ergebnisse der Interviews und halbstrukturierten Fragebögen geben Aufschluss über deren digitalisierungsbezogenen Bedürfnisse. Die Bedarfsanalyse führte in allen drei Ländern (DE, HU, NL) zu ähnlichen Ergebnissen: Beratungsfachkräfte und weibliche Führungskräfte kennen und erkennen zwar das Potenzial der Digitalisierung und unternehmen erhebliche Anstrengungen, um mit den raschen Veränderungen Schritt zu halten. Die Ergebnisse zeigen jedoch auch, dass sich Unterstützungsprogramme für Frauen in Führungspositionen eher auf die Feststellung statt stärker auf die konkrete Förderung (einschließlich Instrumentarium) des Erwerbs von Fähigkeiten und Kompetenzen konzentrieren sollten.

Ágnes CSERKÚTI, Tim Alexander HERBERGER, Anke REUTER



PERSONALIA

Personalia

Seit der letzten Ausgabe der Andrássy Nachrichten hat sich personell einiges getan an der AUB. Mit dem Semesterende ging der langjährige AUB-Dozent Prof. Dr. Dieter A. Binder in den Ruhestand. Die Andrássy Universität dankt ihm für seine langjährige Tätigkeit als Leiter des Lehrstuhls für Kulturwissenschaften und wünscht ihm gute Gesundheit und alles Gute!

In der Verwaltung durften wir im Februar 2023 vier neue KollegInnen be-

grüßen: Ildikó Tarnokiné Murár ist die neue Referentin für Finanz- und Büroangelegenheiten, Mariann Zsilinszky ist als Hauptreferentin für Finanzangelegenheiten tätig. In der Stabsstelle ergänzt Edina Rauscher als neue Referentin für wissenschaftlichen Nachwuchs das AUB Verwaltung-Team.

Ende Juli 2023 verabschiedete sich Laura Beurer, die zunächst als Referentin, dann als Hauptreferentin im Referat für Marketing und Kommunikation tätig war. Ihre Position als Hauptrefe-

rentin wurde von Eszter Kalmár übernommen, die früher schon als Referentin an der AUB gearbeitet hat und die wir nun erneut als Kollegin begrüßen dürfen. In der Abteilung für Marketing und Kommunikation verabschiedeten sich Ende August auch Boglárka Emszt und Bence Biró.

Wir wünschen allen, die die AUB verlassen haben, weiterhin alles Gute und freuen uns über alle neuen KollegInnen, die wir herzlich willkommen heißen.

SONSTIGE NEUIGKEITEN

Gedenken an den 200. Geburtstag von Graf Gyula Andrássy

Zum Gedenken an den 200. Geburtstag von Graf Gyula Andrássy hat die AUB am 8. März 2023 eine feierliche Kranzniederlegung vor der Andrássy-Reiterstatue auf dem Kossuth Lajos Platz organisiert.

Im Rahmen der Feier hielten Gergely Pröhle, Vorsitzender des Kuratoriums, sowie dr. Balázs Fürjes, stellvertretender Minister des Ministerpräsidentenamtes und parlamentarischer Staatssekretär, eine Ansprache.

Feierliche Kranzniederlegung vor der Andrássy-Reiterstatue zu Ehren des 200. Geburtstages von Graf Gyula Andrássy





Gergely Pröhle und Zoltán Tibor Pállinger
bei der Kranzniederlegung vor der Andrassy Statue



In seiner Rede würdigte Pröhle das Erbe Andrássys und betonte, dass man sich bei der Gründung der AUB sehr schnell auf den Namen des Grafen Gyula Andrassy geeinigt habe. „Der Lokalpatriot, Abgeordneter aus Zemplén, [...] der die Verantwortung für die Zukunft seines Landes spürte und übernahm, der Außenminister der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, war für alle ungarischen, österreichischen und

deutschen GründerInnen eine historische Figur, die das Ideal der Universität verkörpert, das Anliegen, junge Menschen auszubilden, die sich für ihr eigenes Land engagieren, die sich als Teil der regionalen Schicksalsgemeinschaft sehen und die der europäischen Zusammenarbeit Bedeutung beimessen.“

Fürjes hob die Rolle von Andrassy beim Aufbau von Budapest hervor. Die Grundvoraussetzung für ein

freies, unabhängiges und bürgerliches Ungarn sei eine eigene nationale Hauptstadt mit einer eigenständigen europäischen Bedeutung, bei deren Aufbau Gyula Andrassy eine unvergleichliche Rolle gespielt habe. Er betonte auch, dass Budapest das Ergebnis einer nationalen Zusammenarbeit im besten Sinne des Wortes sei, die ohne die Andrassy-Regierung nicht zustande gekommen wäre.

Dóra JANKOWSKI

Andrássy Universität Budapest erneut als Verlässlicher Arbeitgeber 2023–2024 ausgezeichnet

Im Rahmen der jährlichen Mitgliederversammlung der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer am 4. Mai 2023 wurde die feierliche Bekanntgabe und Ehrung der ausgezeichneten Unternehmen mit dem Titel des „Verlässlichen Arbeitgebers“ vorgenommen.

Das Ziel der Kampagne ist es, verlässliche Arbeitgeber gegenüber der Öffentlichkeit und künftigen sowie bestehenden MitarbeiterInnen positiv zu positionieren. Außerdem soll die Kampagne Beschäftigungschancen vor Ort und in den jeweiligen Regionen aufzeigen. Dadurch soll auch dazu beigetragen werden, dass junge Leute zunehmend an eine attraktive Zukunft in ihrem Land glauben.

Die Unternehmen und Institutionen mussten im Rahmen eines Bewerbungsverfahrens in sieben Bereichen den gestellten Anforderungen genügen (Vergütungspraxis, Sozialleistungen, Gesundheit und Arbeitsbedingungen, Aus- und Weiterbildung, Entwicklungsmöglichkeiten, interne Kommunikation sowie Rekrutierung und Onboarding).

Die Mitgliederversammlung der DUIHK fand in diesem Jahr im Budapest Music Center statt. Nach der

Eröffnungsrede durch Gergely Gulyás, Minister im Amt des Ministerpräsidenten, wurde das Zertifikat „Verlässlicher Arbeitgeber“ von Minister Gulyás, Achim Weinstock, Vizepräsident der DUIHK sowie von Dr. Ágnes Vörös, Sprecherin der Jury, feierlich an die ausgezeichneten Unternehmen und so auch an die AUB überreicht.

Der Titel wurde der AUB entsprechend der Ausschreibung für 2023/24 bereits zum vierten Mal verliehen. Die AUB wird sich weiterhin dafür einsetzen, ihren MitarbeiterInnen ein verlässlicher Arbeitgeber zu sein und mit gutem Beispiel für andere Unternehmen und Einrichtungen voranzugehen.

Dana BRAUN



Kanzlerin Gabriella Dobrin übernimmt das der AUB verliehene Zertifikat als „Verlässlicher Arbeitgeber“

Neue Angebote und Anschaffungen durch das Projekt AnDTiES

Im Rahmen des Projekts [AnDTiES \(RRF-2.1.2-21-2022-00016\)](#) konnte die AUB im letzten Semester verschiedene Weiterbildungskurse anbieten und die digitale Infrastruktur der Universität ausbauen.

Im Rahmen des Projekts AnDTiES konnten wir im letzten Semester Sprachkurse in drei Sprachen (Deutsch, Französisch, Englisch) anbieten und verschiedene digitale Bibliotheksdienste finanzieren. Auch ein Abonnement des Plagiatsprüfungsdienstes von Turnitin wurde aus den Projektmitteln verwirklicht, ebenso wie zwei Schulungen für unsere Dozierenden zu den Themen „Soziale Medien in der wissenschaftlichen Kommunikation“ und „Neue

Methoden des wissenschaftlichen Publizierens“. Das Verwaltungspersonal wurde in Excel und Word geschult. Mit Unterstützung der Aufbau- und Resilienzfazilität AnDTiES wurde vor kurzem eine umfangreiche Beschaffungsmaßnahme eingeleitet, die der Andrássy Universität neue Ausrüstung beschaffen und damit zu einer qualitativ hochwertigen Infrastruktur beitragen wird.

Iringó NEMES



Veranstaltungen im Sommersemester 2023

UNIVERSITÄT, LEHRSTÜHLE, DOKTORSCHULE

Stillstand der internationalen Klimaverhandlungen?

Zum Abschluss des V4+Deutschland Projekts, das sich mit den Möglichkeiten und Herausforderungen des Green Deal beschäftigt sprach Dr. Charlotte Unger, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit des Helmholtz Zentrum Potsdam, über die Ergebnisse, Herausforderungen und Konflikte der internationalen Verhandlungen und zog eine durchwachsene Konferenzbilanz, welche die Erreichung des 1,5° Ziels infrage stellt.

Unger nahm persönlich an der 27. UN-Klimakonferenz (COP27) in Scharm asch-Schaich (Ägypten) 2022 teil, die auch als großes 'Observer'-Treffen sowie als Bühne für Klimaprotteste fungiert. Doch warum war die Konferenz in Scharm asch-Schaich eigentlich so wichtig? Im Jahr 2021 wurde in Glasgow (COP26) das Regelwerk zum 2015 beschlossenen Pariser Abkommen fertiggestellt und der Auftrag für die COP27 in Ägypten war es, diese Regeln nun zu implementieren sowie die Länderbeiträge nachzubessern, um das 1,5°-Ziel 'am Leben zu erhalten'.

Bilanz der COP27

Als größter Erfolg der COP27 könne laut Unger der 'Loss and Damage'-Fond hervorgehoben werden. Dieser solle dazu dienen, ärmere Länder, die häufig am stärksten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen seien, bei der Bewältigung der Herausforderungen zu unterstützen beziehungsweise zu entschädigen. Zu klären bleibe, wer einzahlen müsse und wer schließlich von den Geldern profitiere. Die ganze Thematik spiegele deutlich den Nord-Süd-Konflikt

wieder. So trügen die Länder, welche am stärksten von den Effekten der Klimakrise betroffen sind, am wenigsten zu dieser bei.

Auf der negativen Bilanzseite der COP27 seien die abgeschwächten Formulierungen hervorzuheben, welche viel Spielraum ließen, so Unger. Zahlreiche Länder hätten gefordert, aus allen fossilen Brennstoffen auszusteigen. Stattdessen sei die veraltete Formulierung, welche sich nur auf den Kohle 'Phase-down' beziehe, erneut übernommen worden. Auch die EU hätte eine Vielzahl ihrer Forderungen nicht durchsetzen können, insbesondere beim Thema 'Emissionsminderung', konstatierte Unger. Stärker in den Fokus gerückt seien jedoch die sogenannten 'humanen'-Themen wie beispielsweise Ernährung, das Recht auf Gesundheit und Jugend.

Die Rolle Deutschlands in der internationalen Klimapolitik

Deutschland habe sich insbesondere beim Thema Loss and Damage Fund positiv hervorgetan. Die Diskrepanz zwischen der außenpolitischen Position und der Politik im eigenen Land, auch mit Blick auf die Energiekrise, sei jedoch nicht von der Hand zu weisen. So seien beispielsweise die selbstgesetzten Klimaziele nicht erreicht worden. Die große Glaubwürdigkeitsproblematik, für die Deutschland als Industrienation so sinnbildlich stehe, habe sich nur noch weiter verstärkt lautete das Fazit der Referentin.

Die nächste COP soll 2023 in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) stattfinden. Dies stelle, laut Unger, bereits jetzt große Fortschritte bei der Erreichung von Klimazielen infrage, da das Gastgeberland starken Einfluss auf beispielsweise die

Vorlage von Verhandlungstexten habe. So sei etwa Sultan Ahmed Al Jaber, unter anderem CEO der staatlichen Ölgesellschaft der VAE (ADNOC), zum Vorsitzenden der COP28 ernannt worden. Trotz einzelner positiver Nachrichten stehe die Erfüllung der Klimaziele weiterhin vor multiplen Herausforderungen und scheine weiterhin schwer erreichbar, so Unger.

Tanissa CONRADI

Im Nachgang des V4+Deutschland Projekts ist außerdem ein Booklet erschienen:

Implementing the European Green Deal [EGD] 3 Opportunities and Challenges: V4+Germany Conference

Rafal Fabianowicz, Heinrich Kreft, Kristina Kurze

ISBN: 9789638837356

www.andrassyuni.eu/uploads/esemeny/689-booklet-implementing-the-european-green-deal-opportunities-and-challenges.pdf



Klima, Sicherheit, Energie – die multiplen Krisen in Europa

Um mit den aktuellen, sich überschneidenden Zeitenwenden in Europa umgehen zu können, brauche es eine einigte EU, so Staatsministerin Lührmann im Austausch mit AUB Studierenden im Rahmen eines Kamingesprächs.

Am 23. Februar 2023 war die deutsche Staatsministerin für Europa und Klima, Dr. Anna Lührmann, zu einem von Dr. Heinrich Kreft moderierten Kamingespräch mit Studierenden in der AUB zu Gast. Lührmann ist Mitglied des Deutschen

Bundestages und seit Dezember 2021 zudem Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Sie sprach in Ihrem Impulsvortrag von multiplen „Zeitenwenden in Europa“ im Energie-, Sicherheits- und Klimabereich. Deutschland, aber auch die EU, müssten nun entscheiden, wie zum einen schnell darauf reagiert werden könne, aber auch wie in Zukunft strategisch vorgegangen werden solle. So hätten die in den letzten Jahren vermehrt auftretenden Krisen wie Zentrifugalkräfte gewirkt und die Frage aufkommen lassen, wie die Zusammenarbeit in der EU fortgeführt werden solle. Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sei deutlich geworden, dass Europa stärker zusammenstehen und neue Antworten finden müsse. Die Außen- und Sicherheitspolitik sei somit zu einer neuen Priorität Deutschlands geworden. Hier kritisierte Lührmann die noch ausstehende Zustimmung Ungarns für den NATO-Beitritt Schweden und Finnlands und unterstrich, dass man der Ukraine beistehen müsse. Diplomatie und Militär müssten pa-



Staatsministerin Anna Lührmann sprach über die Zeitenwenden in Europa

rallel und zu gleichen Teilen finanziert werden.

EU-Beitrittsperspektive als ‚Lifeline‘ der Ukraine

In der anschließenden Diskussionsrunde mit den Studierenden wurde erneut deutlich, dass sich die Themenbereiche der einzelnen Zeitenwenden in Europa aber auch weltweit vielfach überschneiden. Als Staatsministerin für Europa bezeichnete sie die EU-Beitrittsperspektive als „Lifeline“ für die Ukraine und hob die europäische Ver-

antwortung hervor, diese Perspektive glaubwürdig zu gestalten. Jedoch schloss Lührmann ein „fast-track“-Verfahren aus und betonte die Einhaltung der festgelegten Regeln und Standards. Die aktuelle Situation bringe auch eine neue Dynamik in die Beitrittsverhandlungen mit den Westbalkanländern. Aus deutscher Sicht bestehe ein großes Interesse daran, weshalb es auch hier wichtig sei, die Beitrittsperspektive glaubwürdig zu gestalten und die Länder nicht weitere zwei Jahrzehnte warten zu lassen.

Auch von Ihrem Malaysiabesuch berichtete Lührmann und erklärte,

dass die Menschen vor Ort bereits davon gesprochen hätten, dass aufgrund der Klimakrise vieles „außer Kontrolle gerate“. Die Effekte auf die Lebenswelt seien nicht absehbar und hätten in einem nächsten Schritt auch sicherheitspolitische Implikationen. Die enge Verknüpfung von Klima, Frieden und Sicherheit bei den Zeitenwenden mache deutlich, dass Investitionen in Klimaneutralität auch aus sicherheitspolitischer Perspektive unbestreitbar wichtig seien, schloss Lührmann.

Tanissa CONRADI,

Celine DETER

Die Vereinten Nationen – eine institutionalisierte Aufforderung zur Friedfertigkeit



Dr. Heinrich Kreft bei der Eröffnungszeremonie der KarMUN 2023 im ungarischen Parlament

Bei der jährlichen Karinthi Model United Nations Konferenz (KarMUN) in Budapest, zu der die AUB als Partner eingeladen war, diskutierten rund 300 SchülerInnen und Studierende über aktuelle politische Themen und machten sich mit der Welt der Diplomatie vertraut.

Model United Nations (MUN) ist eine akademische Simulation, bei der die Arbeit der Vereinten Nationen (UN) von Studierenden und SchülerInnen als Rollenspiel nachvollzogen wird. Weltweit beteiligen sich jährlich hunderttausende engagierte TeilnehmerInnen als Delegierte „ihres“ zugeteilten Landes und agieren nach Landesinteressen und Zielen, um realpolitische Herausforderungen in den verschiedenen Komitees der UN zu lösen.

KarMUN war die erste MUN Konferenz in Ungarn und wird bereits seit 2005 von der Karinthi Frigyes Bilingual Secondary School als Gastgeber organisiert und umfasst heute jährlich um die 300 Teilnehmende. Traditionell findet die Veranstaltung auf Englisch statt, jedoch gibt es seit letztem Jahr ebenfalls die Möglichkeit, einzelne Komitees bei KarMUN auf Deutsch zu besuchen. Aus diesem Grund und wegen ihres Diplomatie-Schwerpunkts hat-



Tanissa Conradi mit den Mitgliedern des deutschsprachigen Sicherheitsrates während der KarMUN 2023

ten die Organisatoren die Andrassy Universität als Partner angefragt.

Von einer kooperativen zu einer konfrontativen Sicherheitsordnung in Europa

Bei der traditionellen Eröffnungszeremonie im ungarischen Parlament hielt Dr. Heinrich Kreft, Leiter des Lehrstuhls Diplomatie II, eine Rede zum Thema „Von einer kooperativen zu einer konfrontativen Sicherheitsordnung in Europa“. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sei Auslöser einer tektonischen Veränderung gewesen und habe Europa gezeigt, dass Frieden nicht selbstverständlich sei, sondern dass „auch der Wille und die Mittel notwendig sind, diesen wenn notwendig zu verteidigen“. Weiterhin hob Kreft trotz

der aktuellen Paralyisierung der UN ihre Bedeutung hervor, aber auch die Schwierigkeiten, vor denen sie stehe. Dass der Aggressor des Angriffskrieges einen permanenten Sitz im Sicherheitsrat einnehme, stelle die Institution vor die größte Herausforderung. Obwohl es der UN nicht gelungen sei, den Krieg zu verhindern, werde die Generalversammlung kontinuierlich als Plattform genutzt, um den Aggressor beim Namen zu nennen und die UN könnte ebenfalls bei potenziellen Waffenstillstandsverhandlungen eine Rolle spielen. Die UN fungiere laut Kreft somit weiterhin als „Gewissen der Welt – als institutionalisierte Aufforderung zur Friedfertigkeit“ und werde so, trotz ihrer Mängel, dringend gebraucht.

An insgesamt vier vollen Konferenztagen standen die Teilnehmenden

ebenfalls vor der Herausforderung, im Rahmen der UN politische Fragestellungen zu diskutieren, Lösungen zu erarbeiten und Resolutionen zu verabschieden. Um zu einem tieferen Verständnis der Themen auf der Agenda beizutragen, waren ebenfalls die beiden Masterstudierenden Tanissa Conradi und Till Horstmann als GastsprecherInnen vor Ort, um im deutschsprachigen Sicherheitsrat Impulsvorträge zu den Themen, China, Taiwan und die UN, sowie über den Bürgerkrieg in Jemen zu präsentieren.

Tanissa CONRADI



Der Westbalkan und die EU – Zwischen Frust und Optimismus

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Länder des Westbalkans erneut in den Fokus der EU gerückt. Inwieweit der EU-Beitrittsprozess beschleunigt werden könnte, wurde beim diesjährigen Budapest Balkan Forum diskutiert.

Bereits 2003 wurde beim Gipfel von Thessaloniki vonseiten der EU bekräftigt, dass die Zukunft des Westbalkans in der EU liege, jedoch ist der Prozess der EU-

Erweiterung in den letzten Jahren ins Stocken geraten. So ist die Aufnahme Kroatiens als 27. bzw. damals 28. Mitgliedstaat der EU bereits eine Dekade her. Durch die aktuellen

geopolitischen Veränderungen ist jedoch die Bedeutung der Westbalkanstaaten u. a. für die Sicherheit Europas gestiegen und dadurch eine neue Dynamik in den Prozess gekommen. So wurde 2022 Bosnien und Herzegowina offiziell als Beitrittskandidat anerkannt und die Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien sowie Albanien eröffnet.

AUB Studierende Tanissa Conradi und Luc Zettl beim Budapest Balkan Forum 2023



Das Budapest Balkan Forum (BBF), das in diesem Jahr am 9. und 10. März 2023 stattfand, legt nunmehr seit bereits sieben Jahren den Fokus auf die Region des Westbalkans. Insgesamt sind über 100 ExpertInnen, EntscheidungsträgerInnen und politische Persönlichkeiten in Budapest zusammengelassen, um über aktuelle Herausforderungen, Zukunftsperspektiven sowie Kooperationsmöglichkeiten zu diskutieren. An beiden Tagen gab es weiterhin Möglichkeiten für die interessierte Öffentlichkeit an einzelnen Veranstaltungen teilzunehmen, sodass mehr als 300 Personen am Eröffnungstag vor Ort waren. Die Konferenz wird vom ungarischen Institut für Auswärtige Angelegenheiten und Handel (IFAT) in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) sowie finanzieller Unterstützung durch den Internationalen Visegrád Fond organisiert.

Als hochkarätige Gäste diskutierten am ersten Tag die AußenministerInnen Ungarns (Péter Szijjártó), Nordmazedoniens (Bujar Osmani), Albanien (Olta Xhaçka), sowie Serbiens (Ivica Dačić) zum Thema „Der westliche Balkan: Neue Dynamik und alte Herausforderungen – Ein Blick

aus Budapest“. Darüber hinaus sprach Christian Schmidt, der Hohe Repräsentant Bosniens und Herzegowinas, über die Gespaltenheit und (Des-)Integration des Landes. In den geschlossenen Expertenpanels wurde über vielfältige Themen von regionalen Kooperationsinitiativen über Energiepolitik zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Region debattiert. Von der Andrássy Universität trug Dr. Heinrich Kreft, Leiter des Zentrums für Diplomatie, auf dem Panel „The more the merrier? Regional cooperation initiatives in the Western Balkans“ zur Bedeutung des „Berliner Prozesses“ für die regionale Entwicklung auf dem Westbalkan vor. Auch einige Studierende sowie weitere Dozierende der AUB hatten die Möglichkeit, verschiedenen Panels beizuwohnen, mitzudiskutieren sowie weiteren Input für das Studium und die Lehre zu sammeln.

Tanissa CONRADI



Der digitale Euro – eine kleine Revolution der Zentralbankwährung?

Mit der abnehmenden Rolle von Bargeld und dem Erfolg privater Anbieter im internationalen Zahlungsverkehr sehen sich Zentralbanken mit neuen Herausforderungen konfrontiert, ihre Währungen zu digitalisieren. Auch die EU setzt sich damit auseinander.

Am 27. März 2023 begrüßte Dr. Heinrich Kreft, auch im Namen von Dr. Tim Alexander Herberger, der aufgrund des Streiks in Deutschland nicht anreisen konnte, Burghard Balz an der AUB, um über die aktuellen Entwicklungen und Hintergründe digitaler Zentralbank-

währungen (Central Bank Digital Currencies – CBDC) zu sprechen. Balz ist Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank und dort zuständig für das Projekt des digitalen Euro.

Bereits zu Beginn des Vortrages hob Balz hervor, dass es an einer europäischen digitalen Zahlungsver-

Burghard Balz, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, sprach über das Projekt digitaler Euro



fehle und KonsumentInnen deshalb beim digitalen Bezahlen auf internationale Dienstleister wie Paypal oder Mastercard zurückgreifen müssten. Die Digitalisierung des Euros solle nun zum einen den bisher auf Bargeld begrenzten Zugang zu ausfallsicherem Zentralbankgeld erweitern und zum anderen die Auswahl an Zahlungsmitteln vergrößern, ohne das Bargeld abzuschaffen. Vor diesem Hintergrund bezeichnete Balz Bargeld als gelebte Freiheit, da es in besonderer Weise die Privatsphäre schützt.

Die Untersuchungsphase zur Ausgestaltung und Einführung des digitalen Euros werde bis Herbst 2023 abgeschlossen sein, womit eine potenzielle Einführung ab 2026 möglich sei. Mit

diesem Zeitrahmen sieht Balz den Euraum auch im internationalen Vergleich gut aufgestellt. Da die Untersuchungsphase noch laufe, konnte Balz keine konkreten Angaben zur Technologiebasis oder finalen Haltebeträgen geben. Sicher sei jedoch, dass der digitale Euro uneingeschränkt nutzbar sein solle und nicht programmierbar sein werde. Der digitale Euro solle nur als Zahlungsmittel und nicht als Geldanlage dienen, darum seien auch sogenannte Haltegrenzen von 800 bis 3000 € in der Diskussion. Beim Projekt digitaler Euro gelte „Sorgfalt vor Schnelligkeit“, um die Akzeptanz und das Verständnis in der Bevölkerung zu gewinnen. Ein zu ambitioniertes Projekt könne zu einem Abfluss von

Einlagen aus dem Bankensektor zur Zentralbank führen und so potenziell das Risiko eines „Bank-runs“ mit sich bringen, welches Balz jedoch mit den vorgeschlagenen Haltegrenzen als begrenzt ansieht. Der digitale Euro solle zum einen in bisher existierende Plattformen (z. B. online Banking) integriert werden, andererseits aber auch durch – beispielsweise – eine eigene App nutzbar sein.

Die Einführung von digitalen nationalen Währungen werde auch Auswirkungen auf das weltweite Finanzsystem haben. Die Sanktionen gegen Russland hätten beispielsweise gezeigt, dass der Ausschluss russischer Banken von SWIFT wenig gebracht habe. Großen Einfluss hätte hingegen das Einfrieren von Geldern der russischen Zentralbank gehabt, womit die russische Regierung nicht gerechnet habe. Mit CBDCs könnten Länder weltweit versuchen, sich aus der Vormachtstellung des Dollars zu lösen und die Wirkung von möglichen Sanktionen auszuhöhlen. Ob dieses jedoch erfolgreich sein könne, bliebe abzuwarten.

Das Gespräch mit Balz hat aufgezeigt, in welche Richtung sich der Euro entwickeln könnte. Bevor es zur Einführung eines digitalen Euros kommt, müssen jedoch noch einige Fragen beantwortet werden. Insbesondere stellen sich noch schwierige Fragen hinsichtlich des Datenschutzes und der Interoperabilität mit anderen Ländern und Währungen.

Tanissa CONRADI

Buchpräsentation: 70 Years of EU Law – A Union for its Citizens

Dr. Christian Kovács und Dr. Béla Béres, beide Mitglieder des Juristischen Dienstes der Europäischen Kommission, haben die Andrássy Universität besucht, um das neu veröffentlichte Buch „70 Jahre EU-Recht – Eine Union für ihre Bürger“ vorzustellen. Der Anlass betonte die Bedeutung des EU-Rechts für ihre BürgerInnen.

Béres sprach zunächst über die Geschichte des Juristischen Dienstes, der 1952 als Juristischer Dienst der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) gegründet wurde lediglich

aus drei Juristen aus Frankreich und Deutschland bestand. Béres betonte, das Ziel des Dienstes bestehe darin, zur Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit beizutragen, indem die Kommission durch den Juristischen Dienst beraten und vertreten wird.

Die beiden Referenten Béres und Kovács stellten den Inhalt des Buches vor und diskutierten einzelne Aspekte. Das Buch befasst sich unter anderem mit dem Schutz der EU-Rechte und der Förderung der EU-Werte und umfasst Abschnitte über die grundlegenden Werte der EU, den Schutz des EU-Haushalts vor Verstößen gegen die Rechtsstaatlich-

keit und die Rolle der Europäischen Union als weltweiter Förderer der Universalität und Unverletzlichkeit der Menschenrechte. Nach Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union gründet sich die Europäische Union auf Werten wie der Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit sowie der Achtung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte bilden die Basis einer Gesellschaft, die Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit zwischen Frauen und Männern pflegt, so Béres.

Ungenutztes Potenzial der EU-Verträge als Zukunftschance

Auch die Zukunft der Europäischen Union war Thema. Béres wies dabei auf ein großes ungenutztes Potenzial der EU-Verträge hin. Dazu gehörten spezielle Passerelle-Klauseln in Bereichen wie Sozialpolitik, Umweltsteuern, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (CFSP) sowie Familienrecht mit grenzüberschreitenden Auswirkungen und verstärkter Zusammenarbeit sowie dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFF). Auch eine allgemeine Passerelle-Klausel (Art. 48 Absatz 7 EUV) und Änderungen der Innenpolitik (Art. 48 Absatz 6 EUV sowie Art. 25, 83 Absatz 1 und 86 Absatz 4 AEUV) würden ein großes Potenzial bieten. Béres betonte auch die Bedeutung einer Stärkung der externen Handlungsfähigkeit der EU sowie der gemeinsamen Verteidigung (Art. 42 Absatz 2 EUV) und der Fle-



Dr. Christian Kovács und Dr. Béla Béres (Juristischer Dienst der EU Kommission) präsentieren das Buch „70 Years of EU Law – A Union for its Citizens“ an der AUB

xibilitätsklausel (Art. 352 AEUV). Die genannten Instrumente könnten dazu beitragen, dass die EU Herausforderungen und Krisen auf globaler und regionaler Ebene besser bewältigen und gleichzeitig die Bedürfnisse und Interessen ihrer BürgerInnen schützen und fördern kann.

Wahrung der EU Werte und Rechte als Gemeinschaftsaufgabe

Zum Ende der Veranstaltung wurde Ursula von der Leyen zitiert, die betonte, dass in der Union alle Bürgerinnen und Bürger dieselben Rechte genießen sollen. Dieses Grundprinzip habe einen fundamentalen Einfluss auf das Leben der Menschen. Wenn das europäische Recht in verschiedenen EU-Ländern unterschiedlich angewendet würde, könnten sich die EU-BürgerInnen nicht überall auf dieselben Rechte berufen. Demokratie

sei das Ergebnis eines langen Weges, den Europa in den letzten 70 Jahren zurückgelegt habe. Die Gründer der EU hätten nur den Grundstein für diese Demokratie gelegt und dachten immer, dass zukünftige Generationen ihre Arbeit vollenden würden. Es sei daher gemeinsame Aufgabe aller EU-Bürgerinnen und Bürger, dafür zu sorgen, dass die europäischen Werte und Rechte auch in Zukunft gewahrt blieben und weiterentwickelt würden, betonte von der Leyen in ihrem Nachwort zum Buch.

Eldaniz GUSSEINOV

70 years of EU law. A Union for its citizens

Legal service
(European Commission)
ISBN 978-92-76-53403-7

op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/88c3f547-6ed0-11ed-9887-01aa75ed71a1

Die Bundesländer als Mitspieler auf europäischer Bühne – Fallbeispiel Nordrhein-Westfalen

Staatssekretär Speich hob den hohen Stellenwert Europas für Nordrhein-Westfalen hervor und ging auf die Herausforderung ein, die Interessen eines Bundeslandes auf europäischer Ebene zu vertreten.

Im Rahmen des Seminars „Praxis der Diplomatie“ begrüßte Dr. Heinrich Kreft, Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie II, Staatssekretär Dr. Mark Speich, Studierenden, sowie RechtsreferendarInnen aus

verschiedenen deutschen Bundesländern am 14. April 2023 im Spiegelsaal der Andrássy Universität.

Speich ist Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Lan-



des Nordrhein-Westfalen (NRW) und Bevollmächtigter des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund. Er erläuterte in seinem Vortrag die Besonderheiten des Bundeslandes NRW und erklärte, dass es aus unterschiedlichen geographischen Gebieten von der britischen Besatzungsmacht künstlich zusammengefügt worden sei. Das Land sei stark durch Kohle und Stahl geprägt worden und sei seither einem permanenten Strukturwandel unterworfen. Weiterhin hob er die wirtschaftliche Stärke NRWs hervor, so würde das Bundesland als eigenständige Volkswirtschaft die sechstgrößte Europas und auf Platz 17 weltweit sein. Europa habe in NRW einen sehr hohen Stellenwert. Gerade die europaweite Vernetzung sei in seiner Arbeit sehr wichtig.

Kompetenzen der Bundesländer im EU-Mehrebenensystem

Mit der Europäischen Integration hätten die Bundesländer zwar Kompetenzen verloren, jedoch seien sie weiterhin in die EU-Gesetzgebung miteinbezogen und könnten beispielsweise über den Bundesrat ihre Interessen einbringen. Es gelte ein abgestuftes Verfahren, je nach Befugnissen und Interessen der verschiedenen Stakeholder in der EU. Als Praxisbeispiel nannte Speich den Media Freedom Act (MFA) der EU, wobei die Thematik Medien nicht in die Kompetenz der EU, sondern der Mitgliedsländer falle. Die EU habe in diesem Fall ihre Kompetenz zur Regulierung des Binnenmarkts überdehnt. Aus diesem Grund hätte der Bundesrat einstimmig beschlossen, eine Subsidiaritätsrüge gegen den MFA auszusprechen. Dieser Rüge an der Kommission haben sich auch Belgien und Frankreich angeschlossen.

Ausschuss der Regionen

Der Bundesrat sei somit auch ein Vehikel, die Interessen der Bundesländer gegenüber der EU zu artikulieren. Innerhalb der EU biete sich diese Möglichkeit im Ausschuss der Regionen. NRW sei darüber hinaus beispielsweise auch assoziiertes Mitglied in der BeNeLux Union und diskutiere hier regionale Themen, die von gesamteuropäischer Bedeutung seien. Es sei wichtig für die Länder, sich aktiv in den europäischen Diskurs einzubringen, da viele Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen würden, die auch



Auswirkungen auf die Landesebene hätten. Je stärker man sich mit Gleichgesinnten zusammenschließe, desto effektiver könne man auch als Bundesland agieren. Dies zeigten beispielsweise die Verhandlungen über den Just Transition Fund, bei denen sich betroffene Regionen koordiniert hätten, um Fördermittel für den Strukturwandel zur Klimaneutralität zu akquirieren.

Auch wenn die Bundesländer formal an Kompetenzen verloren hätten, gehörten sie trotzdem als wichtige Stakeholder in die europäischen Entscheidungsprozesse miteingebunden. Mit Blick auf den Ausschuss der Regionen wünscht sich Speich beispielsweise gezieltere Stellungnahmen, weniger Kompetenzbereiche aber dafür eine breitere Mitwirkung in den Entscheidungsprozessen der EU. Im Anschluss an den Impulsvortrag sowie der offenen Fragerunde bot der Empfang der Konrad-Adenauer-Stiftung die Möglichkeit, die Diskussionen im informellen Rahmen weiterzuführen.

Tanissa CONRADI

Spionage, Einflussnahme, Monopole – Bedrohung der Freiheit in der EU?

In einer spannenden Paneldiskussion wurde über die Abnahme der Wissenschafts- und Medienfreiheit in der EU diskutiert, sowie die Entwicklungen in Ungarn beleuchtet.

Am 18. April 2023 besuchte eine Delegation der Europa Union Norddeutschland die Andrássy Universität, um mit Dr. Heinrich Kreft, Leiter des Lehrstuhls Diplomatie II, sowie Eszter Nagy, Präsidentin der europäischen Föderalisten Ungarns, über Wissenschafts- und Medienfreiheit zu diskutieren. Die Paneldiskussion wurde mit zwei Videobotschaften der Europaparlamentsabgeordneten Gabi Bischoff und Daniel Freund eröffnet. Bischoff sprach über die Spionagevorfälle in Griechenland und Polen und mahnte an, dass die Vorfälle noch nicht ausreichend aufgearbeitet worden seien. Sie betonte, dass das Funktionieren der EU auf gemeinsamen Grundwerten basiere, welche im Vertrag der Europäischen Union genannt seien. Mit dem neuen Mechanismus des Rechtsstaatsmonitorings verschließe die EU nicht die Augen vor den aktuellen Problemen und werde den Druck auf involvierte Regierungen weiter erhöhen. Das Einfrieren von EU-Geldern sei in diesem

Zusammenhang ebenfalls ein wichtiges neues Instrument. Freund, der den Rechtsstaatskonditionalitätsmechanismus mitverhandelt hat, sprach von einer traurigen Entwicklung in Ungarn in Bezug auf die abnehmende Unabhängigkeit der Justiz, Freiheit von NGOs, der Medien und der Wissenschaft. Er argumentierte, dass in keinem anderen Land der EU eine Regierung so viel Kontrolle über private und öffentliche Sender habe wie in Ungarn.

Veränderung der ungarischen Hochschullandschaft

Kreft sprach über die Veränderungen in der ungarischen Hochschullandschaft und erläuterte, dass in den letzten Jahren 21 von 26 Universitäten in Stiftungsform überführt worden seien. Diese sogenannten Trägerstiftungen sollen nach Anliegen des ungarischen Staates die Effizienz der Universitäten steigern. Kritisch werde jedoch insbesondere die lebenslange Mitgliedschaft von politischen Persönlichkeiten wie beispielsweise StaatssekretärInnen gewertet, die somit langfristig Einfluss nehmen könnten, selbst wenn sie nicht mehr in ihren politischen Ämtern tätig wären. Ein weiterer Einschnitt in die

akademische Landschaft und ein Verlust für Budapest sei die Verdrängung der Central European University mit einem maßgeschneiderten Gesetz der ungarischen Regierung gewesen. Nun solle bald die chinesische Fudan Universität nach Budapest kommen, was ebenfalls von Vielen kritisch gesehen werde.

Nagy ergänzte mit der ungarischen Perspektive und bedauerte mit Blick auf die eingefrorenen Erasmusgelder, dass ungarischen Studierenden damit die Möglichkeit genommen werde, im Ausland zu studieren. Jedoch sei durch die direkte Betroffenheit der Studierenden auch Druck auf die Regierung aufgebaut worden, die von Brüssel monierten Missstände zu beseitigen. Die hohe Medienkonzentration in Regierungshänden sowie geringere Fremdsprachenfähigkeiten und somit der fehlende Zugang zu internationalen Medien im ländlichen Raum führten dazu, dass sich keine pluralistische Meinungslandschaft bilden könne. Nagy sieht es als wichtige Aufgabe, aber auch als Herausforderung an, jede noch so kleine Option zu nutzen, die Zivilgesellschaft zu mobilisieren, um die Medien- und Meinungsvielfalt in Ungarn wieder zu erhöhen.

Tanissa CONRADI

Gruppenbild der Teilnehmenden



Informality, electoral and organizational clientelism in the East and the West of Europe

Die Teilnehmenden des Workshops diskutieren über Klientelismus und wie diesem wirkungsvoll begegnet werden kann.



Am 31. März 2023 organisierte die AUB zusammen mit dem Democratic Institute der CEU und der NGO Unhack Democracy einen Workshop zum Thema: „Informality, electoral and organizational clientelism in the East and the West of Europe“.

Der Workshop setzte sich zum Ziel, durch die Analyse verschiedener informeller Interaktionen der politischen und wirtschaftlichen Akteure ein differenzierteres Bild des Demokratie-Abbaus in Europa aufzuzeigen. Es kamen Fachleute aus der Wissenschaft, aus dem Bereich des Journalismus und dem Zivilektor mit dem Ziel zusammen, gemeinsam Empfehlungen für die Entwicklung wirksamer Gegenstrategien zu erarbeiten, welche geeignet sind, die verschiedenen Formen des Klientelismus in Organisationen und bei Wahlen zu verringern.

Demokratiequalität und die Qualität der Regierungsarbeit verschlechtern sich sowohl im Osten wie auch im Westen Europas. Hybride Regime in der postkommunistischen Region sind häufig Brutstätten des Wahlklientelismus und der klientelistischen Korruption. Inmitten der vielschichtigen Krisen, ausgelöst durch die russische Invasion in der Ukraine, nutzen die politischen Akteure die legitimen Beschwerden von Randgruppen für sich, um ihre demokratieverzerrenden Wahlstrategien zu fördern. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges und der globalen Pandemie machen diese Gruppen anfälliger für (Zwangs-) Stimmenkauf und andere Formen der Manipulation der Wahlentscheidung. Obwohl es in Westeuropa keinen nachgewiesenen Wahlklientelismus gibt, berichten Studien dennoch über häufige Fälle von Parteipatronage, beispielsweise in Österreich, Italien und Griechenland sowie über administrative Unregelmäßigkeiten in Deutschland, die sich negativ auf die Integrität der Wahlen in diesen Ländern auswirken.

Konditionalisierung der Wahlentscheidung als Strategie

In ihrer Eröffnungsrede „Conditionality and Coercion: Electoral clientelism in Eastern Europe“ nahm Isabela Mares (Yale University) zunächst eine begriffliche Klärung des WählerInnen-Klientelismus vor und warnte vor einer begrifflichen Überdehnung dieses Phänomens. Im empirischen Teil ihres Vortrags behandelte sie die beispielsweise in Ungarn zu beobachtende wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse zwischen WählerInnen und Gewählten auf lokaler Ebene. Diese führen bei Wahlen häufig zu von der politischen Elite angewandten „Zwangsstrategien“, die darauf abzielen, WählerInnen bei ihrer Wahlentscheidung zu konditionalisieren. In ihrer Konklusion betonte Mares, dass die lang anhaltenden Abhängigkeiten der WählerInnen es schwierig machen, das klientelistische Angebot der herrschenden Elite abzulehnen. Zudem fehle es an der Autonomie der WählerInnen, sich gegen die Zwangsstrategien zu wehren.

Die Integrität der Wahlen ist jedoch nicht nur durch Wahlklientelismus bedroht. Auch zwischen den Wahlen wird das „Spielfeld“ von politischen und wirtschaftlichen Akteuren durch Organisationsklientelismus stark verzerrt. Der Missbrauch öffentlicher Gelder, die Vereinnahmung der Medien und die politische und wirtschaftliche Monopolisierung des Staates wirken sich negativ auf die Fairness der Wahlen aus.

Der Workshop behandelte in drei Panels die Probleme der „Informality, Electoral Clientelism and Clientelist Cor-

ruption in Illiberal Regimes: Poland and Hungary“ sowie der „Informality, Patronage Politics in Liberal Democracies in the East and the West of Europe“.

Das letzte Panel: „Impacts On Electoral Integrity and Trust in Elections and Democratic processes“ befasste sich mit den Auswirkungen der Informalität auf die Integrität der Wahlen und das Vertrauen in Wahlen und demokratische Prozesse.

Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen als Lösungsstrategie

Am Ende des Workshops fand die Podiumsdiskussion: „How to defeat organizational and electoral clientelism?“ statt, an der VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen darüber sprachen, wie Wahl-, Organisations- und Klientelismus bekämpft und wie das Vertrauen in die demokratischen Institutionen wiedererlangt werden kann. Dabei stand die Stärkung des politischen Engagements jener sozialen Randgruppen im Fokus, die für politischen/wirtschaftlichen Zwang am meisten anfällig sind. Zum einen ist die Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen, die den Weg für die verschiedenen Formen vom Klientelismus frei machen, notwendig, sowie zum anderen die Stärkung des gesellschaftlichen Engagements auf lokaler Ebene, um die allgegenwärtigen Auswirkungen von Klientelismus insbesondere bei Wahlen untergraben zu können – so lautete das Plädoyer der TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion.

*Edit ZGUT-PRZYBYLSKA,
Melani BARLAI*

Luxemburg und die Schoah – Aufarbeitung mit Verspätung

Henri Juda, Holocaust Zeitzeuge der 2. Generation, beleuchtete seine eigene Familiengeschichte im Fokus der fatalen Jahre 1912–1962 und beschrieb in einem spannenden und sehr persönlich gehaltenen Vortrag, die Schwierigkeiten bei der Aufarbeitung der Kriegsgeschichte in Westeuropa am Beispiel des kleinen Luxemburg.

Nach Begrüßung der Anwesenden zu denen auch die deutsche Botschafterin Julia Gross gehörte, hob Prof. Zoltán Tibor Pállinger, Rektor der Andrássy Universität in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung einer lebendigen Erinnerungskultur hervor und erinnerte daran, dass sich auch damals neutrale Länder durch unterlassene Hilfeleistung schuldig gemacht hätten. Der israelische Botschafter in Ungarn Yacov Hadas-Handelsmann sprach anschließend über seine eigene Famili-

engeschichte und wie sehr das Leben in Tel Aviv in den 60er-Jahren von den Juden und Jüdinnen aus Europa beeinflusst worden sei. Er selbst sei mit vielen Kindern aufgewachsen, die keine Verwandten hatten. So sei er der einzige in seiner Grundschulklasse gewesen mit einer noch lebenden Großmutter. Nicht nur die Schuldgefühle der Überlebenden – „Warum habe ich überlebt?“ – hätten die israelische Gesellschaft geprägt, sondern auch der Zorn auf Deutschland, dem Land der Täter.

Henri Juda, Holocaust-Zeitzeuge der 2. Generation, sowie Gründer der Luxemburger NGO MemoShoah, arbeitet seit Jahren daran die Schicksale der Luxemburger Juden und Jüdinnen bekannt zu machen. In seinem eindrucksvollen Vortrag, dem eine von Dr. Heinrich Kreft moderierte Diskussion folgte, verknüpfte Juda die Geschichte Luxemburgs mit seiner Familiengeschichte während der Schoah. Er betonte, dass das Großherzogtum erst mit großer Verspätung mit der Aufarbeitung des Holocaust begonnen habe und die eigene Mitschuld immer noch nicht hinreichend aufgearbeitet habe. Die nationale Erinnerungskultur sei sehr einseitig von der Opfergruppe der „Zwangsrekrutierten“ geprägt worden.



Henri Juda, Holocaust Zeitzeuge der 2. Generation, stellte sich den Fragen aus dem Publikum



S.E. Jacov Hadas-Handelsmann (Israelischer Botschafter in Ungarn) sprach über seine eigene Familiengeschichte und das Tel Aviv der 60er-Jahre

Zwischen 1935 und 1940 war auch Luxemburg Fluchtziel vieler deutscher Juden und Jüdinnen, so dass deren Zahl von 1.500 auf 4.000 anstieg, was etwa 1,4% der Bevölkerung entsprach. Obwohl dies ein sehr geringer Anteil war, wurde dies in Luxemburg als „Gefahr der Überfremdung“ angesehen. Wie in Belgien oder den Niederlanden wurden die Grenzen weitgehend nach der Konferenz von Evian dicht gemacht – Blickt man heute nach Luxemburg sind hingegen fast die Hälfte der BewohnerInnen AusländerInnen. Nach der Besetzung des Landes verschärfte sich der Antisemitismus und es wurde wie in Deutschland jüdisches Vermögen beschlagnahmt. Es herrschte generell eine große Passivität gegenüber dem Schicksal der Juden von Seiten der Verwaltung, der Kirche und der Bevölkerung.

Aber auch Kollaboration mit Nazi-Deutschland, so traten 1.500 Luxemburger freiwillig in die Waffen-SS ein, 80.000 von 300.000 traten der Volksdeutschen Bewegung bei und 4.000 der NSDAP. Dies wurde aber bis vor kurzem konsequent tabuisiert.

Insgesamt fielen rund ein Drittel der in Luxemburg lebenden Juden der Schoa zum Opfer, 1.400 wurden deportiert und nur 45 Personen überlebten die Konzentrationslager. Eine dieser Überlebenden ist Judas Mutter, Joanne Salomon, die am 19. April 1943 in Auschwitz ankam. Im Konzentrationslager wurde sie zur „wissenschaftlichen Forschung“ an lebenden Frauen eingeteilt, wobei sie durch eine ebenfalls inhaftierte französische Ärztin vor einer Zwangssterilisierung gerettet wurde. Joanne Salomon brachte in Auschwitz einen Sohn zur Welt, der jedoch nach einer Woche vor ihren Augen ermordet wurde. In seinem Gedenken hat Henri Juda die MemoShoah gegründet. Der Stern im Logo der NGO ist dabei seinem Halbbruder gewidmet.

Nach der Befreiung durch die Rote Armee heiratete Jeanne Salomon, die sieben Familienmitglieder ihres ersten Ehemanns in Auschwitz verloren hatte, Charles Juda, der allein versteckt bei einer Bauernfamilie den Krieg in Luxemburg überlebte. Zeitlebens blieb für seine Mutter das Trauma Auschwitz so schmerzlich präsent, dass sie nicht imstande war darüber zu sprechen. In Luxemburg kam die Aufarbeitung der eigenen Verstrickung in den Holocaust erst seit Beginn der 2000er Jahre langsam in Gang, ist aber bis heute immer noch unvollständig.

Für die Zukunft wünscht sich Juda mehr zivilgesellschaftliche Bildung, mit interdisziplinärer Gedenkarbeit. Nicht Verdrängung, sondern aktive Erinnerungsarbeit helfe dabei, dass sich Täter wie Opfer von den Traumata der Schoah befreien können, um gemeinsam gegen Diskriminierung und Intoleranz vorzugehen.

Tanissa CONRADI

Ein Journalist berichtet: Medienfreiheit in einem illiberalen Land



Dr. Henriett Kovács und Journalist Márton Gergely im Gespräch über die Medienfreiheit in Ungarn

Der Journalist Márton Gergely berichtete von den Herausforderungen seines Berufes, persönlichen Erfahrungen und Medienfreiheit in Ungarn.

Im Rahmen des Studiengangabends Internationale Beziehungen begrüßten Dr. Henriett Kovács und Dr. Heinrich Kreft den Chefredakteur der Wochenzeitung HVG (Heti Világ Gazdaság / Weekly World Economy), Márton Gergely, zu einem Gespräch über die ungarische Medienlandschaft und Möglichkeiten des unabhängigen Journalismus.

Zu Beginn berichtete Gergely, dass die Pressefreiheit für diejenigen AkteurInnen in Ungarn gut erhalten sei, die es sich finanziell leisten könnten. Eine freie Medienlandschaft im Allgemeinen gebe es jedoch nicht. So werde der Markt durch verschiedene Taktiken des ungarischen Staats beeinflusst. Zum Beispiel würden bürokratische Mittel zur Einschränkung genutzt und der Staat sei ebenfalls in vielen nicht unabhängigen Medien oft der größte Inseratenschalter und könne so finanziell bestimmte Narrative unterstützen. Unabhängigen Medien gelänge es somit oft nicht, den journalistischen Erfolg zu Geld zu machen. Auch die aktuelle wirtschaftliche Krise mache die Finanzierung für Medien schwieriger, da weniger Personen gewillt seien, Geld für unabhängigen Journalismus auszugeben. Weiterhin steige der Scha-

den populistischer Medien zusätzlich durch eine bewusst schlechte Berichterstattung der Regierungspresse, da dadurch das allgemeine Vertrauen in die Medien weiter sinke. Selbst wenn freie Medien also sehr gute Arbeit leisteten, könne das verlorene Vertrauen nicht wiedergewonnen werden.

Zielgruppengenaue Narrative der Regierung

Die ungarische Regierung selbst agiere, laut Gergely, insgesamt sehr professionell in ihrer Kommunikation. Hier sei es spannend zu beobachten, dass beispielsweise Viktor Orbán auf den unterschiedlichen Kanälen der sozialen Medien auch sprachlich unterschiedlich kommuniziere. So sei zum einen sein englischer Twitterkanal auf ein internationales Publikum ausgerichtet, während hingegen auf seiner Facebook Seite nur Inhalte auf Ungarisch veröffentlicht würden. Inhalte würden hierbei nicht einfach übersetzt, sondern an das entsprechende Publikum angepasst. Dabei gäben die ungarischen Facebook-Posts eher innenpolitische Narrative wieder, während auf Twitter, public diplomacy, betrieben werde.

In Anbetracht dieser Umstände hielten sich unabhängige JournalistInnen zwar an die Regeln ihres Berufes, jedoch stelle die Arbeit in einem illiberalen Land eine besondere Herausforderung dar. Als Hauptaufgabe des Journalismus sieht Gergely, Veränderungen hervorzurufen. So sollten sich BürgerInnen durch journalistische Berichterstattung ihre eigene unabhängige Meinung bilden können, um die Regierung dann durch demokratische Prozesse zur Handlung zu bewegen. In Ungarn sei der Weg für solche Veränderungen jedoch verbaut und Berichte verliefen im Sand. Immer dieselben Geschichten über Probleme im Land ohne anschließende Veränderung würden deshalb LeserInnen und JournalistInnen gleichermaßen frustrieren. Da das berufliche Tun keine Konsequenzen hätte, verliefen viele unabhängige JournalistInnen ihren Beruf, was die Pressefreiheit in Ungarn weiter schwäche.

Als seine persönliche Motivation nannte Gergely den Glauben an den Journalismus. Solange unabhängige JournalistInnen übrigblieben und auch weiter ausgebildet würden, könne auf dieser Grundlage aufgebaut werden. Er habe jedoch auf Unterstützung aus Brüssel zu warten.

Tanissa CONRADI

Weniger Idealismus und mehr Realismus – Deutschland im Zeitenwenden – Dilemma



Prof. Dr. Herdegen und Dr. Krefz im Gespräch über Deutschlands innen- und außenpolitische Herausforderungen

Prof. Dr. Herdegen kritisierte in seinem Vortrag das Wechselverhältnis von Recht und Politik in Deutschland und forderte mehr Offenheit und Realismus im politischen Diskurs.

Am 3. Mai 2023 begrüßte Dr. Heinrich Krefz, Leiter des Zentrums für Diplomatie, Prof. Dr. Herdegen an der Andrássy Universität. Herdegen ist Direktor der Institute für Öffentliches Recht sowie Völkerrecht an der Universität Bonn und hat kürzlich das Buch „Heile Welt in der Zeitenwende: Idealismus und Realismus in Recht und Politik“ veröffentlicht, in dem er sich kritisch mit der Sonderrolle deutscher Leitvorstellungen auseinandersetzt.

Krefz hob in seiner Eröffnungsrede hervor, dass mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ein Kernziel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik gescheitert sei, nämlich die Einbindung Russlands in eine kooperative europäische Sicherheitsordnung. Der Frage, ob diese „heile Welt“ in Deutschland bereits vor dem 24. Februar 2022 zerbrochen war, widmete sich Herdegen in seinem anschließenden Vortrag.

Die deutsche Sehnsucht nach einer heilen Welt

Herdegen attestiert den Deutschen eine Sehnsucht nach einer heilen Welt und ein hohes Harmoniestreben, das nach dem zweiten Weltkrieg geprägt worden sei. Obwohl der Rest der Welt oft von den gleichen Sehnsüchten getrieben werde, vertrete Konti-

nentaleuropa und hier insbesondere Deutschland diese Harmoniesucht in Reinkultur. Der russische Angriffskrieg habe Deutschland nun gezwungen, sich stärker mit seiner inneren und äußeren Sicherheit auseinanderzusetzen. Ob die Zeitenwende jedoch zu einem neuen Realismus geführt habe, ließe sich nur mit einem „Jein“ beantworten. Obwohl die Zeitenwende von Berlin ausgerufen und Gelder dafür bereitgestellt worden seien, scheuten die Deutschen vor einer Führungsrolle zurück. Das ließe sich gut an den diversen Entscheidungen über Waffenlieferungen an die Ukraine beobachten, bei denen sich Berlin nur im Geleitzug mit anderen bewegte. Hier stehe die militärische Zeitenwende ganz offensichtlich im Konflikt mit dem Wunsch nach einer heilen Welt.

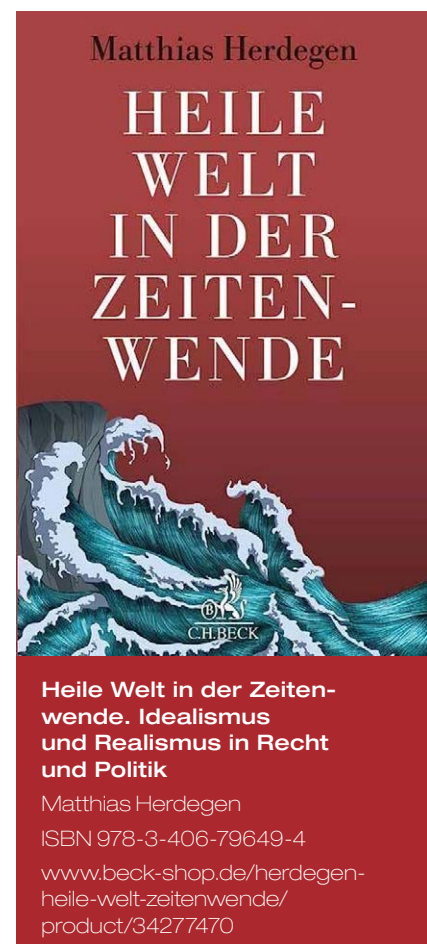
Verstärkter Einfluss der Judikative

Herdegen kritisierte weiterhin explizit, dass richterliche Entscheidungen vermehrt den politischen Spielraum in Deutschland einengen. Richterlicher Aktivismus führe zu Eingriffen in die Politik und damit zu einer Machtverschiebung in Richtung der Judikative und stelle somit ein demokratietheoretisches Problem dar. Den JuristInnen selbst fehle nämlich die demokratische Legitimation. Er beklagte,

dass die Politik ihren Gestaltungswillen aufgegeben habe. So kritisierte er beispielsweise die Begründung des Bundesverfassungsgerichtes zum Urteil über das Klimaschutzgesetz: Die RichterInnen hätten die mangelnde Fähigkeit der Politik, aufgrund von kurzen Wahlperioden auf langfristige Veränderungen zu reagieren, aufgeführt. Die Aufgabe des Klimaschutzes sei so wichtig, dass man sie nicht der Politik überlassen könne.

Zum Abschluss seines Vortrages forderte Herdegen weniger Idealismus und mehr Realismus sowie strategische Vorausschau. Mehr Spielraum für die Politik und Offenheit im politischen Diskurs seien von Nöten, um den demokratischen Rechtsstaat auch in einer künftigen Weltordnung, die weniger vom „Westen“ geprägt sei, wettbewerbsfähig zu halten.

Tanissa CONRADI



Heile Welt in der Zeitenwende. Idealismus und Realismus in Recht und Politik

Matthias Herdegen

ISBN 978-3-406-79649-4

www.beck-shop.de/herdegen-heile-welt-zeitenwende/product/34277470

Die Serbisch-Orthodoxe Kirche als Teil der nationalen Identität

Die Religionsjournalistin Jelena Jorgačević Kisić sprach über die Serbisch-Orthodoxe Kirche (SOK) und ihren Einfluss auf Politik und Gesellschaft in Serbien und der Region. Insbesondere die identitätsstiftende Funktion der Kirche spiele hier eine wichtige Rolle.

Dr. Heinrich Kreft, Leiter des Lehrstuhls Diplomatie II, begrüßte am 31. Mai 2023 die renommierte serbische Religionsjournalistin Jelena Jorgačević Kisić im Spiegelsaal der Andrassy Universität. Im Rahmen der Vortragsreihe 'Religion und Diplomatie', die von der Hanns-Seidel-Stiftung gefördert wird, stand dieses Mal die Serbisch-Orthodoxe Kirche (SOK) und ihr Einfluss im Westbalkan im Fokus.

Kreft hob in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung von Religion auf dem Balkan hervor, wobei die Serbisch-Orthodoxe Kirche selbst zur größten Religionsgemeinschaft in der Region zählt. In Serbien bekennen sich zwischen 74 bis 85 Prozent der BürgerInnen zur Orthodoxie. Jorgačević Kisić betonte hierbei für Serbien auch die besondere nationale und traditionelle Dimension der Identifizierung mit der SOK, die sie mit dem Begriff „belonging without believing“ beschrieb.

Die Kirche als Hüterin von nationaler Identität und Tradition

Im historischen Rückblick ist laut Jorgačević Kisić vor allem hervorzuheben, dass es im ehemaligen Jugoslawien zu einer strengen Trennung zwischen Kirche und Staat kam. So wurde während des kommunistischen Regimes versucht, die Kirche mit verschiedenen Instrumenten zu unterdrücken. Dies habe dazu geführt, dass sich die Ausübung von Religion auf den privaten Raum beschränkte. Als die Kirche in den 1980er und 90er-Jahren zurück in den öffentlichen Raum kam, sei sie nicht auf die Herausforderungen als „öffentliche“ Kirche vorbereitet gewesen. Auch sei die Kirche als Hüterin der nationalen Identität



und Tradition bereits in den frühen 90er-Jahren politisiert worden. Da die SOK als Grundpfeiler der Nation angesehen wird, werde Kritik an der Kirche schnell als „Verrat“ gewertet. Auch bei der jüngeren Generation habe die Kirche noch einen hohen Stellenwert. Von den 15- bis 25-Jährigen sei Patriarch Porfirije beispielsweise zur vertrauenswürdigsten Person in der serbischen Gesellschaft gewählt worden.

Die SOK als Mediator?

Mit Blick auf die Region könne die SOK im Kosovo als Stakeholder nicht ignoriert werden, so Jorgačević Kisić, jedoch würde sie von der kosovo-albanischen Bevölkerung nicht als Mediator akzeptiert werden. Patriarch Porfirije habe sich bereits vor seinem Amtsantritt 2021 stark für Friedensprozesse auch mit den KroatInnen eingesetzt. In Bezug auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine kam es jedoch nur zu sehr allgemeinen Aufrufen zum Frieden. Obwohl es eine offizielle Beziehung zwischen der Russisch-Orthodoxen Kirche und der SOK gibt, kam es nur zu einem offiziellen Treffen seit Februar 2022.

Die Referentin betonte, dass die Kirche nicht monolithisch betrachtet werden könne. So habe beispielsweise Patriarch Porfirije enge Verbindungen zum serbischen Präsidenten, jedoch gebe es auch KritikerInnen der Regierung. Generell solle man den Einfluss der SOK auf die Politik nicht verallgemeinern, da sich die Kirche nicht zu allen Themenbereichen äußere. Insbesondere bei Themen wie Abtreibung und der LGBTQ-Community vertrete die Kirche jedoch stark ihre eigenen Positionen, wobei es auch zu Konflikten mit den liberalen Teilen der Bevölkerung komme.

Tanissa CONRADI



Fotos: © Andrassy Universität

Gespräch mit Paul Lendvai: Ungarn im Blick aus Österreich



Prof. Paul Lendvai im Gespräch mit Prof. Ellen Bos über die aktuelle politische Lage in Ungarn

Am 9. Juni 2023 lud das Österreichische Kulturforum gemeinsam mit dem Zentrum für Demokratieforschung der Andrássy Universität Budapest zum Gespräch mit Prof. Paul Lendvai ein. Das Gespräch wurde von Prof. Ellen Bos, Vizerektorin und Professorin der AUB, geleitet.

Prof. Paul Lendvai besuchte die AUB im Rahmen einer Promotionstour für sein neues Buch „Auszttria álarc nélkül“ (Österreich ohne Maske) für ein Gespräch mit Prof. Ellen Bos, in dem die derzeitige politische Situation in Ungarn im Fokus stand. Ein interessiertes Publikum in einem gut gefüllten Andrássy Saal verfolgte die ca. 1,5-stündige Veranstaltung.

Bos begann das Gespräch mit Fragen über die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn. Lendvai sprach hier von einer engen Partnerschaft. Demnach gebe es durchaus Ähnlichkeiten, so habe unter anderem nicht nur Ungarn, sondern auch Österreich rechtspopulistische

PolitikerInnen. Unterschiede gebe es jedoch vor allem bezüglich der politischen Systeme, da Österreich zum Beispiel über freie Medien verfüge, was in Ungarn nicht der Fall sei. Obwohl von Orbán angestrebt, habe Ungarn bis heute nicht das Niveau Österreichs bei der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht. Lendvai stellte fest, dass sich die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Österreich und Ungarn seit der Wende sogar vergrößert hätten.

Das Regime Orbán und die Qualität der Demokratie in Ungarn

Ein weiteres Thema, das Bos ansprach, war die ungarische Demokratiequalität. Da die Fidesz-KDNP Regierung seit 13 Jahren über eine Zweidrittelmehrheit verfügt, habe sich auch die Demokratiequalität verschlechtert. Ungarn werde oft nicht mehr als Demokratie eingestuft, so Bos. Könnte man das Orbán-Regime mit dem Kádár-Regime Ende der 1980er vergleichen? Len-

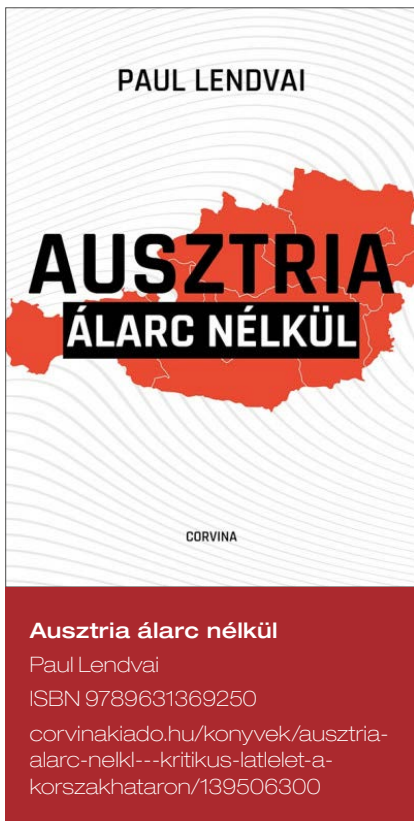
dvai konstatierte, dass Ungarn eine stark beschädigte Demokratie sei. Die Frage, ob das Orbán-Regime mit der Endphase des Kádár-Regimes vergleichbar ist, lehnte er mit dem Argument ab, dass die Systeme nicht wirklich miteinander vergleichbar seien, da es immer besondere Umstände gebe, die diese Regime kennzeichnen. Lendvai stellte sogar die Behauptung auf, dass die Medien in den letzten Jahren des kommunistischen Systems freier gewesen seien, als sie heute sind. Das Schlimmste am heutigen System sei die Korruption, die es unter Kádár in der Form nicht gegeben habe. Ungarn sei ein hybrides System, aber es sei ein besonderes System und könne deshalb nicht mit dem Kádár-Regime verglichen werden.

Für Bos stellte sich auch die Frage nach der Überlebensfähigkeit des Orbán-Systems. Laut Lendvai gibt es niemanden, der Orbán Probleme machen könnte, vor allem weil eine relevante Opposition fehle. Auch Gergely Karácsony, der derzeitige Bürgermeister von Budapest, habe

nicht den notwendigen „push“, um Orbán wirklich gefährlich zu werden. Außerdem sei eine neutrale Berichterstattung nicht gewährleistet, weil sich die Medien in der Hand der Regierung und befreundeter Geschäftsleute befinden. Eine starke Zivilgesellschaft wie z. B. in Polen vermisser in Ungarn ebenfalls. Nach seiner Niederlage 2002 habe Orbán sehr geschickt und diszipliniert begonnen, eine Bürgerbewegung in Ungarn aufzubauen. Laut Lendvai wäre es auch die Aufgabe der jetzigen Opposition, stärker auf die Leute in den Städten, Gemeinden und Dörfern außerhalb von Budapest zuzugehen. Die Situation sei derzeit so, dass dreimal mehr Leute auswandern als 1956. Das weise auf eine Desillusionierung in einem Teil der Bevölkerung hin. Die 13 Jahre der Orbán-Regierung haben Schäden auf der Seele hinterlassen, so Lendvai.

Neuaustrichtung der ungarischen Außenpolitik seit 2014

Bos sprach auch die Neuaustrichtung der ungarischen Außenpolitik seit 2014 an. Sie erwähnte, dass es zu einer Ablehnung einer wer-



tebasierten Außenpolitik kam und die Verankerung in EU und NATO durch eine Politik der „Öffnung nach Osten“ ergänzt wurde. Gleichzeitig priorisiere Orbán seine außenpolitischen Partnerschaften zu den anderen „starken Männern“ wie Putin, Erdogan oder Vučić. Lendvai bestätigte, dass Ungarn sich auf außenpolitischer Ebene von der wertorientierten Außenpolitik entfernt habe. Das außenpolitische Verhalten Ungarns, insbesondere im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands, habe dazu geführt, dass das Europäische Parlament darüber diskutiert, ob Ungarn in der zweiten Hälfte 2024 überhaupt den EU-Ratsvorsitz übernehmen solle. Die ungarische Politik richte sich derzeit nicht an den EU-Werten und Prioritäten aus. Im Gegenteil, Ungarn praktiziere eine totale Abhängigkeit und Solidarität mit Russland. Seit einem Treffen von Putin und Orbán in St. Petersburg in 2009 seien die Beziehungen zwischen beiden sehr gut. Insgesamt haben sich beide bereits 11-mal getroffen. Auch der türkische Präsident Erdogan stehe auf der Liste jener Politiker, mit denen die ungarische Regierung versuche, gute Beziehungen zu pflegen.

Lendvai verwies darauf, dass die EU die Aufgabe der Opposition in Ungarn nicht übernehmen könne. Trotzdem ist es laut Lendvai ein Fakt, dass die EU im Bereich der Wirtschaft eine unumgängliche Realität

für Ungarn darstellt. Die EU habe jedoch zu spät und zu langsam auf die Entwicklungen in Ungarn reagiert.

Zum Ende des Gesprächs wurde noch die Persönlichkeit von Viktor Orbán diskutiert. Bos sprach davon, dass er sich von einem jungen liberalen Reformier zu einem konservativen, rechtspopulistischen Politiker und Ministerpräsident mit autoritärem Regierungsstil entwickelt habe. Lendvai betonte, dass er Orbán nicht gut persönlich kenne, aber er kenne dessen Schriften und Aussagen. Orbán sei ein Zyniker und er sei sehr geschickt vorgegangen, um an die Macht zu kommen und später, um an der Macht zu bleiben. Intern wurde jegliche Konkurrenz entfernt. Nach außen hin wurden Feindbilder wie Soros geschaffen. Lendvai glaubt, dass Orbán eigentlich nie so liberal war, wie er sich gegeben hat. Orbán habe sich gerne als Freiheitskämpfer inszeniert, obwohl seine Eltern eigentlich Nutznießer des Kádár-Regimes gewesen seien. Lendvai glaubt deshalb, dass Orbán keinen tiefgehenden inneren Wandel durchgemacht habe, er sei immer ein Kämpfer gewesen – bis heute.

Die Veranstaltung wurde vom Österreichischen Kulturforum Budapest unterstützt.

Christina GRIESSLER

Russia and its (future) relations with Europe

Am 19. Juni 2023 fand im Andrássy-Saal der AUB eine vom Zentrum für Diplomatie in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierte Panneldiskussion statt.

Zu Beginn stellte Dr. Heinrich Kreft die beiden Gäste vor: Dr. Olga Oliker, Program Director für Russland und Zentralasien an der International Crisis Group in Brüssel, und Dr. András Rác, Senior Research Fellow am Zentrum für Ordnung und Governance in Osteuropa, Russland und Zentralasien der Deutschen Gesellschaft für Außenpolitik. Beide sind renommierte Russlandexperten.

In ihrem Vortrag sprach Oliker von möglichen Zielen, die beide Kriegsparteien im Russisch-Ukrainischen Krieg verfolgen und wie diese in der Realität aussehen könnten. Dazu machte sie verschiedene Gedankenexperimente und untersuchte Möglichkeiten und Hürden in verschiedenen Zukunftsszenarien. Aus ukrainischer Perspektive ging sie etwa auf das hohe (eventuell gar nukleare) Eskalationspotenzial im Falle einer starken Zurückdrängung russischer Truppen ein. Sie merkte auch die Schwierigkeiten an, die entstünden, wenn man Russland nach einem möglichen Sieg durch die Ukraine – wie immer dieser auch aussehen möge, – rechtlich binden und etwa zur Entwaffnung zwingen wolle. Aus russischer Perspektive betonte sie unter an-

derem, dass es keine Sicherheitsarchitektur in Europa ohne Russland geben könne, sondern die Frage vielmehr sei, welche Rolle Russland in einer solchen spiele. Auch verwies sie besonders auf die innenpolitische Situation in Russland und auf (un)mögliche Formen zivilen Protests in einem immer autoritärer werdenden Regime.

Anschließend sprach Rác darüber, wie sich die Beziehungen Russlands zu anderen Ländern und Internationalen Organisationen, vor allem zur EU, seit der Annexion der Krim 2014 und seit dem Überfall auf die Ukraine 2022 verändert hätten. Dabei ging er besonders auf die relativ passiven Reaktionen westlicher Staaten auf die Annexion der Krim 2014 und die umso härteren Reaktionen nach Beginn des Angriffskriegs ein. So seien viele Kooperationen nach 2014 nur ausgesetzt, nicht aber abgebrochen worden; beispielhaft kann hier die Entwicklung des Visa-Abkommens zwischen der EU und Russland gesehen werden oder das nur vorübergehende Suspendieren der russischen Mitgliedschaft durch die G7. Besonders ging er auf die Rolle von Kooperationen im Energiesektor zwischen der EU und Russland und ihre Entwicklung ein. Bis

zum Abschuss der MH17 hätte es keine wirklich gravierenden Sanktionen gegeben und selbst nach Februar 2022 sei es der EU immer noch schwergefallen, sich – mangels Diversifizierung – im Energiesektor von Russland zu lösen.

Auch Rác betonte zum Schluss, dass eine intensive Propaganda in Russland und das höchst repressive System dazu führten, dass die Bevölkerung sich kein objektives Bild von der Situation machen könne und man diese Herausforderung bei allen militärischen Fragen nicht vergessen dürfe.

Im Anschluss an die Vorträge gab es eine Frage- und Diskussionsrunde. In dieser wurde beispielsweise die Rolle Chinas im Krieg thematisiert sowie Fragen rund um eine mögliche Revolution innerhalb oder außerhalb des Kremls gestellt. Es wurde auch über die Rolle Russlands als Atommacht und über noch bestehende Kooperationen zu westlichen Staaten debattiert.

Zum Schluss dieser höchst spannenden und interessanten Veranstaltung lud die Friedrich-Ebert-Stiftung zum Kaffeempfang.

Bruno SPRINGER

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**



Dr. Olga Oliker, Dr. Heinrich Kreft und Dr. András Rác (v.l.n.r.) stellten sich den Fragen aus dem Publikum

IM FOKUS

Unerfüllte Versprechen der Demokratie? Versuch einer Bilanz nach drei Jahrzehnten

Im Jahr Wunderjahr (Annus Mirabilis) 1989 kulminierte die sogenannte Dritte Welle der Demokratisierung (Huntington 1991) mit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme in Ost- und Mitteleuropa. Die Zeit unmittelbar nach dieser epochalen Wende war durch großen Optimismus geprägt. Die Teilung Europas schien endgültig überwunden zu sein und es herrschte die Vorstellung, dass sich Demokratie und freie Marktwirtschaft in ganz Europa unwiderruflich durchgesetzt hätten und man in eine gemeinsame friedliche Zukunft in einem vereinigten, demokratischen und prosperierenden Europa blicke. Diese Erwartung spiegelt sehr deutlich die 1990 von der OSZE verabschiedete Charta von Paris (1990) wider, die ein „Neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit in Europa“ proklamierte. Francis Fukuyama (1993) brachte dieses Gefühl in seinem Buch „Das Ende der Geschichte“ auf den Punkt.

Allerdings standen alle ostmitteleuropäischen Staaten vor den gleichen umfangreichen Herausforderungen der Transformation. Zum einen war auf der politischen Ebene der Umbau der sozialistischen Diktaturen zu liberalen Demokratien zu bewältigen. Zum anderen mussten im Bereich der Wirtschaft die sozialistischen Planwirtschaften in freie Marktwirtschaften überführt werden.

Darüber hinaus erforderte die angestrebte Integration in die Europäische Gemeinschaft und die NATO zahlreiche Reformen. Noch komplizierter war die Situation in den Staaten, die gleichzeitig auch noch Prozesse der Staats- und Nationsbildung durchliefen: Hier mussten zusätzlich auch die Grundlagen der nationalen Identität neu geschaffen, bzw. reformuliert werden. Insgesamt standen die Staaten durch diese verschiedenen, parallel ablaufenden Transformationsprozesse vor einem Dilemma der Gleichzeitigkeit (Offe 1991). Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, dass auch skeptischere Positionen artikuliert wurden, die die Größe der zu bewältigenden Aufgaben hervorhoben. Dahrendorf (1991) formulierte den Einwand, dass Demokratien nur als konsolidiert gelten könnten, wenn sie den Test der Ernüchterung bestanden hätten, wenn die Gesellschaften zu einem realistischeren, weniger idealisierten Verständnis von Demokratie gefunden hätten. Vertreter der Realistischen Schule wie Huntington (1991) gingen ohnehin davon aus, dass einer Welle der Demokratisierung stets eine Gegenwelle (der Entdemokratisierung) folgen würde. Angesichts der sich verstärkenden Globalisierung und ihrer sozialen Folgen warnte Dahrendorf bereits 1997 davor, dass ein „Jahrhundert des Autoritarismus [...] keineswegs die unwahr-



Foto: Pixabay/Bastian Riccardi

scheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert“ sei (Dahrendorf 1997).

Insgesamt dominierte jedoch in den 1990er Jahren das Transitionsparadigma, das davon ausging, dass die neuen Demokratien sich in einem Prozess der demokratischen Konsolidierung befänden, in dem sie sich dem westlichen Vorbild immer weiter annähern würden. Auch wenn das Transitionsparadigma im Prinzip den Ausgang von Demokratisierungsprozessen als ungewiss betrachtete, herrschte im Allgemeinen die Vorstellung vor, dass sich die Transformationsstaaten in einer Art sportlichen Regatta befänden, in der die Teilnehmer zwar mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten unterwegs waren, aber letztlich alle die Ziele von Demokratie und Marktwirtschaft erreichen würden. Überdies versuchten insbesondere die USA und zahlreiche europäische Staaten, die Demokratisierung von außen zu unterstützen. Auch die politische Rhetorik und die Erwartungen der Bevölkerungen in den neuen Demokratien folgten dieser optimistischen Annahme. Zahlreiche politische Gruppierungen schrieben sich ganz explizit das Motto der „Rückkehr nach Europa“ auf die Fahnen. Damit verbanden viele BürgerInnen den Wunsch nach einem „Werden wie der Westen“, um möglichst schnell Freiheit und Wohlstand zu erreichen. In der politischen Praxis bedingte dies die Übernahme der im Westen vorherrschenden Institutionensysteme und Regeln. Entsprechend galt ein „Imperativ der Nachahmung“ (Krastev / Holmes 2019).

Entgegen der Annahmen der Transitionsforschung zeigte sich bereits zu Beginn des neuen Jahrtausends eine Verlangsamung der Angleichungsprozesse und es stellte sich heraus, dass dauerhaft Abweichungen vom westlichen Modell bestehen blieben. Zunächst wurde diese Entwicklung unter dem Schlagwort der defekten Demokratie verhandelt (Merkel et al. 2003). Der Fokus der Forschung richtete sich mehr und mehr auf demokratische Defizite. Dies hatte auch eine kritische Auseinandersetzung mit dem Transitionsparadigma zur Folge (Carothers 2002). Gleichzeitig gerieten auch die Probleme in den etablierten Demokratien in den Blick

und lösten intensive Debatten über die Qualität der Demokratie schlechthin aus. Dies führte zu einem Boom in der empirischen Demokratieforschung, insbesondere im Bereich der Messung der Qualität von Demokratien und der Ausdifferenzierung der gängigen Regimetypologien (Collier und Levitsky 1997). Dabei entstand eine kaum noch zu überblickende Zahl neuer Demokratiebegriffe („Demokratie mit Adjektiven“), was von spöttischen Beobachtern als „Babel in democratization studies“ (Armony und Schamis 2005) kritisiert wurde.

Empirische Studien konnten ab Mitte der Nullerjahre immer mehr Anzeichen ausmachen, dass nicht nur zahlreiche Regime stabil in der Grauzone zwischen Demokratie und Autoritarismus verharrten, sondern sich auch in vermeintlich bereits konsolidierten neuen Demokratien Erosionsprozesse abzuzeichnen begannen. Dies führte zu einer radikalen Infragestellung des Transitionsparadigmas. Gleichzeitig setzte eine Diskussion über das Ende der Dritten Welle und den Beginn einer neuen Reverse Wave ein. Die NGO Freedom House wies als einer der ersten prominenten Beobachter in ihrem Bericht über das Jahr 2006 auf eine Stagnation der Demokratieentwicklung hin (Puddington 2007). Im folgenden Jahr verschärfte sich ihre Diagnose und sie konstatierte, dass sich eine Trendwende abzuzeichnen beginne (Puddington 2008). Die Folgen der Finanz- und der darauf folgenden Wirtschaftskrise von 2008 führten zu einer generellen Infragestellung des westlichen „Erfolgsmodells“. Gleichzeitig etablierten sich neue und alte autoritäre Systeme, wie etwa China und Russland, als erfolgreiche Gegenmodelle. In der öffentlichen Wahrnehmung setzte sich der Eindruck fest, dass sich die Demokratie in einer Krise befände. Damit verschob sich auch der Fokus der Demokratieforschung auf die Prozesse des „democratic backsliding“, bzw. der „democratic erosion“. Es erschien eine regelrechte Welle von Publikationen, die für die Demokratie düstere Zukunftsaussichten prognostizierten: Von der „Krise“ (Abramowitz 2019) über die „Rückdrängung“ (Dia-

mond 2008) bis hin zum „Sterben“, dem „Ende“ und dem „Zerfall“ der Demokratie (Levitsky/Ziblatt 2018; Runciman 2018; Mounk 2018). Konstatiert wurde, dass die Demokratie einerseits von innen unterhöhlt und andererseits durch die Expansion autoritärer Herrschaftssysteme herausgefordert wird.

Als Grundmuster der internen Erosionsprozesse wird eine schrittweise Aushöhlung der demokratischen Institutionen und Verfahren durch demokratisch legitimierte Regierungen beschrieben. Diese implementieren nach ihrem Wahlsieg als zentralen ersten Schritt institutionelle Reformen, die die Gewaltenteilung schwächen, insbesondere durch die Ausschaltung der Justiz als unabhängiges Gegengewicht. Im zweiten Schritt wird das Mediensystem unter die Kontrolle der Regierung gebracht. Weitere institutionelle Reformen – wie etwa Modifizierungen des Wahlsystems – dienen der dauerhaften Machtabsicherung. Schließlich wird in diesem Prozess auch der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft eingeschränkt, indem bürgerliche Rechte und Freiheiten beschnitten werden. Häufig geht dieser Prozess mit dem Aufbau eines Netzwerkes loyaler Unterstützer in der Wirtschaft einher, die zu den Profiteuren des Systems gehören und im Gegenzug die Dominanz der regierenden Elite wirtschaftlich absichern. Daneben treten autoritäre Mächte auf der internationalen Bühne immer offensiver auf. Neben ihrem geopolitisch legitimierten Beharren auf einer multipolaren Welt versuchen sie, der Demokratie, die sie als bloßes ideologisches Instrument westlicher Hegemonialbestrebungen sehen, eigene Wert- und Ordnungsvorstellungen entgegenzusetzen (Freedom House 2022).

30 Jahre nach der Epochenwende 1989/90 haben sich die geopolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundlegend verändert und Demokratie und freie Marktwirtschaft haben an Strahlkraft verloren. Der Optimismus der unmittelbaren Nachwendezeit ist einem großen Pessimismus im Hinblick auf die Zukunft der Demokratie ge-

wichen. Vor diesem Hintergrund kritisiert vor allem der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán die fehlende Wettbewerbsfähigkeit des alten Europa. Die Zukunft sieht er nicht im alten Europa, sondern in den neuen aufstrebenden Mächten wie Russland, China, Türkei. Diese seien leistungsfähiger und erfolgreicher als die liberalen Demokratien des Westens. Damit wird auch der Imperativ der Nachahmung obsolet. Das herkömmliche Modell der westlichen Demokratie kann nicht mehr als unhinterfragtes Vorbild erhalten. Viktor Orbán (2020) hat diese Entwicklung prägnant zusammengefasst: „Früher dachten wir, Europa sei unsere Zukunft, jetzt wissen wir, dass wir die Zukunft Europas sind.“ Entsprechend ist nicht mehr von einer „Rückkehr nach Europa“ die Rede, sondern es wird der Anspruch erhoben, Europa zu sein und auch schon immer gewesen zu sein. Der Begriff „Europäisierung“, der eine umfassende Anpassung an die Standards der etablierten Demokratien und ihre Werte und Prinzipien als anzustrebendes Ziel bezeichnet, wird folgerichtig kritisch gesehen. Aus diesem Grund werden auch die noch in der alten EU festgelegten Standards im Hinblick auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht mehr kritiklos akzeptiert und übernommen. Deshalb werden sowohl das Konzept als auch die praktische Umsetzbarkeit der Demokratieförderung zunehmend in Frage gestellt.

Diese Entwicklungen kulminieren in scharfen Konflikten, in denen es nicht mehr primär um „kleinteilige“ Policyentscheidungen und Umverteilungsfragen, sondern um grundlegende Themen der Identitätspolitik wie Migration, Nationalstaatlichkeit, Minderheitenrechte und den Stellenwert traditioneller Werte geht.

Die mit der Rückkehr nach Europa und der Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft verbundenen Erwartungen eines schnellen wirtschaftlichen Aufschwungs und einer substanziellen Verbesserung des Lebensstandards haben sich für einen großen Teil der Bevölkerungen nicht im erhofften Ausmaß erfüllt. Dies lässt sich nicht zuletzt auf die Auswirkungen von Globalisierung und neoliberaler Wirtschaftspolitik sowie eine Reihe von zusätzlichen Herausforderungen wie Migration, Klimawandel, Pandemie zurückführen und hinterlässt trotz steigendem Lebensstandard, beachtlichem Wirtschaftswachstum und der Freizügigkeit in Europa Verlustgefühle, die Chancen für populistische politische Akteure bieten.

Trotz aller Problem- und Krisendiagnosen wäre es aber fehl am Platz, die Demokratie vorzeitig abzuschreiben. Die ursprünglich in der Transformationsforschung herausgearbeiteten Vorteile der demokratischen Regierungsform behalten weiterhin ihre Gültigkeit. Przeworski (2020) betont, dass Demokratie eine Möglichkeit bie-

tet Konflikte geordnet und friedlich zu bearbeiten, ohne die politische Freiheit einzuschränken, da demokratische Institutionen Konflikte strukturieren, absorbieren und regeleitet beilegen können. Dies setzt allerdings die Einbettung der demokratischen Institutionen in eine lebendige Civic Culture voraus. Optimistisch stimmt, dass sich die Demokratie historisch gesehen als enorm anpassungsfähig erwiesen und bereits mehrere Transformationen durchlaufen hat (Dahl 1989). Angesichts der Veränderungen der sozialen, wirtschaftlichen und insbesondere auch der technologischen Rahmenbedingungen ist davon auszugehen, dass sich die Demokratie auch in Zukunft weiterentwickeln wird.

Als Abschluss dieser Überlegungen möchten wir folgendes Fazit ziehen: Die Demokratien werden auch in Zukunft Probleme haben. Damit geben wir uns als Optimisten zu erkennen, die davon ausgehen, dass die angesprochenen Herausforderungen grundsätzlich bearbeitbar sind und die Demokratien diese auch meistern können. Demokratie ist ein partizipatives, institutionelles Verfahren, das sich historisch bewährt hat. Im Kern bietet sie einen Entscheidungsmechanismus, der auch in Zukunft dazu beitragen kann, gesellschaftliche Konflikte friedlich zu regulieren.

Ellen BOS,

Zoltán Tibor PÁLLINGER

(Die Belege werden in der online Version des Beitrags ausgewiesen.)

Inflation? Inflation!

Beginnen wir mit der Frage im Titel: Was also ist Inflation? Die Antwort, die jedermann kennt, ist einfach: Eine Inflation liegt vor, wenn die Preise – oder ein für eine Volkswirtschaft repräsentativer Preis, das Preisniveau, ein in Geld ausgedrückter Wert eines für die Volkswirtschaft typischen Warenkorbes – kontinuierlich steigen. Hierbei ist das Wort „kontinuierlich“ von Bedeutung, denn eine einmalige oder kurzzeitige Erhöhung der Preise ist in der Regel auf eine Geldreform zurückzuführen. Das war zum Beispiel bei der Einführung der D-Mark in den neuen Bundesländern der Fall. Die beiden Währungen wurden nach einem festgesetzten Wechselkurs umgerechnet, was für die Händler im östlichen Teil Deutschlands

nicht nur zu ungewohnten, sondern auch schwer handhabbaren Preisen führte, die des besseren Rechnens wegen von den Verkäufern „aufgerundet“ wurden. Eine solche Erscheinung, die nach etwa zwei Jahren von selbst ihr Ende fand, ist also keine Inflation. Um Inflation genannt zu werden, müssen die Preise also kontinuierlich steigen, oder – was letztendlich auf das Gleiche hinausläuft – der Geldwert muss sich kontinuierlich verringern. Damit scheint eine Inflation eindeutig eine negative Erscheinung zu sein, denn sie bedeutet ja, dass der Konsument für dasselbe Gut oder für dieselbe Dienstleistung mehr bezahlen muss. Darüber hinaus entwerten sich Geldersparnisse. Da diese Prozesse unterschiedliche Einkommensgruppen in



verschiedenem Maße treffen, kommt es zu einer stärkeren Polarisierung in Wirtschaft und Gesellschaft.

Auch KonsumentInnen sind für den Preisanstieg mitverantwortlich

Damit stellt sich die erste und auch entscheidende Frage: Warum steigen denn die Preise? Eine Antwort auf diese Frage wird bereits in einer der ersten Veranstaltungen zur Volkswirtschaftslehre gegeben, und zwar in völligem Einklang mit den tagtäglichen Erfahrungen: Wenn auf dem Markt eines Gutes Übernachfrage besteht, wenn also die Nachfrage nach diesem Gut größer ist, als die angebotene Menge, dann wird bei aktuellen Preisen nicht jeder Konsument seine Bedürfnisse befriedigen können. Um also größere Chancen für den Erwerb eines Gutes zu haben, wird der Konsument bereit sein, mehr für die Gütereinheit zu bezahlen. Dies hat zwei Konsequenzen: zum einen werden die Preise wirklich steigen, und zum anderen wurde der Prozess von den Konsumenten initiiert, also von jenen Wirtschaftsakteuren, die im Allgemeinen als Erste ihren Unmut

über die gestiegenen Preise zum Ausdruck bringen!

Überlegt man weiter, dann stellt sich die Frage, wie es zu dauerhafter Übernachfrage kommen kann, denn das wäre ja für die Kontinuität der Preissteigerungen notwendig? Man braucht doch einfach nur mehr zu produzieren und alles wäre wieder in Ordnung!

Könnte man nicht einfach mehr produzieren bei steigender Nachfrage?

Wenn das mit dem „mehr produzieren“ doch nur so einfach wäre! Man denke nur an Rohstoffe, deren vorhandene Menge nicht erweitert oder substituiert werden kann, die aber in immer größerem Maße zur Befriedigung der Bedürfnisse oder zur Produktion benötigt werden. Auf diesen Märkten kann dann dauerhaft eine Übernachfrage existieren, wie es gegenwärtig auch sichtbar ist. Wie sieht es nun auf anderen Märkten aus, auf denen die Produktion sich schnell der veränderten Nachfrage anpassen kann? Dort steigen die Preise ja auch! Hier muss außerdem noch klar formuliert werden, dass in den entwickelten Volks-

wirtschaften seit etwa 1870 mehr Güter hergestellt werden (können), als nachgefragt werden, somit muss die obige Argumentation verfeinert werden. Zu diesem Zweck muss also die Frage beantwortet werden, warum es eigentlich eine Übernachfrage gibt, denn mit Hilfe der erhöhten Produktion wäre das Problem aus der Welt geschafft.

Nicht nur die Preise bestimmen Kaufentscheidungen, sondern auch Preiserwartungen

Betrachtet man die Kaufentscheidungen etwas detaillierter, dann muss beachtet werden, dass die Wirtschaftsakteure durchaus lernfähig sind, d. h., sie sind in der Lage, die Entwicklung der Preiserhöhungen zu beobachten und daraus Schlüsse für die Zukunft zu ziehen; man bildet also Preiserwartungen, die dann bei der Kaufentscheidung ebenfalls eine entscheidende Rolle spielen. Je höher die Preiserwartungen sind, also je höhere Preise man in der Zukunft erwartet, desto (relativ) niedriger sind die gegenwärtigen Preise. Man wird also für die Zukunft geplante Käufe zeitlich „vorziehen“,

damit erhöht sich in der Gegenwart die Nachfrage und die Preise steigen. Mit anderen Worten: wenn die Wirtschaftsakteure höhere Preise erwarten, dann hat das einen Preis erhöhenden Effekt; und auch umgekehrt: wenn die Wirtschaftsakteure keine höheren Preise erwarten würden, dann würde dies – zumindest aus diesem Grund – nicht zu erneuten Preissteigerungen führen. Damit nimmt eine Spirale ihren Anfang, bei der sich höhere Preise, gestiegene Preiserwartungen, erneut steigende Preise, weiter steigende Erwartungen, usw. usw. abwechseln.

Die geographische Komponente der Inflation

Bezüglich einer solchen Dynamik von inflationären Prozessen sollte auch die Verbreitung der Inflation nicht außer Acht gelassen werden. So ist zum einen eine geographische Ausbreitung der Preiserhöhung zu beobachten, die durch die immer intensiveren Beziehungen der Volkswirtschaften immer größere Ausmaße annimmt und sich auch immer schneller verwirklicht. Hierbei sind Entwicklungsstand und Größe der kooperierenden Volkswirtschaften entscheidende Faktoren. Eine Inflation in einer entwickelten (größeren) Volkswirtschaft führt normalerweise zu Preiserhöhungen in weniger entwickelten (ärmeren) Ländern. Ob aus einer solchen Preissteigerung dann auch eine Inflation – also ein Prozess – wird, hängt in großem Maße von der Leistungskraft der zuletzt genannten Volkswirtschaft ab. Auf der anderen Seite erweisen sich entwickelte Volkswirtschaften gegenüber Preissteigerungen in weniger entwickelten zumeist als immun. Man trifft aber als Folge der sich bereits stark entfaltetten Arbeitsteilung auch die Ausbreitung der Inflation auf verschiedene Gütergruppen. So führt die Erhöhung der Preise von Erdöl zu einer Preissteigerung bei Kraftstoffen, was in der Folge die Transportkosten, und dann die Verkaufspreise von Gütern erhöhen wird, die zum Markt oder direkt zum Konsumenten gebracht werden müssen. Diese Güterpreise werden dann ebenfalls als Kostenfaktoren die Preise anderer Waren beeinflussen, usw.

Die Entwertung des Geldes als Spiegelbild des Preisanstiegs

Aber auch ein anderer Zusammenhang darf nicht vergessen werden. Das Spiegelbild von steigenden Preisen ist die Entwertung des Geldes, das ja unter anderem die Funktion zu erfüllen hat, die Preise auszudrücken. Demzufolge ist auch eine länger andauernde Entwertung des Geldes ein inflationärer Prozess. Nun ist die Entwertung des Geldes eine im Wesentlichen bewusst getroffene Entscheidung, zum Beispiel durch bewusste Veränderung/Fälschung des Geldwertes durch die für den gesamten Geldumlauf letztendlich verantwortliche Zentralbank (salopp formuliert: man deklariert, dass die gleiche Geldeinheit heute weniger wert ist, als in der Vergangenheit). Eine derartige Aussage erscheint im ersten Moment befremdlich, aber was in anderen Bereichen des Lebens bestenfalls belächelt wird (z. B. die Körpergröße von Kindern wird ab morgen nicht mehr in Metern, sondern in Fuß gemessen, und schon sind alle Kinder größer), ist beim Geld eine reale Möglichkeit, von der auch Gebrauch gemacht wurde und wird; so wurde zum Beispiel vor 1989 auf dem Gebiet der heutigen neuen Bundesländer der Wert der DDR-Mark offiziell mit dem Wert einer D-Mark gleichgesetzt, oder bei Geldreformen, wie beispielsweise am 1. August 1946 in Ungarn, als der von Hyperinflation gebeutelte Pengő durch den Forint ersetzt wurde.

Eine weitere Möglichkeit, den Geldwert zu verändern, ist die Erhöhung der umlaufenden Geldmenge bei den Konsumenten. Letztere werden in der Regel mit einer größeren Nachfrage auf dem Markt zugegen sein, was – wie oben ausgeführt – leicht zu inflationären Erscheinungen führen kann. In beiden Fällen hat man das Ergebnis, dass eine unveränderte Gütermenge auf eine größere Geldmenge treffen wird, was bedeutet, dass die Geldmenge pro Wareneinheit steigt, oder die Warenmenge pro Geldeinheit sinkt.

Die Inflation ist keine Naturkatastrophe, sondern menschengemacht

Als wichtige Schlussfolgerung des bisher Formulierten ergibt sich die

im ersten Moment vielleicht überraschende Aussage: Preisentscheidungen – und damit auch die Entwicklung der Inflationsrate – haben ihre Grundlage in individuellen Entscheidungen. Die Inflation ist also keine Naturkatastrophe, die uns aus irgendwelchen Gründen heimsucht, sondern sie wird letztendlich von den zahlreichen Wirtschaftsakteuren „gemacht“, obwohl sie für jeden einzelnen von ihnen als von außen gegebene Bedingung für das Wirtschaften erscheint.

Die Frage, die sich nun stellt, lautet: Wo findet man heutzutage – in unserer aufgeklärten Zeit – Personen oder Institutionen, die bewusst Inflation oder Geldentwertung generieren? Die Antwort: dort, wo die Gewinner der inflationären Entwicklungen sitzen. Da bei einer Inflation all jene Verluste erleiden, die das Geld für einen bestimmten Zeitraum aufbewahren, gewinnen jene Akteure, die anderen das Geld zur Aufbewahrung überlassen haben. Dies ist natürlich in erster Linie das Bankensystem. Aber keineswegs immer! Denn Schuldner, die ihre Kredite zu festen Zinsen aufgenommen haben, stehen ebenfalls besser dar, da die unveränderliche Tilgungssumme durch die Geldentwertung immer weniger wert ist. Daraus folgt, dass wenn der erwähnte Schuldner die Regierung ist, die entsprechende Kredite aufgenommen hat, dann hat sie durchaus die Möglichkeit, zumindest einen Teil der Schulden „wegzuinflationieren“; natürlich ist dazu die Bereitschaft des Kreditgebers vonnöten, Kredite zu festen Zinsen zu gewähren, was jedoch im Fall der Zentralbanken – einschließlich der Europäischen Zentralbank – kein allzu großes Problem darstellt.

Aus den letzten Abschnitten lässt sich eindeutig die Aussage herauslesen, dass Inflation auch positive Seiten haben kann, bzw. auch hat, wie z. B. für die Finanzierung der Staatsausgaben. Aber auch für die Privatakteure kann sie durchaus Vorteile bringen. Wenn nämlich die Geldersparnisse an Wert verlieren, dann werden sich die Sparer nach alternativen Anlagemöglichkeiten umsehen. Zu Letzteren gehören unter anderem auch Wertpapiere von Unternehmen. Das Vermögen statt in Geld in Aktien anzulegen,

bedeutet eine private Finanzierung privater Unternehmen und stellt somit einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung dar; Voraussetzung ist hier selbstverständlich das Vertrauen der Anleger in die Wertpapiere und in die Unternehmen.

Fazit: Bewertung der gegenwärtigen Inflation

Wer mit dem Lesen des Beitrags bis an diese Stelle gelangt ist, wird nun berechtigterweise fragen: Was hat das ganze vorher Gesagte mit der gegenwärtigen Inflation zu tun? Eine ganze Menge! Das wäre der zweite Teil des Titels. Dabei sollte allerdings nicht vergessen werden, dass es sich bei der gegenwärtigen Geldentwertung nicht um eine ungarnspezifische oder für Frankreich charakteristische Erscheinung oder um eine europäische Entwicklung handelt, sondern – verstärkt durch die oft zitierte Globalisierung – in erster Linie um eine weltweite Problematik handelt, die die einzelnen Volkswirtschaften in unterschiedlichem Maße belastet. Die Bewertung der gegenwärtigen Inflation soll in den folgenden Punkten zusammengefasst werden

1. *Im Jahre 1944 haben Vertreter von 44 Ländern die Währung der damals stärksten Volkswirtschaft, den US-Dollar, zur Weltwährung gekürt. Das bedeutete, dass die Vereinigten Staaten die Welt mit einer Dollarmenge versorgen mussten, die die Abwicklung des gesamten Welthandels sicherte, was allerdings die wirtschaftliche Leistungskraft der USA um ein Vielfaches überstieg. Die Welt wurde mit einer extrem überbewerteten Dollarmenge überschwemmt, deren Wert nur durch eine ähnliche expansive Geldpolitik der anderen Staaten aufrechterhalten werden konnte. Die Entscheidung von US-Präsident Nixon, im Jahre 1971 die Eintauschbarkeit von US-Dollar in Gold auszusetzen, war nicht ein Versuch im*

Sinne „Retten, was zu retten ist!“, sondern ein offizielles Eingeständnis dessen, was sich bis dahin herausgebildet hatte: Die Welt ist mit sich immer mehr entwertendem – nicht nur amerikanischem – Geld überfüttert. Die Folge ist eine umfassende, weltweite Inflation.

2. *Lässt man die vergangenen Jahrzehnte Revue passieren, dann sieht man, dass sich der Kampf um die immer knapper werdenden Rohstoffe stark verschärft hat. Auf den Rohstoffmärkten existiert eine erhebliche Übernachfrage, die durch die sich in den letzten Jahren häufenden militärischen Konflikte noch geschürt wird. Also: erneuter Inflationsdruck.*
3. *Die Übernachfrage nach Rohstoffen wird durch den in großer geographischer Nähe geführten russisch-ukrainischen Krieg weiter gesteigert. Einerseits durch die Embargopolitik und die Suche der EU nach neuen Zulieferern für Erdgas, Erdöl und andere Rohstoffe, zum anderen auch durch die russische Antwort auf die Embargopolitik. Folglich: Preissteigerungen.*
4. *Die ungarische Regierung speziell hat im Interesse ihrer Wiederwahl Maßnahmen umgesetzt, die von nahezu allen Regierungen im Interesse ihres Wahlsieges getroffen wurden und werden. Dazu gehört die Erhöhung der Staatsausgaben, um bei der Bevölkerung nominal den Eindruck höheren Wohlstandes zu erwecken. Allerdings war die Erhöhung des Haushaltsdefizits um etwas mehr als 5 Prozentpunkte größer als in den anderen V4-Staaten, und im Vergleich noch größer als in den anderen EU-Mitgliedstaaten. Da die*

Finanzierung der Ausgaben überwiegend durch Kredite erfolgte, war eine Inflation vorprogrammiert. Daneben wurden die Preisdeckel für verschiedene Güter (Preisobergrenzen bei Haushaltsenergie, Kraftstoff, Lebensmitteln) eingeführt, die den Haushalt ebenfalls stark belasten. Letztendlich soll auch nicht der Anteil der Ausgaben gegen die Pandemie vergessen werden. Als Folge all dessen hat sich die Geldmenge in Ungarn zwischen 2018 und 2022 um 75 % erhöht, was einen erheblichen Inflationsdruck ausgelöst hat.

5. *Schließlich soll auch auf das oftmals sehr stark auf die kurze Frist ausgerichtete Verhalten von Wirtschaftsakteuren hingewiesen werden. Unter Berufung auf die zweifellos gestiegenen Kosten wurden nicht selten Preise gebildet, die jeglichen Gewinnverlust verhindern sollen und bei deren Festlegung eine weitere, gleich starke Kostenerhöhung antizipiert wird. Das führte zu einer überstarken Korrektur und zu dem oben beschriebenen Effekt der Übertragung auf andere Güterpreise, also ebenfalls zur Verstärkung der Inflation.*

Die gegenwärtige, in Ungarn beobachtbare Inflation ist also – wie überall – eine äußerst komplexe Erscheinung, die nicht nur auf einen einzigen Grund zurückgeführt werden kann, sondern die von zahlreichen Faktoren, wie auch von wirtschafts- oder sozialpolitischen Entscheidungen der Regierung mit determiniert wird. Es wurde versucht zu zeigen, dass es unter den Gründen für die gegenwärtige Inflation sowohl ungarnspezifische wie auch europa- oder gar weltweit wirkende Faktoren gibt. Demzufolge ist es falsch und unverantwortlich, die Ursachen nur – oder auch nur hauptsächlich – in den wirtschaftspoliti-

schen Maßnahmen (z. B. in sehr hohen Staatsausgaben) zu suchen, oder nur – oder ebenfalls auch nur hauptsächlich – auf externe Entwicklungen (z. B. den Krieg in der Ukraine) zurückzuführen. Solche Argumentationen können zwar durchaus wirksame Maßnahmen zur verstärkten politischen Motivierung der jeweils eigenen Anhängerschaft sein, gehen aber am eigentlichen Problem vorbei und verhindern letztendlich eine seriöse Analyse der Situation sowie das Formulieren und Durchsetzen von ge-

eigneten Maßnahmen. Zweitens folgt aus den bereits jetzt schon vorliegenden internationalen Vernetzungen der einzelnen Volkswirtschaften, dass in einem Land engagiert, aber auch von den Partnern isoliert getroffene und umgesetzte antiinflationäre Schritte immer weniger Aussicht auf Erfolg haben dürften. Erfolg darf nur erwartet werden, wenn die notwendigen Maßnahmen miteinander abgestimmt und auch koordiniert in der Praxis zum Tragen kommen. Das stellt natürlich auch die Europäische Zentralbank

vor neue Aufgaben. Sie müsste konsequent die Interessen der gesamten Eurozone vertreten, was angesichts divergierender Interessen und der Tatsache, dass der Euroraum keine optimale Währungszone darstellt, eine kaum zu lösende Aufgabe ist. Hierbei sollte man sich stets vor Augen halten, dass das formulierte Ziel einer Nullinflation zwar gut klingt, aber genauso unrealistisch ist, wie die Vorstellung, den Wechsel von Tag und Nacht unterbinden zu können.

Dietmar MEYER

Mit dem digitalen Euro in den geo-politischen und geo-ökonomischen Wettbewerb

Im digitalen Zahlungsverkehr dominieren bislang private ausländische Anbieter wie die US-amerikanischen PayPal, Apple Pay, Google Pay oder chinesische wie etwa Ali Pay. Die EU-Kommission hat im Juni 2023 Pläne für einen digitalen Euro vorgelegt und will so die rechtlichen Grundlagen hierfür schaffen. Er könnte frühestens ab 2028 in Konkurrenz zu den oben genannten und anderen Bezahlendiensten treten. Die EU-Staaten und das EU-Parlament müssen den Kommissionsvorschlägen noch zustimmen und Änderungen sind in diesem Zusammenhang sehr wahrscheinlich.

Weltweit arbeiten aktuell 130 Staaten, die über 98 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts repräsentieren, zum Teil innerhalb ihrer Währungsräume, an der Entwicklung eines sogenannten digitalen Zentralbankgelds (Central Bank Digital Currencies – CBDC).¹

19 der G20-Länder sind weit fortgeschritten bei der CBDC-Entwicklung. Neun dieser Länder konnten bereits mit der Pilotphase beginnen, dabei sind erhebliche Ressourcen in die anspruchsvolle technische Entwicklung geflossen.

11 Länder haben eine digitale Währung vollständig eingeführt, was aber nicht zwingend bedeutet, dass diese Länder selbst auch eine CBDC entwickelt hätten. So führte beispielsweise El Salvador den Bitcoin als gesetzliches Zahlungsmittel ein. Chinas Pilotprojekt, das derzeit 260 Millionen Menschen erreicht, wird aktuell in mehr als 200 Einsatzszenarien getestet (z. B. Zahlungen im Nahverkehr, Stimulus-Zahlungen oder im elektronischen Handel).

Die Europäische Zentralbank ist auf dem besten Weg, ihr Pilotprojekt für den digitalen Euro noch in diesem Jahr zu starten. Mehr als 20 weitere Länder treffen derzeit

Vorbereitungen, um ihre CBDCs im Jahr 2023 zu erproben. Australien, Thailand und Russland beabsichtigen, die Pilotversuche fortzusetzen. Indien und Brasilien planen den Start im Jahr 2024.

Vor- und Nachteile der CBDC

Retail CBDCs sind digitale Währungen, die von einer Zentralbank ausgegeben und für den allgemeinen Gebrauch in der Bevölkerung gedacht sind. (Davon zu unterscheiden ist der Wholesale CBDC, auch bekannt als digitaler Euro im Interbankenverkehr („Großhandel“), der sich auf die Verwendung einer zentralisierten digitalen Währung durch Finanzinstitute und andere Unternehmen bezieht, die im Finanzsektor tätig sind, um Zahlungen und Transaktionen zu erleichtern.) Im Gegensatz zu Kryptowährungen wie Bitcoin oder Ether (Ethereum), die von dezentralen Netzwerken (Distributed Ledger) betrieben werden, werden Retail CBDCs von der Zentralbank bereitgestellt und kontrolliert. Die Einführung eines retail-orientierten digitalen Euro im Euroraum bietet mehrere Möglichkeiten und Perspektiven für Privathaushalte und Unternehmen.¹ CBDC haben eine Reihe von Vorteilen, die aber zum Teil bereits auch von Kryptowährungen erfüllt werden:

Einfachheit: CBDCs würden es VerbraucherInnen ermöglichen, Transaktionen direkt von ihren Bankkonten (bzw. Wallets) aus durchzuführen, ohne auf die Verfügbarkeit von physischem Bargeld angewiesen zu sein. Dies würde den Kaufprozess einfacher und bequemer machen.

¹ Atlantic Council, Central Bank Digital Currency Tracker, <https://www.atlanticcouncil.org/cbdctracker/> (eingesehen am 2. Juli 2023). Laut einer Umfrage der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich unter 81 Zentralbanken arbeiteten im Herbst 2021 neun von zehn der befragten Banken an CBDC-Projekten: Anneke Kosse & Ilaria Mattei, Gaining momentum – Results of the 2021 BIS survey on central bank digital currencies BIS Papers No 125, May 2022 <https://www.bis.org/publ/bppdf/bispap125.htm> (eingesehen am 2. Juli 2023).

² Zu den Vor- und Nachteilen von CBDCs s.u.a.: Digitales Zentralbankgeld und der digitale Euro, in: Analysen und Berichte, Monatsbericht des BMF, April 2023



Sicherheit: CBDCs würden es VerbraucherInnen ermöglichen, ihre Transaktionen sicherer durchzuführen. Das Risiko von Verlust oder Diebstahl von physischem Geld würde reduziert.

Kosteneffizienz: Durch die Digitalisierung des Zahlungsverkehrs können die Kosten von Transaktionen reduziert werden. Auch die nicht unerheblichen Kosten für die Herstellung und das In-Umlauf-Bringen von physischem Bargeld können reduziert werden, da weniger Bargeld benötigt wird.

Neue Geschäftsmöglichkeiten: Ein digitaler Euro könnte auch neue Geschäftsmöglichkeiten, insbesondere für Fintech-Unternehmen und Industrie 4.0-Initiativen schaffen, die innovative Zahlungslösungen anbieten oder nutzen.

Regulierung: CBDCs würden es den Regulierungsbehörden erleichtern, den Geldfluss zu verfolgen und illegale Aktivitäten wie Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu bekämpfen.

Vertrauen: Hinter dem digitalen Euro stünde eine Zentralbank, die letztlich auch ein politischer Akteur ist und somit in engem Austausch mit den politischen Entscheidungsträgern innerhalb der EU steht und gleichzeitig aber auch unabhängig von ihnen handeln kann. Dies schafft Vertrauen und reduziert erhebliche Wechselkursvolatilitäten im Gegensatz zu Kryptowährungen.

Allerdings gibt es auch Risiken und Herausforderungen, die bei der Einführung von CBDCs bedacht werden müssen:

Datenschutz: CBDCs werden persönliche und finanzielle Informationen der NutzerInnen verarbeiten. Daher ist ein angemessenes Datenschutz- und Sicherheitskonzept notwendig, um den Schutz der Daten und damit das Vertrauen der Nutzer zu gewährleisten. Eng damit verbunden sind Risiken der Cyber Security.

Regulatorisches Risiko: CBDCs können zu regulatorischen Herausforderungen führen, da verschiedene Rechtsvorschriften auf nationaler und internationaler Ebene zu berücksichtigen sind. Im Euroraum ist eine effektive Zusammenarbeit zwischen den Regulierungsbehörden erforderlich, um die Realisierung des digitalen Euro zu ermöglichen.

Marktrisiko: CBDCs haben das Potenzial, traditionelle Bankdienstleistungen zu ersetzen oder zu beeinträchtigen. Dies dürfte nicht ohne Auswirkungen auf den Bankensektor bleiben, insbesondere auf kleine und mittlere Banken sowie Sparkassen.

Risiko der Finanzmarktstabilitätsgefährdung: Da der digitale Euro von Banken und Sparkassen ausgegeben werden soll, spielen Kreditinstitute als Intermediäre eine wichtige Rolle.³ Derzeit ist geplant, dass pro Bürger:in eine Wallet bereitgestellt wird – auch um das Haltelimit besser kontrollieren zu können. Aus Bankensicht ist ein Haltelimit notwendig, da ansonsten unbegrenzt Buchgeld in den digitalen Euro und damit Zentralbankgeld fließen könnte. Dies könnte zu einem erheblichen Abfluss von Giralgeld, das für die Ausgabe von Krediten essentiell ist, führen und so gegebenenfalls die Finanzmarktstabilität gefährden. Um insbesondere zu Beginn der Einführung des digitalen Euro keine Risiken einzugehen, sollte ein niedriges Haltelimit gewählt werden.

Akzeptanzrisiko: Die Akzeptanz von CBDCs hängt von der Bereitschaft der Nutzer:innen ab, diese als Zahlungsmittel zu nutzen. Die Einführung des digitalen Euro erfordert daher eine umfassende Kommunikationsstrategie, um das Vertrauen der NutzerInnen in die neue Technologie herzustellen und sicherzustellen, keine Bevölkerungsteile ökonomisch zu diskriminieren. Für die Akzeptanz ist die Minimierung des technischen Risikos zentral. Die digitale Infrastruktur für CBDCs muss stabil, sicher und widerstandsfähig gegen Angriffe sein, um einen reibungslosen Betrieb zu gewährleisten. Ein Ausfall der Technologie würde unweigerlich zu einem Vertrauensverlust bei NutzerInnen führen. Wichtig ist zudem die Offline-Fähigkeit von CBDCs.

Währungsrisiko: CBDCs dürften auch nicht ohne Auswirkungen auf die Devisenmärkte bleiben. Der digitale Euro könnte das Potenzial haben, den Wert des Euro auf dem Devisenmarkt zu beeinflussen, sollte es ausländischen InvestorInnen ermöglicht werden, einen noch einfacheren Zugang zum Euro zu erhalten. Das könnte Einfluss auf die Stabilität des (digitalen) Euro haben.

Mit ihrem Vorschlag zum digitalen Euro hat die EU-Kommission ein weiteres Reformprojekt angestoßen, um die EU fit zu machen für den geo-politischen und geo-ökonomischen Wettbewerb: „As the world’s largest single market, Europe cannot afford to remain passive while other jurisdictions move ahead. If other central bank digital currencies were allowed to be used more widely for cross-border payments, we would risk diminishing the attractiveness of the euro – currently the world’s second most-important currency after the US dollar. And the euro could become more exposed to competition from alternatives such as global stablecoins. Ultimately, this could endanger our monetary sovereignty and the stability of the European financial sector.“⁴

*Heinrich KREFT,
Tim Alexander HERBERGER*

³ Vgl. zur Finanzintermediation Herberger, Tim (2013): Finanzierungsstrategien für die eigene Aus- und Weiterbildung, Berlin, S. 52–56; Oehler, Andreas (2005): Funktion von Banken und anderer Finanzintermediäre bei zunehmender internationaler Finanzmarktintegration unter der Perspektive ihrer gesellschaftlichen und nationalen Bedeutung – Corporate Governance & Control in markt- und intermediärbasierten Finanzsystemen im Kontext von Personal- und Kapitalverflechtungen, in: Heidenreich, Martin / Micklitz, Hans.-W. / Oehler, Andreas / Rattinger, Hans / Schwarze, Johannes (Hrsg.), Europa nach der Osterweiterung, Europaforschung an der Universität Bamberg, Berlin, S. 212–223.

⁴ Why Europe needs a digital euro: Contribution by Fabio Panetta, Member of the Executive Board of the ECB, and Valdis Dombrovskis, Executive Vice-President of the European Commission https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_23_3551 (eingesehen am 5.7.2023)

Enttäuschte Erwartungen – Die Beziehungen zwischen China und den Staaten Mittelosteuropas im Wandel

Die jüngsten Besuche europäischer Politiker und Politikerinnen in China, die wirtschaftlichen Verflechtungen und die Lehren aus dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigen die Aktualität, aber auch Herausforderung, sich mit den Beziehungen zu China auseinanderzusetzen. Im Rahmen der Konferenz diskutierten und analysierten die Teilnehmenden Hintergründe und Entwicklungen der Präsenz und des Einflusses Chinas in Zentral- und Osteuropa und setzten sich mit Zukunftsszenarien auseinander.

Vom 11. bis 12. Mai führte der Lehrstuhl für Diplomatie II in Kooperation mit dem Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Konferenz mit dem Titel „China’s

growing presence in Central and Eastern Europe A matter of concern?“ durch. Ziel war es, die Aktivitäten Chinas in Mittelosteuropa zu analysieren aus der Perspektive der Region

ebenso wie die Reaktion der einzelnen Länder sowie der EU darauf.

Zu Beginn hob Dr. Heinrich Kreft die internen Herausforderungen Chinas wie beispielsweise eine alternde und schrumpfende Bevölkerung, sinkendes Wirtschaftswachstum, hohe Schuldenlevel und Umweltprobleme hervor. Xi Jinping stelle (politische) Stabilität und Kontrolle über andere Ziele wie Wachstum. China habe seinen Höhepunkt jedoch noch nicht erreicht und werde abhängig von seinem Umgang mit internen Herausforderungen insbesondere wirtschaftlich, global, aber auch verstärkt im asiatischen Raum weiterhin ein attraktiver Partner bleiben. Auch Gudrun Wacker, Senior Fellow des Asien Programms der SWP, betonte, dass Xi Jinping seine Ziele noch nicht erreicht und China den Anspruch habe, den globalen Diskurs mitzubestimmen. Daher zielten viele chinesischen Initiativen direkt auf den globalen Süden. Im Blick sollte man vor allem die neuen Initiativen (Global Development, Global Civilization and Global Security Initiatives), die in den letzten drei Jahren vorgestellt worden sind, behalten, die explizit und implizit westliches Verhalten kritisieren.

Von China-Enthusiasmus zur Ernüchterung in Zentral- und Osteuropa

Mit dem Blick auf Zentral- und Osteuropa erklärte Plamen Tonchev, dass sich insbesondere in den 2010er-Jahren das positive Image Chinas in der Region parallel zu seinem Machteinfluss verstärkt habe. 2016 sei es jedoch zum Wendepunkt gekommen und nach dem anfänglichen China-Enthusiasmus folgte Ernüchterung, da insbesondere die wirtschaftlichen Hoffnungen nicht erfüllt worden seien. Den zentral- und osteuropäischen Ländern sei bewusst geworden, dass sich auch



Gruppenfoto der ReferentInnen



Dr. Tamás Matura während der Abschlussdiskussion der Konferenz



Enikő Győri (MEP) sprach über die ökonomischen Aspekte der Beziehung mit China



In seiner Key-note ging Dr. Heinrich Krefl auf die internen Herausforderungen Chinas ein



Jo Inge Bekkevold referierte über die Beziehungen zwischen Russland und China

der Ansatz chinesischer Direktinvestitionen im Vergleich zu „westlichen“ Projekten unterscheidet. Auch die Proteste und ihre Niederschlagung in Hongkong haben das negative Image Chinas verstärkt. Insgesamt überwiegen laut Stefan Vladislavljev im Westbalkan vor allem chinesische Infrastrukturprojekte und kulturelle Kooperation wird insbesondere mit Blick auf die Medien verstärkt vorangetrieben. Enikő Győri, Mitglied des europäischen Parlaments, sprach in ihrer Rede über die ökonomischen Aspekte der Beziehung zwischen den zentral- und osteuropäischen Ländern und China. Sie betonte, dass die EU aber insbesondere Ungarn China brauchen, da beispielsweise Kapital fehlt, um wichtige Investitionen tätigen zu können.

Großmachtgefüge China, Russland, Europa und die USA

Ein Fazit der Konferenz lautete, dass geopolitisch mit Blick auf die bipolare Rivalität zwischen den USA und China, die chinesisch-russischen, aber auch europäisch-transatlantischen Beziehungen nicht vernachlässigt werden dürften. Jo Inge Bekkevold hob hervor, dass Russland und China sich heute näherstünden als jemals zuvor in ihrer Geschichte jedoch handele es sich bei der Verbindung beider Länder nicht um eine Allianz, sondern nur um eine strategische Partnerschaft. Als zukünftige Szenarien seien vor allem eine bleibende russisch-chinesische Allianz oder die Entwicklung Russlands hin zu einem Vasallenstaat Chinas realistisch. Banning Garrett betonte die Sorge der USA vor einer zu großen Abhängigkeit Europas von China, insbesondere im Wirtschaftssektor. Für die Entwicklung der zukünftigen Beziehungen zwischen Europa, China und den USA müsse ein Weg gefunden werden, zu deeskalieren und zu moderieren. Jörn Beißert (Auswärtiges Amt) betonte jedoch auch das zentrale chinesische Interesse, einen Keil in die europäische und transatlantische Partnerschaft zu treiben sowie den Zusammenhalt der EU selbst zu stören. In Bezug auf

Prof. Dr. Hanns W. Maull während seiner Pre-dinner-speech über Europa und die amerikanisch-chinesische Rivalität



eine Chinastrategie analysierte Prof. Dr. Hanns W. Maull, dass die notwendige, aber auch anspruchsvollste Strategiewahl im Umgang mit China die selbstständige Gestaltung sei, da nur dadurch die nationalen und kollektiven Interessen Europas in Bezug auf u.a. Sicherheit, Regierungsmodell und Wohlstand gewahrt werden könnten. Aktuell besitze Europa jedoch nicht die Kapazitäten, eine kohärente Strategie zu erarbeiten und zu implementieren. Auch die aktuelle deutsche Bundesregierung hat ihre China-Strategie noch nicht veröffentlicht, jedoch konnte Jens Spahn bereits die China-Strategie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorstellen, welche beispielsweise jährliche Stress-Tests für Unternehmen aber auch einen „China-Check“ in Bezug auf kritische Infrastruktur vorsieht. Eine erfolgreiche China-Politik muss sich seiner Meinung nach weiterhin europäisch und transatlantisch ausrichten.

Verlagerung der Chinesischen Einflussnahme auf die sub-nationale Ebene

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Region Zentral- und Osteuropa differenziert betrachtet

werden muss. Nicht nur der Ansatz Chinas, sich in die Region einzubringen, variiert von Staat zu Staat, sondern auch der Erfolg chinesischer Programme selbst ist nicht vergleichbar. Der Einfluss hängt beispielsweise stark mit den führenden Eliten im Land zusammen, da in vielen Staaten die Einstellung gegenüber China in der Bevölkerung negativ geprägt ist. Der sinkende Einfluss Chinas ist in vielen Staaten bereits seit 2016 zu registrieren, da sich viele Staaten mehr vom wirtschaftlichen Engagement Chinas in der Region erhofft hatten und sich nun enttäuscht von den Ergebnissen der Zusammenarbeit zeigen. Es lässt sich aber beobachten, dass China seinen Einfluss nun subtiler ausbauen möchte. Erfolgreich ist China beispielsweise oft bei der Einflussnahme unterhalb der nationalen Ebene, ebenso steigt der Einsatz kultureller und hybrider Instrumente wie die Verbreitung von eigenen Narrativen und Fehlinformation, welche oft über die gleichen Kanäle und Medienhäuser wie russische Inhalte verbreitet werden. Insgesamt lässt sich eine Zunahme der systemischen Rivalität beobachten. Europa ist jedoch weiterhin attraktiv in Bezug auf die Wirtschaft, technologi-

schen Know-how aber auch als Absatzmarkt. Auch der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die Dringlichkeit einer kohärenten Chinastrategie auf nationaler, aber auch europäischer Ebene in Bezug auf Abhängigkeiten deutlich gemacht. Regelmäßige Risikobewertung und die Analyse von Projekten sollten hier eine Rolle spielen. Das Ziel, ein Gleichgewicht zwischen freiem Markt und eigener Souveränität zu finden, bleibt jedoch eine Herausforderung. Damit auch die Reputation der EU glaubhaft bleibt und nicht wie Chinas 14+1 Format an Relevanz verliert, müssen Projekte wie beispielsweise die Global Gateway Initiative, welche als Gegenentwurf zur BRI angesehen wird, erfolgreich umgesetzt werden. Bei einem europäischen Ansatz ist es wichtig, die Interessen aller Partner zu integrieren und zu definieren, wen der Begriff Europa mit einschließt. Ohne die MOE-Länder in die Debatte und Planung mit einzubeziehen, kann es keine gemeinsame und erfolgreiche Strategie geben.

Tanissa CONRADI

PORTRAIT

Interview mit Christian Autengruber, Direktor des Österreichischen Kulturforums in Budapest

Mag. Christian Autengruber ist seit mehr als 15 Jahren im diplomatischen Dienst tätig. Seit August 2021 ist er Direktor des Österreichischen Kulturforums in Budapest, allerdings ist es nicht das erste Mal, dass der Österreicher nach Ungarn umgezogen ist. Herr Autengruber hat zwischen 2005 und 2007 zwei Jahre lang als Universitätsassistent an der Andrássy Universität gearbeitet.

Herr Autengruber, Sie waren lange Zeit in (Ost-)Mitteleuropa unterwegs. Sie haben unter anderem in Bulgarien und in der Österreichischen Botschaft in Prag und Warschau gearbeitet und sind jetzt wieder nach Budapest gekommen. Woher kommt diese Faszination für die Region?

Bereits bei meinem Studium der Politischen Wissenschaft in München habe ich mich auf politische Systeme in Zentral- und Osteuropa spezialisiert, insbesondere auf Systeme in und nach Systemwechseln. Besonders interessiert haben mich immer politische Parteien, später auch die politische Partizipation von ethnischen Minderheiten. Während des Studiums habe ich lange Zeit Tschechisch gelernt und damit war der Sprung in die polnische Sprache nicht weit. Ja, und generell finde ich die gesamte Region für Europa und speziell Österreich höchst wichtig, geschichtlich, kulturell, wirtschaftlich und wissenschaftlich. Vor 1989 war besonders der Osten Österreichs im toten Winkel, quasi am Ende der Welt vor dem Eisernen Vorhang – heute unvorstellbar. Nach 1989 konnten wir die vielen alten Verbindungen wieder entdecken und zu neuem Leben erwecken bzw. wurde uns allen bewusst, wie viele Gemeinsamkeiten in der Region bestehen, die nur künstlich getrennt wurden. Ich finde diese Wiederentdeckungen bis heute faszinierend.

Nach dem Studium der Politikwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München haben Sie einen diplomatischen Karriereweg eingeschlagen. Was würden Sie als Ihren bisher größten beruflichen Erfolg bezeichnen?

Grundsätzlich erlebe ich meinen Beruf als „Bohren von dicken Brettern“, d.h. schnelle Erfolge sind eher selten, vielmehr arbeitet man kontinuierlich an Themen – in meinem aktuellen Fall in Budapest immer mit dem Ziel, in Ungarn



Foto: © Michael Gruber/BMEIA

mit den Mitteln der Kunst, Kultur, Wissenschaft und Bildung zu verdeutlichen, dass das Land Teil eines größeren Kulturraums (Mitteleuropa) ist, mit unermeßlich wichtigen Verbindungen zu Nachbarländern und in der größeren Europäischen Union, die uns alle verbindet. Aber kleine Erfolge gibt es immer wieder, etwa das Neubauprojekt für das Österreichische Gymnasium in Prag, die Fertigstellung der neuen österreichischen Dauerausstellung in der Gedenkstätte Auschwitz, ein neues Kulturabkommen mit der Republik Korea, ein Kulturjahr mit der Ukraine, mehrere Restitutionsen von im Nationalsozialismus unrechtmäßig entzogenen Kunstwerken, die erste Retrospektive auf das Filmschaffen zwischen Budapest, Wien und Hollywood,

das Wunderbar Fesztivál für Deutsch als Fremdsprache in Ungarn...

Herr Autengruber, was würden Sie jemandem empfehlen, der im Bereich der Diplomatie arbeiten möchte?

Besonders spannend finde ich die thematische Vielfalt, mit der ich es als Diplomat zu tun habe – von politischer Analyse, Projektmanagement, Betreuung von AuslandsösterreichernInnen, Kontaktarbeit mit wichtigen PartnerInnen und Institutionen – es ist immer wieder etwas Neues und Abwechslungsreiches, auch Fordernendes dabei. Grundsätzlich sollte man Fremdsprachen gerne mögen und lernen und Neugier auf das Leben in anderen Ländern mitbringen – mit allen Abenteuern, Vorteilen, Schwierigkeiten und Missverständnissen, die das mit sich bringen kann. Am wichtigsten finde ich, dass man auf seine Partnerin bzw. Partner Rücksicht nimmt ebenso auf die Familie bzw. Kinder, denn Leben und Arbeit als Diplomat im Ausland ist dann besonders wertvoll, wenn PartnerInnen und Familie mitkommen können.

Zwischen 2005 und 2007 haben Sie als Universitätsassistent an der AUB gearbeitet. Wie sind Sie damals an die AUB gekommen?

Damals war ich als Universitätslektor mit der Robert Bosch Stiftung in

Bulgarien als ein neues Programm, das sogenannte Promotionskolleg aufgelegt wurde. Damit konnte ich mich für einen Aufenthalt als Universitätsassistent an der AUB bewerben, in Verbindung mit meiner damaligen Forschungsarbeit zu Parteien von ethnischen Minderheiten in Bulgarien, Rumänien und der Slowakei. Mit diesem Forschungsinteresse habe ich perfekt an die AUB gepasst. Damals habe ich an der AUB auch zwei Seminare angeboten, die viel Diskussionsstoff mit den Studierenden lieferten: ein Seminar zum Vergleich von Konkordanzdemokratien in Österreich und der Schweiz und eines zur Entwicklung der Europäischen Union gemeinsam mit Dr. Jürgen Dieringer.

Woran erinnern Sie sich im Zusammenhang mit Ihrer Zeit an der Andrássy Universität besonders gerne zurück?

Ich habe nie eine familiärere, um nicht zu sagen gemütlichere Universität kennengelernt. Im Unterschied zu den Seminaren oder Vorlesungen, die ich als Student bzw. Wissenschaftler in Deutschland und Österreich erlebt habe, kennen sich an der AUB fast alle persönlich bzw. mit Namen und man lernt sich leicht kennen. Das erleichtert auch die Zusammenarbeit zwischen WissenschaftlerInnen und Studierenden, man hat laufend Diskussionsmöglichkeiten, kann sich

einbringen und ist nie einfach nur „eine Nummer“. Auch die Bibliothek habe ich in bester Erinnerung – inzwischen gibt es ja sogar eine eigene Österreich-Bibliothek an der AUB. Besonders faszinierend fand ich, gleich um die Ecke vom historischen Gebäude des Ungarischen Radios zu arbeiten. Fotos vom zerschossenen Radiogebäude in der Bródy Sándor utca. aus dem Revolutionsjahr 1956 sind weit über Ungarn hinaus bekannt. Und der Spiegelsaal versetzt mich bis heute in Staunen. Das Festetics Palais ist einzigartig schön!

Welche Vision haben Sie für die AUB, was wünschen Sie sich für die Zukunft der Universität?

Die Universität soll weiterhin ein lebendiger Ort für Lehre, Forschung und akademische Debatten sein, mit Relevanz für Ungarn und Zentraleuropa. Wichtige Themen der Region wie der Zustand und die Zukunft von Demokratie und Rechtsstaat, Entwicklungen der Europäischen Union, Fragen der umfassenden Sicherheitspolitik, Kultur und Geschichte Mitteleuropas, wirtschaftliche Fragestellungen u. v. m. sollen weiterverfolgt werden. Die AUB ist weiterhin eine einzigartige – weil deutschsprachige und multinational getragene – Universität und wird als Ort der wissenschaftlichen Begegnung noch mehr gebraucht als zu ihrer Gründung.

Boglárka EMSZT

SEMESTERÜBERBLICK

Wort, Klang und Gaumen – Eine kulinarisch-kulturelle Reise durch Mitteleuropa

Der Jahrgang 2022/23 des Studiengangs Kulturdiplomatie veranstaltete eine angeregte Podiumsdiskussion, gefolgt von einer Verköstigung mitteleuropäischer Speisen im Kaffeehaus Három Szerb.

Die Veranstaltung wurde von zwei talentierten MusikerInnen abgerundet. Das Projekt wurde vom Österreichischen Kulturforum und der Andrássy

Universität in Budapest unterstützt. Die Studierenden Johanna Szönyi, Jasmin Schwarz und Péter Nagy führten durch den Abend, während Katalin Pajor, Réka Dancs und Zsófia Petrányi die organisatorischen Fäden zusammenhielten und einen reibungslosen Ablauf gewährleisteten.

Der Abend begann mit einer musikalischen Einleitung der MusikerInnen Melissza Fehér und Elemér Fehér von der Snétberger Stiftung. Anschließend nahmen die Podiums-

Edit Király, Johanna Szönyi, Jasmin Schwarz und György Dragomán (v.l.n.r.) im Gespräch über Kulinarik und Literatur



Fotos: © Zsófia Blaschke

gäste auf der Bühne Platz und wurden einem kleinen Quiz unterzogen. Der renommierte Chef-Koch und Autor György Dragomán offenbarte, dass er während seines Schreibprozesses gerne rumänischen Rap höre und die Wissenschaftlerin und Autorin Edit Király gestand, dass sie Pizza dem Lángos vorziehe. In einem Gespräch erörterten die Gäste, wie der Autor Krúdy und andere die Wahrnehmung der mitteleuropäischen Küche beeinflusst hätten und welche Erinnerungen und Glückseligkeit einfache Gerichte wie die Kartoffel- oder Bohnensuppe hervorrufen könnten. Das Gespräch war reich an spannenden Anekdoten, interessanten Meinungen und Feststellungen. Von Edit Király erfuhren die Teilnehmenden, dass das Rezept der ungarischen Gundelpalatschinken der Legende nach von Sándor Márais Frau stammt. Außerdem war ein wesentliches Element der Diskussion das Erbe der k.u.k. Monarchie.

Typische Lektüren der mitteleuropäischen Literatur wurden vergegenwärtigt, unter anderem der Roman „Bekenntnisse eines Bürgers“ von dem schon erwähnten berühmten ungarischen Autor Sándor Márai, wobei Lola, die Frau des Schriftstellers, so



György Dragomán und Edit Király

viele Eier zu einem Kuchen verbraucht haben soll, wie generell zu der Zeit eine Person pro Monat, nur weil es das Rezept so verlangte.

Nach einem musikalischen Ausklang wurden die 40 Gäste zu einer kulinarischen Reise durch Mitteleuropa eingeladen, die vom Három Szerb Kaffeehaus unter der Leitung der Köchin Viktória Hanák für die Teilnehmenden vorbereitet wurde. Während verschiedene Speisen nach und nach serviert wurden, hatten die Organi-

satorInnen, ExpertInnen und BesucherInnen die Möglichkeit, sich weiter über die Kraft der Kulinarik, Literatur und Musik in Mitteleuropa auszutauschen. Dabei wurden ihnen bekannte Gerichte wie die Bohnensuppe nach slowakischer Art, Pierogi, aber auch weniger bekannte Speisen wie Jüdische Eier und Korbáčiky serviert.

Johanna SZÖNYI



Fotos: © Képszerkesztőség

Karriere-Tag an der AUB

Am Donnerstag, den 20. April 2023 standen die Tore der Andrassy Universität offen und alle InteressentInnen konnten sich am Karriere-Tag zwischen 11 und 17 Uhr an den Ständen der Aussteller informieren und sich in lockerer Atmosphäre austauschen.

Die Veranstaltung fand im Rahmen des diesjährigen Wunderbar Fesztiváls – der Woche der deutschen Sprache – unter dem

Motto „Deutsch als Karrierechance“ statt. An diesem Tag konnten sich Gäste an der AUB über deutschsprachige Karrieremöglichkeiten infor-

mieren und sich mit Unternehmen und Institutionen vernetzen und austauschen. Außerdem gab es spannende Workshops und Vorträge rund um das Thema Karriere sowie die Möglichkeit, kostenlose Bewerbungsfotos machen zu lassen.

Mit dieser Initiative wollte das Karrierezentrum der AUB Studierenden, AbsolventInnen und anderen interessierten BesucherInnen die Möglichkeit bieten, mit potenziellen Arbeitgebern in direkten Kontakt zu treten, Netzwerke zu bilden und sich über Erfahrungen bei der Jobsuche und dem Jobeinstieg auszutauschen. Dabei legte das Organisationsteam großen Wert darauf, möglichst verschiedene Unternehmen und Organisationen einzuladen und so einen guten Überblick über den Stellenmarkt zu verschaffen: Das Karrierezentrum konnte für die Karrieremesse 2023 fast 20 Aussteller gewinnen.

Parallel zu der Messe gab es ein interessantes Rahmenprogramm rund um das Thema Karriere. Zunächst hat AUB Alumna Lisa Göpfert In-



Studierende und Externe konnten sich an zahlreichen Ständen über deutschsprachige Karrieremöglichkeiten informieren

teressierten in einem spannenden Workshop Tipps gegeben, wie eine gute Bewerbung gelingt. Am Nachmittag fanden vier weitere Vorträge statt, in denen Karrierechancen und Berufswege in verschiedenen Branchen vorgestellt wurden. VertreterInnen von Computacenter Services Kft. und Mercedes-Benz Manufacturing Hungary Kft. haben einen Einblick in die Karrieremöglichkeiten ihrer Unternehmen gegeben und erzählt, welchen Stellenwert die deutsche Sprache in ihrem Arbeitsalltag hat. Außerdem hat Christian Autengruber, Direktor des Österreichischen Kulturforums in Budapest, in seinem Vortrag „Im diplomatischen Dienst – von Politik bis Kultur“ neben verschiedenen Karrierewegen auch seinen Ausbildungs- und Karriereverlauf vorgestellt – ge-

paart mit verschiedenen Themen, mit denen er sich im Zuge seiner Laufbahn im Auswärtigen Dienst Österreichs beschäftigt hat. Für die RechtswissenschaftlerInnen hat AUB Alumnus Máté Ruzicska, Junior Associate bei NZP Nagy Legal, über die internationalen Karrieremöglichkeiten für deutschsprachige JuristInnen gesprochen.

Den ganzen Tag über bestand außerdem die Möglichkeit sich im eigens dafür eingerichteten Fotostudio des Karrierezentrums kostenlos für Bewerbungsfotos ablichten zu lassen.

Unter den diesjährigen Ausstellern befanden sich Advantage Austria, ALDI Ungarn, Computacenter Services Kft., DEKRA, DAAD-Informationszentrum Budapest, Deutsch-Ungarisches Institut für europäische

Zusammenarbeit, Európa Pont, Fernuniversität Hagen, Friedrich-Ebert-Stiftung Budapest, Goethe-Institut Budapest, Konrad-Adenauer-Stiftung Ungarn, LIDL Ungarn, NZP Nagy Legal, Österreichisches Kulturforum Budapest, Österreich Institut Budapest, Roche Services (Europe) Ltd, Rödl & Partner und Thermo Fisher Scientific.

Das Karrierezentrum der AUB bedankt sich bei den Ausstellern und ReferentInnen für interessante Gespräche, tolle Netzwerkmöglichkeiten und die Chance, sich auf ihr zukünftiges Berufsleben vorbereiten zu können... und natürlich für den ein oder anderen Lebenslauf, der bei dieser Gelegenheit schon über die Tische gewandert ist und hoffentlich auch zu einem erfolgreichen Einstieg führt!

Boglárka EMSZT

Minister Csák und AUB Alumni zu Besuch in der Residenz des Belgischen Botschafters

Bei dem ersten Treffen des Alumni Klubs im Jahr 2023 hatten die Mitglieder die Möglichkeit, sich bei einem spannenden Vortrag und dem Genuss belgischer Gastronomie mit Alumni anderer Universitäten zu vernetzen.

Am 9. März 2023 haben die Mitglieder des Alumni Klubs der Andrássy Universität – zusammen mit den ungarischen Alumni von Cambridge-Oxford und des College of Europe

– an einem interessanten Abend teilgenommen. Eingeladen wurden die Alumni und Alumnae vom belgischen Botschafter S.E. Siegfried Peinen. Im Rahmen der Veranstaltung sprach der ungarische Minister für Kultur und Innovation János Csák über seine Mission: die Verknüpfung und Zukunft von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Auch die Deutsche Botschafterin I.E. Julia Gross, sowie S. E. Jean-François Paroz, Botschafter

der Schweiz, waren unter den prominenten TeilnehmerInnen. Eine lebendige Diskussion und Networking folgten dem Vortrag, begleitet von feinsten belgischer Gastronomie.

Patrícia MARITY



Besuch bei Staatspräsidentin Katalin Novák

Am 31. Mai 2023 hatten die Alumni und Alumnae der AUB die Möglichkeit, sich in der angenehmen und hocheleganten Atmosphäre des Sándor-Palais mit der Staatspräsidentin Ungarns, Katalin Novák, auszutauschen.

Der Anlass wurde in Kooperation mit den Hungarian Alumni of the College of Europe, dem Cambridge-Oxford

Alumni Club of Hungary, der Hungarian Fulbright Association, der Hungarian Association of British Alumni und dem Andrássy Univer-

sität Alumni Klub organisiert. Eine besondere Danksagung geht an Zsófia Kugler, die vonseiten der Hungarian Fulbright Association die Veranstaltung initiiert hat.

Dank ihres Willkommensgesprächs sind die Teilnehmenden um vielfältige Ansichten, Meinungen

AUB Alumni und Alumnae
beim Treffen mit Staatspräsidentin
Katalin Novák im Sándor-Palais

und persönliche Geschichten von Frau Novák reicher geworden. Die Anwesenden haben einiges über ihre Erfahrungen als erster weiblicher Präsidentin Ungarns und über ihren Karriereweg vernommen.

Nach dem Gespräch konnten die AUB Alumni und Alumnae die Diskussionen in einer gemütlichen Atmosphäre bei einem Empfang fortsetzen und hatten die Möglichkeit, sich persönlich mit Frau Novák auszutauschen, die Alumni-Beziehungen zu vertiefen und weitere Fragen zu besprechen.

Fruzsina VADÁSZ



Foto: ©Andrassy Universität

Frühlingsball der AUB 2023 am 28. April 2023

Zurück in die Roaring Twenties: Der diesjährige Frühlingsball der Andrassy Universität Budapest begeisterte mit Elektroswing, tanzbarer Musik und exquisitem Essen!

Die Andrassy Universität Budapest verwandelte sich kürzlich in eine Zeitmaschine, die die Gäste auf eine aufregende Reise in die Roaring Twenties mitnahm. Der diesjährige Frühlingsball brachte den Glanz und Glamour dieser Ära mit einem modernen Twist zurück und begeisterte die BesucherInnen mit Elektroswing-Musik, tanzbarer Musik und einem festlichen Bankett.

Von Anfang an war klar, dass dieser Ball etwas Besonderes sein wür-

de. Die Gäste betraten die prachtvoll geschmückten Räumlichkeiten der Universität und wurden sofort in die Atmosphäre der Roaring Twenties hineingezogen. Die opulenten Dekorationen, die den Raum schmückten, erinnerten an eine Zeit voller Eleganz und Stil.

Ein Höhepunkt des Abends war zweifellos die musikalische Unterhaltung. Eine exzellente Auswahl an Elektroswing-Musik brachte die Gäste auf die Tanzfläche und ließ sie das Charleston-Fieber spüren. Die mitreißenden Rhythmen und die energetische Atmosphäre fesselten die Tanzbegeisterten und brachten sie zum Swingen und Drehen. Doch auch für diejenigen, die eine etwas modernere Note bevorzug-



Fotos: © Caspar Halder

ten, gab es eine Vielfalt an tanzbarer Musik, die den Abend mit ihrer Dynamik und Energie begleitete.

Doch ein gelungener Ball besteht nicht nur aus Musik und Tanz, sondern auch aus kulinarischen Genüssen. Das Catering beeindruckte nicht nur durch eine hervorragende Weinauswahl und selbstgemachte Limonade, sondern auch mit einer köstlichen Bandbreite an Speisen für jeden Geschmack.

Die Gäste genossen eine unvergessliche Nacht voller Glamour, Tanz und Genuss – eine Hommage an eine Ära, die noch immer fasziniert und inspiriert.

Simon HASSLER

Begegnung mit Bediensteten der Europäischen Union



AUB Studierende zu Besuch im Budapester Vertretungsbüro des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission

Fotos: © Europapont

Im Rahmen der Vorlesung „Europäische Finanzen“ von Dr. Miklós Szirbik von Seiten des Studienganges Europäische und Internationale Verwaltung hatten alle Studierenden der AUB die Möglichkeit, am 25. Mai 2023 im Budapester Vertretungsbüro des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission sich mit Bediensteten des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission über aktuelle Politiken der EU auszutauschen.

Die Bediensteten haben sich unmittelbar aus ihren Büroräumen in Brüssel online zum Gespräch dazugeschaltet, jeweils kurze Fachvorträge zu ausgewählten aktuellen Themen gehalten und Einblicke in die Arbeitsweise und Entscheidungsprozesse der EU gegeben, um Fragen der Studierenden beantwortet.

Michael Schonger (Europäisches Parlament, Generaldirektion Präsidentschaft, Direktion Rechtsakte, Referat Qualität der Rechtsakte C) informierte die Studierenden in seinem Vortrag über die Arbeitsweise und die Arbeitsprozesse im Europäischen Parlament sowie die Herausforderungen der Rechtssetzung in einem multilingualen Umfeld.



Niels Schuster von der Europäischen Kommission (Coordinator for inter-institutional relations – climate law and green deal legislation DG CLIMA of the European Commission) widmete sich in seinem Beitrag den klimapolitischen Entwicklungen (The Green Deal & Fitfor55) und Torsten Wöhlert vom Europäischen Auswärtigen Dienst, (Delegation der Europäischen Union bei der Ukraine) gewährte Einblicke in die Entscheidungsprozesse innerhalb der Europäischen Union im Bezug auf die Aggression Russlands gegen die Ukraine.

In einem sehr lebhaften Gespräch tauschten sich schließlich die Studierenden mit den Vortragenden sowohl zu den oben genannten aktuellen Themen als auch zu internen Arbeitsprozessen innerhalb der Europäischen

Union sowie das Arbeiten und Leben in Brüssel aus.

Ágnes Oláh-Berezvai vom Vertretungsbüro des Europäischen Parlaments in Budapest rundete die Veranstaltung mit einer Vorstellung der Arbeit des Vertretungsbüros ab und führte sodann ein unterhaltsames Quiz mit den Studierenden über die Europäische Integration und die EU durch.

Wir bedanken uns sehr herzlich für die sehr interessanten Gespräche mit allen Teilnehmenden und freuen uns auf weitere Begegnungen dieser Art!

Miklos SZIRBIK



Förderung der AUB durch die Autonome Region Trentino-Südtirol wird verlängert

Im Rahmen des 15. Interdisziplinäres Doktorandenkolloquiums (IDK), das am 30. und 31. Mai zum Rahmenthema „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa“ stattfand, kündigte Abteilungsleiterin Dr. Eva Maria Kofler die Verlängerung der Förderung der Kooperation zwischen der AUB und den akademischen Institutionen durch die Autonome Region Trentino-Südtirol an.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßten der Rektor der AUB, Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, der Präsident von EURAC Research, Prof. Dr. Roland Psenner, der Dekan der Fakultät für Bildungswissenschaften der Freien Universität Bozen, sowie die Prorektorin für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs der AUB, Prof. Dr. Ellen Bos, die Zugeschalteten. Außerdem richtete die Abteilungsleiterin und Amtsdirektorin der Autonomen Region Trentino-Südtirol, Dr. Eva Maria Kofler, ihr Grußwort an die Zuhörenden. Zur großen Freude aller Anwesenden kündigte sie an, dass die Autonome Region entschieden hat, das bereits seit 2010 laufende Kooperationsprojekt zwischen den akademischen Institutionen der Region Trentino-Südtirol und der AUB auch in den kommenden Jahren zu fördern. Entsprechend werden die gemeinsamen Veranstaltungen wieder in Präsenz stattfinden können. Alle freuen sich darauf, dass spätestens beim 17. IDK im Sommersemester 2024 endlich wieder persönliche Begegnungen möglich sein werden.

Wie immer war das IDK so organisiert, dass die DoktorandInnen zum einen die Gelegenheit hatten, im traditionellen Ph.D.-Workshop ihre Promotionsprojekte zur Diskussion zu stellen. Diesmal nahmen neun DoktorandInnen der AUB in zwei parallelen Workshops diese Gelegenheit wahr. Diese wurden von Prof. Dr. Ellen Bos (AUB), Dr. Norbert Parschalk (UniBZ) und Prof. Dr. Dietmar Meyer (AUB) geleitet.

Als erste präsentierte Christiane Kittner, Doktorandin im Teilprogramm Rechtswissenschaften, ihr Projekt „Europarechtskonformität der Neuregelung

der Wegzugsbesteuerung des § 6 AStG durch das ATAD-Umsetzungsgesetz“. Danach stellte Anastasiia Hraur, Doktorandin im Teilprogramm Politikwissenschaft, ihr Projekt „Die Entwicklung eines eigenständigen Sicherheitskonzepts in der Ukraine seit der Unabhängigkeit“ vor. Anschließend sprach Alina Alexenko, Doktorandin im Teilprogramm Wirtschaftswissenschaften, über ihr Projekt „Private Global Governance? Demokratietheoretische Begründungen, praktische Umsetzungsformen und Evaluierung bisheriger Erfahrungen in den Bereichen Accounting und Internet“. Es folgte der Vortrag von Sarah Diehl, die über ihr Projekt: „The EU as an effective actor in decarbonising mobility within the EU's multi-level governance system? An analysis of the actual implementation of European climate policy goals in the field of mobility since 2016 in two to three selected member states using a case study approach“ berichtete.

Im parallelen Workshop wurden Projekte aus dem Teilprogramm Wirtschaftswissenschaften vorgestellt. Nikolas Hatz präsentierte sein Projekt „Innovation im Tourismus: Die Schaffung eines lokalen Netzwerks zur Steigerung der Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen“, Gabriele Lieggener ihr Projekt „People. Power. Planet. Corporate Social Responsibility und dessen Auswirkung auf das operative und strategische Management von kleinen und mittelständischen Unternehmen im Tertiärsektor“. Danach berichtete Stephan Marco über sein Projekt „Untersuchung des Kunstmarktes für Gemälde der Alten Meister auf Vorhandensein eines Ankereffekts – Eine verhaltensökonomische Betrachtung“ und Eduard Bos-sauer über sein Projekt „Asymmetric

information in private capital markets“. Schließlich präsentierte Dániel Tubik sein Projekt „Nachhaltigkeit und Diversität als Bewertungsfaktoren in Multifaktorenmodellen: Eine empirisch gestützte Modellierung“, und Moritz Wehking sprach über sein Projekt „Die Veränderung der Investitionsstrategie von deutschen Small- und Midcap Risikokapitalinvestoren im Zuge von Covid-19“.

In den sich an die Vorträge anschließenden Fragerunden entwickelten sich lebhafte Diskussionen und es ergaben sich interessante Verknüpfungen zwischen den einzelnen Dissertationsprojekten und Forschungsthemen.

Zum Rahmenthema „Grenzüberschreitende Kooperation in Europa“ wurden fünf Impulsvorträge gehalten. Am ersten Tag des IDK gab Harald Egerer (Head of the UNEP Vienna Programme Office-Secretariat of the Carpathian Convention) einen Überblick über 20 Jahre grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der Karpatenkonvention. Dabei zeigte er auf, dass der Fokus dieser wenig beachteten Kooperation in den Bereichen Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung liegt. Am zweiten Tag des IDK gaben zunächst unter der Moderation von Alice Engl (EURAC Research) drei ExpertInnen spannende Einblicke in unterschiedlichste Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Europäischen Union. Bei ihrer Einführung in die „kleine Außenpolitik“ der Grenzregionen zeichnete Alice Engl die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit innerhalb der EU nach und stellte die wichtigsten Instrumente der EU zu ihrer Förderung dar. Im Anschluss berichtete Martin Klatt (University of Southern Denmark und European Centre for Minority Issues) über den Grenzraum Schleswig-Holstein – Süddänemark. Er hob hervor, dass diese auf eine schwierige Geschichte zurückblickende Region heute als Grenzregion mit Best Practices gilt. Es folgte

der Vortrag von Nicole De Palmenar (Studiendienst des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens), die die Rolle der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit analysierte. Diese verstehe sich in erster Linie als sprachlich-kulturelle und nicht als nationale Minderheit. Entsprechend habe diese zwar einen starken Bezug zu deutschen Kultur-

und Bildungsinstitutionen, aber keine Beziehungen zum Kin-State Deutschland. Schließlich gab Janosch Nieden (Direktor EVTZ Eucor) einen Bericht über den EVTZ Eucor – The European Campus, in dem sich fünf Universitäten aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz zusammengeschlossen haben. Dem seit 2016 bestehenden EVTZ gehören rund 130.000 Studierende und 15.500 Lehrende und For-

schende an. Im letzten und fünften Vortrag beleuchtete Christina Griessler (AUB) die verschiedenen Formen der regionalen Zusammenarbeit in Südosteuropa. Dabei ging sie auch auf die Rolle der Sprachminderheiten ein.

Die DoktorandInnen und DozentInnen freuen sich darauf, dass das IDK in Zukunft wieder in Präsenz stattfinden wird.

Ellen BOS

Besuch der Hamburg School of Business and Administration an der AUB

Am 5. und 6. Juni waren die zwei Kolleginnen, Susanne Müller-Using (Senior Managerin Research) und Katrin Schramm (Head of Programme Management Postgraduate Studies/Master-Programme), von der Hamburg School of Business Administration zu Gast an der AUB.

Der Besuch fand im Rahmen des Erasmus+ Staff Mobility Programms statt. Dieses Programm, in dem Mitarbeitende einer Hochschule oder Universität eine andere besuchen, dient dem gegenseitigen Austausch über Arbeitsmethoden, dem Lernen voneinander und der Vernetzung und Förderung von Kooperationen.

Nach einer Begrüßungs- und Vorstellungsrunde gab es eine Hausführung durch das Festetics-Palais, in dem die Einrichtungen der Universität sowie die Festsäle des Gebäudes vorgestellt wurden. Anschließend begann eine Reihe von Gesprächen mit verschiedenen Stellen der Universitätsverwaltung, die sich auf beide Tage verteilten. So wurden beispielsweise die Organisation von Master- und Ph.D.-Programmen an HSBA und AUB verglichen, die Optimierung von Informations- und Kommunikationskanälen angesprochen, aktuell anstehende Forschungsprojekte

vorgestellt, Austauschprogramme und Partnerhochschulen im Rahmen von Erasmus besprochen und auch der Bereich Nachteilsausgleich an den beiden Hochschulen thematisiert. Am Dienstagmorgen fand eine Bibliotheksführung statt. Hier wurde zuerst die Universitätsbibliothek, ihr Bestand und dessen Organisation vorgestellt, bevor auch die Österreich-Bibliothek György Sebestyén besucht und vorgestellt wurde. Viel Austausch gab es auch über den Online-Katalog der Bibliotheken, etwa rund um technische Aspekte des Katalogsystems sowie über die Nutzung von E-Ressourcen und das Anmieten von Verlagslizenzen. Teil des Besuchsprogramms war auch ein Gespräch mit der Universitätsleitung der AUB, im Rahmen dessen weitere Kooperationsmöglichkeiten erkundet wurden.

Nach zwei Tagen des sehr intensiven und produktiven Austausches wurden die Gäste aus Hamburg am Dienstagnachmittag verabschiedet.

Bruno SPRINGER



HSBA HAMBURG SCHOOL OF BUSINESS ADMINISTRATION



Susanne Müller-Using und Katrin Schramm von der HSBA mit Fanni Deák und Júlia Németh (AUB)

Besuch des Promotionskollegs der Konrad-Adenauer-Stiftung an der AUB

Am 13. Juni fand ein Besuch des Promotionskollegs „Demokratien in Europa. Transformationen nach 1990“ der Konrad-Adenauer-Stiftung an der AUB statt.

Die Gäste wurden morgens im Andrássy-Saal von AUB-Rektor Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger begrüßt. Er betonte die Bedeutung des Themas des Promotionskollegs – Transformationen der Demokratien in Europa nach 1990 – und dass die AUB aufgrund ihrer Geschichte und inhaltlichen Ausrichtung in Forschung und Lehre der ideale Ort für einen Austausch über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Europas sei.

Nach der Begrüßung übergab Pállinger das Wort an Prorektorin Prof. Dr. Ellen Bos, die die Gäste ebenfalls begrüßte und die Universität etwas genauer vorstellte. Unter anderem ging sie auf die Geschichte, die Organisation, Partneruniversitäten und das Studienprogramm ein. Einen besonderen Fokus legte sie auf die Vorstellung der Doktorschule und ihres Aufbaus. Hierauf kam es zu einem interessanten Dialog mit dem Kolleg, in dem es um die vielen Unterschiede

zwischen dem deutschen und dem ungarischen Promotionsablauf und den jeweiligen Vor- und Nachteilen ging.

Nach einer Kaffeepause schlossen sich DoktorandInnen der Doktorschule der AUB der Runde an und es begann eine rege Diskussion über die unterschiedlichen Promotions-themen, den unterschiedlichen Arbeitsweisen und nicht zuletzt etwaigen Integrationsschwierigkeiten und Sprachbarrieren beim Studieren im Ausland. Dieser Austausch zog sich noch weit in die Mittagspause im Restaurant Ruben. Im Anschluss hieran folgte ein Vortrag von Pállinger zum Thema „Partizipative Demokratie in Ungarn: Demokratische Innovationen im Kontext der illiberalen Demokratie.“ In diesem hob er hervor, wie und mit welchem Zweck die ungarische Regierung seit 2010 verschiedene Instrumente direkter Demokratie nutze und verknüpfte dies mit verfassungsrechtlichen Fragen und der Relevanz dieser in einem System, das das politi-

cal engineering beherrschte und ständig optimiere.

Im Anschluss an den – in den Reihen der Gäste als sehr spannend aufgenommenen – Vortrag folgte eine ausgiebige Fragerunde. Als nächsten Programmpunkt gab Dr. Henriett Kovács eine ausgiebige Führung durch das Festetics-Palais und erklärte viel über die historische Nutzung und Bedeutung des Gebäudes, seinen Prunksälen und nicht zuletzt auch über den Namensgeber der Universität, Graf Gyula Andrássy.

Nach der Führung folgte ein weiterer Vortrag über „Die Beziehungen Ungarns zum Westbalkan“ von den Vortragenden Dr. Christina Griessler und Fanni Elek, M.A. In diesem ging es vor allem um den Status der EU-Integration des Westbalkans, Demokratisierung und Europäisierung in der Region sowie eine mögliche Reformmüdigkeit der Westbalkanstaaten und einen Glaubwürdigkeitsverlust der EU. Besonders untersucht wurde dabei die Beziehung zwischen Viktor Orbán, dem ungarischen Ministerpräsidenten, und Aleksandar Vučić, dem serbischen Staatspräsidenten. Auch zu diesem Vortrag gab es eine rege Frage- und Austauschrunde.

Im letzten Vortrag des Tages, der von Dr. habil. Martin Herbers von der Zeppelin Universität Friedrichshafen gehalten wurde, ging es um „Disruptionen in der Öffentlichkeit“. Dieser bot einen kommunikationswissenschaftlichen Zugang zu sogenannten disruptiven Innovationen und ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft. Die sich hieran anschließende Diskussionsrunde hielt sich noch über das gemeinsame Abendessen, mit dem die Veranstaltung endete. Insgesamt war der Besuch des Promotionskollegs der KAS ein gelungener und wertvoller Tag des Austausches mit interessanten Vorträgen und Diskussionen.

Bruno SPRINGER



Teilnehmende des Promotionskollegs der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Gast an der AUB

Foto: © Andrássy Universität

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik zu Besuch an der AUB



Gruppenfoto mit den Teilnehmenden und Referierenden des BAKS-Kernseminars für Sicherheitspolitik

Fotos: © Andrássy Universität

Im Rahmen der Studienreise des Kernseminars für Sicherheitspolitik der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) stand auch ein Besuch der Andrássy Universität auf dem Programm.

Dr. Heinrich Krefit, Leiter des Lehrstuhls Diplomatie II, und Csilla Ma-

lomvölgyi von der Friedrich-Ebert-Stiftung begrüßten die Gruppe aus nationalen sowie internationalen Regierungs- und WirtschaftsvertreterInnen sowie DiplomatenInnen am 20. Juni 2023 an der Andrássy Universität. Im Rahmen der Studienreise besuchen die Teilnehmenden Ungarn,

Rumänien und Litauen, um sich mit sicherheitspolitischen Akteuren zu vernetzen sowie aktuelle Themen zu diskutieren. Der gemeinsame Lunch wurde im Rahmen eines „World Café Formats“ eingenommen, wobei die Teilnehmenden die Möglichkeit hatten, von Tisch zu Tisch zu rotieren und mit Alumni und aktuellen FES-StipendiatInnen und AUB-Studierenden zu verschiedenen Themen ins Gespräch zu kommen. Attila Varga referierte als politischer Analyst über Rechtsradikalisierung in Ungarn, Anna Emese Kerti sprach aus ihrer persönlichen Lehrerinnenperspektive über „Die Gegenwart und Zukunft der Bildung in Ungarn sowie die andauernden Lehrerproteste“, Journalistin Vanessza Juhász berichtete ebenfalls aus ihrem Berufsfeld und Tanissa Conradi, Studentin der AUB, erzählte über das Studium in Ungarn am Beispiel der AUB.

Nach dem Mittagessen moderierte Krefit zunächst einen Vortrag von und Diskussion mit Géza Jeszenszky, dem ehemaligen Außenminister Ungarns über seine persönlichen Erfahrungen und die aktuelle ungarische Position in der EU und der NATO. Diesem folgte als abschließender Programmpunkt eine Ge-



András Kováts, Zsolt Szekeeres und Dr. Heinrich Krefit im Gespräch über die Migrations- und Flüchtlingspolitik in Ungarn



Géza Jeszenszky und Dr. Heinrich Krefit sprachen über die ungarische Position in der EU und NATO

sprächsrunde mit András Kovács, Direktor von Menedék – Hungarian Association for Migrants, und Zsolt Szekeres, Senior legal officer and coordinator, Hungarian Helsinki Committee / Flüchtlingsprogramm,

über die Entwicklungen der ungarischen Migrationspolitik und Flüchtlingspolitik und die Herausforderungen ihrer Arbeit.

Tanissa CONRADI



Hofgrillen 2023 – Raus mit der Kohle! Heizt die Schalen an! Es wird wieder gegrillt!

Auch dieses Jahr durfte als Ausklang des Sommersemesters das traditionelle Grillfest nicht fehlen. Das Wetter konnte kaum besser sein, ebenso die Stimmung.

Jede/r trug mit eigenen Mitbringseln dazu bei, dass kulinarisch kein Wunsch offenblieb.

Herrliche Salate, leckere Soßen und frisches Brot untermalten die verschiedenen Geschmackscompositionen, die durch selbst mitgebrachtes Grillgut ausgelöst wurden. Durch die vier Grillmeister konnte alles perfekt zubereitet werden und somit die Gaumen erfreuen.

Auch eine exzellente Musikauswahl sorgte für eine gesellige Atmosphäre und es konnten Freundschaften gepflegt, vertieft oder auch gar neu gefunden werden. Nach dem Schlemmen wurde auf das vergangene Sommersemester mit einem lachenden, aber auch einem weinenden Auge zurückgeblickt.

Das AUB Grillfest ist und bleibt eines der schönsten und atmosphärischsten Veranstaltungen im alljährlichen Kalender, das niemand missen wollen würde.

Simon HASSLER

Erasmus-Interview: Luc Zettl

Luc Zettl ist Studierender des Studiengangs Europäische und Internationale Verwaltung an der Andrásy Universität und er wird im Herbst für ein Erasmus-Auslandssemester an die Jagiellonen-Universität nach Krakau gehen. Im Folgenden schildert er für alle Interessierten und potentiellen Auslandsstudierenden seine persönlichen Erwartungen, Tipps und Ratschläge.

Zunächst einmal vielen Dank, dass du dir die Zeit für dieses Interview genommen hast. Du befindest dich aktuell im zweiten Semester hier an der AUB und hast dich nun dazu entschieden, für ein Erasmus-Auslandssemester nach Krakau zu gehen. Was hat dich dazu bewogen und wie bist du auf Krakau aufmerksam geworden?

Luc: Ich habe mich bereits damals, als ich mich für den Master an der AUB beworben habe, darüber informiert, wohin ich von Budapest aus gehen kann. Ursprünglich wollte ich für mein Erasmus-Semester nach Deutschland. Die Idee für Krakau ist tatsächlich bei einer Europa-Veranstaltung in Frankfurt gefallen, als ich mich mit einer Erasmus-Koordinatorin einer deutschen Universität unterhalten habe. Ich hatte schließlich vier oder fünf Universitäten, an welche ich mit meinem Studiengang gehen konnte und von diesen hat mich nur Krakau interessiert. Bisher haben

mir alle gesagt, dass Krakau eine sehr schöne Stadt sei. Ich war persönlich noch nicht da, deshalb kann ich dazu nichts sagen, aber ich lass mich mal überraschen.

Schaffen wir doch an dieser Stelle eine Parallele zu deinem Studium hier in Budapest, dies war für dich damals auch Ausland. Würdest du sagen, dass es damals ähnliche Beweggründe gab, mit denen du dich auch jetzt wieder für das Ausland entschieden hast?

Luc: Die Entscheidung für Budapest ist gefallen, da ich meinen Master im Europarecht machen wollte und mir die Studiengänge in Deutschland alle nicht zugesagt haben. Dann habe ich den Studiengang hier entdeckt und dachte mir sofort: „Der ist es“. Ursprünglich wollte ich meinen Master nicht außerhalb von Deutschland machen, sondern eher wieder von Deutschland aus für ein Semester ins Ausland gehen. Da ich bereits in meinem Bachelor-Studium ein Erasmus-Semester in Spanien gemacht habe, war für mich klar, dass ich dies in meinem Master noch einmal machen möchte.

Kannst du Erfahrungen, die du hier in Budapest und an der AUB gesammelt hast, mit nach Krakau nehmen? Und wenn ja, welche?

Eindrücke aus dem letzten Erasmusaufenthalt in Spanien – Besuch der Alhambra



Luc: Für mich ist es nicht der erste Auslandsaufenthalt, da ich bereits während meiner Schulzeit für ein Jahr in Mexiko war und dann eben noch für das Erasmus-Semester in Spanien. An der Auslandserfahrung fehlt es also nicht. Für Krakau nehme ich dennoch mit, dass ich vor Ort gerne Polnisch lernen möchte. Ich finde, wenn man sich länger an einem Ort aufhält, sollte man zumindest versuchen, die Sprache zu lernen.

Dann geht es für dich so langsam auch an die Vorbereitungen. Wie genau bereitest du dich auf deinen Auslandsaufenthalt vor?

Luc: Im Moment warte ich darauf, bis ich mich an der Universität in Krakau online registrieren kann. Außerdem kann ich aktuell noch nicht richtig planen, da die Kurse für das kommende Semester noch nicht online sind. Daher habe ich zurzeit auch keinen Stress, was die Vorbereitungen betrifft.

Unterstützen dich die AUB und das International Office bei deinem Vorhaben?

Luc: Als ich mich frühzeitig bei der Referentin für Erasmus und Internationales der AUB erkundigt habe, wie der Bewerbungsprozess abläuft und was ich beachten muss, hat sie mich gut unterstützt. Wir haben auch zusammen geschaut, wie ich mich online in Krakau registrieren kann. Da ich bereits ein Erasmus Semester gemacht habe, bin ich mit den Unterlagen jedoch auch schon vertraut und brauche daher aktuell nicht so viel Unterstützung.

Du hast bereits erwähnt, dass du noch nicht in Krakau warst. Welche Erwartungen hast du an deinen Aufenthalt vor Ort?

Luc: Ich hoffe natürlich wieder beide Seiten kennenzulernen. Zum einen möchte ich viel mit anderen Erasmus-Studierenden in Kontakt kommen. Das geht am besten vor Ort über die Erasmus-Organisation, welche die Incomings betreut und verschiedene Veranstaltungen mit diesen plant. Zum anderen möchte ich in den Vorlesungen selbst auch mit den Locals in Kontakt kommen, um die Studienkultur in Krakau kennenzulernen.

Dann sind wir auch fast schon am Ende des Interviews angekommen. Ich habe noch zwei Fragen zum Abschluss. Was wirst du an der AUB und an Budapest vermissen?

Luc: Definitiv die Familiarität. Dadurch, dass wir an der AUB aktuell um die 200 Studierende sind, ist das eine ganz andere Verbindung, die man zu seinen ProfessorInnen oder KommilitonInnen aufbaut. Natürlich auch die Stadt an sich. Budapest ist eine sehr schöne Stadt, in der man super viel unternehmen kann. Ich hoffe trotzdem, dass ich weiterhin meine Verbindung zur AUB halten werde, auch wenn ich dann erstmal weg bin.

Und zum Abschluss möchten wir noch deine drei Tipps oder Ratschläge, welche du Studierenden geben würdest, die aktuell über ein Auslandssemester nachdenken.

Luc: Erster Tipp: Mach es! Zweiter Tipp: Erkundige dich frühzeitig, welche Vorlesungen und Veranstaltungen du an der Universität belegen kannst und möchtest, auch mit dem Hintergedanken an die Anrechnung! Dritter Tipp: Falls du die Voraussetzungen erfüllst, nutze den Zuschuss für Chancengleichheit!

Vielen lieben Dank für deine Zeit und deine Antworten! Wir wünschen dir viel Erfolg bei deinen Vorbereitungen und eine spannende Zeit in Krakau.

Celine Deter, Praktikantin
in der Stabsstelle des Rektoratskollegiums



30. Tagung der jungen Osteuropa-Expertinnen und Experten

Vom 29. Juni bis zum 1. Juli nahm ein Master-Student der Andrássy Universität, Eldaniz Gusseinov, an der 30. Tagung der jungen Expertinnen und Experten teil. Während der Tagung moderierte er eine Panel-Diskussion zu „Zivilgesellschaft in Osteuropa“ und hielt einen Vortrag zum Thema „Veränderung der Einflussphären in Kasachstan nach dem Kriegsbeginn in der Ukraine in 2022“. In diesem Bericht schildert er seine Eindrücke über die Tagung.

Am 29. Juni 2023 begann meine Reise nach Regensburg, eine malerische Stadt in Bayern, Deutschland. Die Stadt, bekannt für ihre gut erhaltene mittelalterliche Architektur, bot eine inspirierende Kulisse für die Tagung. Am gleichen Tag stand direkt eine Panel-Diskussion zum Thema „Funktionen der Zivilgesellschaft“ auf der Agenda, die ich moderierte. Während der Diskussion besprachen wir die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Bewahrung und Stärkung der Demokratien in Osteuropa. Darüber hinaus wiesen viele auf die Probleme hin, die sich für die Organisation der Zivilgesellschaft ergeben, wenn sie ständig als ausländische Agenten abgestempelt werden. Aber viele Diskussionsteilnehmende waren sich auch darin einig, dass die ständige Abhängigkeit von externer Finanzierung auch schwerwiegende Auswirkungen auf die Arbeit von z. B. Nichtregierungsorganisationen in der Region haben kann.

Am 1. Juli hatte ich die Ehre, einen Vortrag über „Veränderungen der Einflussphären in Kasachstan nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges 2022“ zu halten. Dieses Thema bildet die Grundlage meiner laufenden Abschlussarbeit und ist von großem Interesse für mich. Mein Vortrag konzentrierte sich auf die wirtschaftlichen Aspekte des Einflusses von Russland, China, der Türkei und der Euro-

päischen Union auf Kasachstan. Ich stellte die Theorie der „verhandelten Hegemonie“ von Filippo Costa Buranelli vor, die zeigt, dass Russland als ein verhandelnder Hegemon in Kasachstan bezeichnet werden kann, dessen Einfluss durch Verhandlungen mit Kasachstan begrenzt ist.

Ein besonderer Schwerpunkt meines Vortrags lag auf dem Verzahnungseffekt der Außenpolitik Kasachstans. Ich erklärte, wie die zentralasiatischen Staaten ihre Mitgliedschaft in verschiedenen Organisationen nutzen, um ihre Interessen zu fördern und die regionale Sicherheitszusammenarbeit zu verbessern. In der Tat sind die aufgeführten externen Akteure am Verzahnungseffekt der Außenpolitik Kasachstans interessiert, da dieser es diesen externen Akteuren ermöglicht, ihre Interessen zu verfolgen und miteinander zu interagieren.

Während der Tagung hatte ich auch die Gelegenheit, mit Professor Dr. Heiko Pleines zu interagieren, der wertvolle Kommentare zu meiner Arbeit gab. Seine Einsichten und Anregungen waren äußerst wertvoll und haben meine Forschung weiter bereichert.

Am Tag meines Vortrages endete meine Reise mit einer abschließenden Diskussionsrunde und einem Networking-Event, bei dem ich die Möglichkeit hatte, Kontakte zu anderen Experten auf dem Gebiet zu knüpfen und meine Forschungsergebnisse weiter zu diskutieren.

Insgesamt war meine Reise nach Regensburg eine äußerst lohnende Erfahrung. Die Möglichkeit, meine Forschungsergebnisse zu präsentieren und Feedback von anderen Expertinnen und Experten zu erhalten, war von unschätzbarem Wert. Ich freue mich darauf, die Erkenntnisse und Erfahrungen, die ich während dieser Reise gewonnen habe, in meine Abschlussarbeit einfließen zu lassen.

Eldaniz GUSSEINOV



AUB Student Eldaniz Gusseinov bei der 30. Tagung der jungen Osteuropa-Expertinnen und Experten in Regensburg



**ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST**

www.andrassyuni.eu



ANDRÁS JAKAB
Executive Director